Nr. 145. 11. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 26. Juni 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Carnots Ermordung.

Carnot, der vierte Präsident der französischen Republik, ist Sonntag Abend in Lyon von einem zweiundzwanzigjährigen Italiener erdolcht worden, der erste Staatsleiter Frankreichs seit Heinrich IV., nach Lincoln und Garfield das dritte Haupt eines Freistaates, das einem Attentate zum Opfer gefallen ist. Ueber die Ursachen der That ist noch nichts ermittelt. Cesario, so nennt sich der Thäter, angeblich ein Lombarde aus der Umgegend von Mailand, verweigert jede Auskunft.

Im Dezember dieses Jahres wäre die siebenjährige Präsidialperiode abgelaufen gewesen, Carnot hätte sich dann einer Neuwahl unterziehen müssen. Ob er, der Typus des honnetten Bourgeoisrepublikaners, wieder in das Elysée eingezogen wäre, ist heute eine fruchtlose Frage. Schon ehe das Stilett eines Unseligen den Enkel Lazare Carnots für immer in den Sand gestreckt hatte, begann bereits die schnöde, wilde Hetzjagd um den Präsidentensessel.

Das werden, nun der Todte aufgebahrt ist, die wahren Leichenspiele sein, die das entartete Bürgerthum für Sadi Carnot feiert. Um die Gruft drängen sich gierig schon die Erben, denen der Inhaber des Präsidentensessels sehr gelegen starb. Wem wird die Hinterlassenschaft, wem die Fülle von Macht und Einfluß zufallen? Dem Schutzpatron der Lockspitzel, dem Gewaltmenschen Constans, den die Greuel von Fourmies zum Schooßkind der Besitzenden gemacht haben, oder dem würdigen Vertreter der Grubenaristokratie, Herrn Casimir Perier, der Frankreich betrachtet als eine zu seiner und seiner Genossen Nutzen erschlossene Mine und sich als den Gewerken, der die reichsten Kuxe davon hat? Wird Dupuy, der weiland Radikale, sich als das gefügigste Werkzeug der Bourgeoisie anbieten? Oder träumt irgend ein Säbelheld, ein St. Arnaud des Tingeltangels, ein Gallifet von einer Prätorianer-Diktatur? Der Kriegsminister Mercier hat die Truppen in ganz Frankreich konsignirt, wie in der Zeit der Staatsstreiche, und es verlohnt sich, an das vor einiger Zeit von der boulangistisch-bonapartistischen Libre Parole veranstaltete Probeskrutinium zu erinnern, bei dem der napoleonische Prinz Victor die Mehrheit der Stimmen als Präsidentschaftskandidat erhalten hat.

Aus der erschütternden Katastrophe ziehen Nutzen die, die im Trüben fischen, die Geschäftspolitiker und Freibeuter, die die Republik zu einem Werkzeuge des Kapitalismus degradirt haben und darauf lauern, die Arbeiterklasse wie ökonomisch so auch politisch vollends in Ketten und Banden zu schlagen.

Ein Italiener vollbringt die furchtbare That, und der Mob, aufgeputscht durch die jahrzehntelange Nationalitätenhatz, stürmt italienische Kneipen in Lyon und mißhandelt unschuldige Landsleute des Attentäters. Der Chauvinismus, der tödtliche Feind der Gesittung und der Freiheit, erhebt sein Haupt, gehätschelt und gefördert von der Bourgeoisie diesseits und jenseits der Alpen, weil die nationale Phrase die Masse ablenkt von dem großen sozialen Problem.

Weshalb Cesario den Mordstahl gezückt hat, Niemand weiß es. Ob er überhaupt bei Sinnen, ist noch nicht festgestellt. Daß trotzdem die Ordnungspresse bereits die That gegen die Freiheit zu fruktifiziren sich anschickt, daß die National-Zeitung z. B. schon Anarchisten wittert, daß das offiziöse Wolff'sche Bureau in später Abendstunde Cesario als einen „gefährlichen Anarchisten" bezeichnet, ehe noch eine geordnete richterliche Untersuchung stattgehabt hat, und obgleich Cesario ausdrücklich erklärt hat, erst vor dem Schwurgericht zu reden, das versteht sich am Rande. Als Rufer im Streit erscheint zuerst das Blatt des Henkers von Massa Carrara, des fizilischen Standrechtlers, die Crispische Riforma, um nach berüchtigtem Muster die internationale Zwangspolitik zu empfehlen.

Auch dem Freunde des Cornelius Herz, dem Nutznießer des Wechselkontos der Banca Nacionale, auch Crispi, dem die blindgeladene Reiterpistole Legas zur rechten Stunde grade sich entlud, führt Carnots Untergang neuen Wind in die schlaffen Segel. Die Narrheiten des Herrn Chauvin werden seine Stellung befestigen, seine „starke Hand" wird dem Panamino-Klüngel unentbehrlich sein, und der kaltherzige Schuft, der seine Rache sogar an der Frau und der Tochter des Märtyrers De Felice ausübt, wird in der bewährten Rolle als Retter des Vaterlands posiren. Während die Proletarier Italiens in Schwefelgruben und auf den Reisfeldern in Arbeitspein verkommen und im Schmutz und unter der Geißel der Pellagra verhungern, während die kapitalistischen Lohndrücker Frankreichs die wohlfeile, willige Arbeitskraft des unorganisirten Italieners gegen die heimische Arbeit in frevler Gewinnsucht ausspielen, kann der alte Carbonaro das System Morras, des Blutrichters von Palermo, für die ganze Halbinsel in Permanenz erklären, um der glühend gehaßten Arbeiterbewegung die Lebensluft zu rauben. Noch wissen wir nicht, ob nicht etwa Cesario ein Fanatiker ist, der Vendetta, der Blutrache üben wollte für die Greuel und den Urtheilsspruch von Aigues-Mortes.

Ueber den Politiker Carnot bedarf es bei unserer grundsätzlichen Stellung für uns keiner Kritik. Aber das hindert uns nicht festzustellen, daß er persönlich ein ehrenhafter Mann war, allerdings ein Großbourgeois vom Wirbel bis zur Zehe.

In einer leitenden Betrachtung sagt das Organ des Grafen Caprivi: „Der Tod des Präsidenten Carnot ist ein Mahnruf an die gesammte Kulturwelt; hoffentlich wird er überall die ihm gebührende Beachtung finden . . . Die Entrüstung, der Schmerz und Abscheu . . . wird überall getheilt werden, . . . wo Verständniß und Sinn für die hohe Wichtigkeit der Aufgaben vorhanden ist, zu denen die Staaten im Interesse der Zivilisation und Humanität dringender als je berufen sind."

Nun, das Interesse der Zivilisation und Menschlichkeit vertritt der demokratische Sozialismus, der nicht die Person, sondern das System, nicht den Einzelnen, sondern die Klassenherrschaft bekämpft und unerschrocken wirkt für Demokratie und Sozialismus.

Denn die Zivilisation wird erst Gemeingut werden, wo das Volk seine Geschicke selbst lenkt, die Humanität wird sich erst dann verwirklichen, wenn die Macht des Kapitalismus gebrochen ist.

* * *

Ueber den Lebenslauf Carnot's theilen wir das folgende mit: Er entstammt einer alten republikanischen Familie, sein Großvater hat in der ersten französischen Revolution den Namen des Organisator des Sieges erworben, sein Vater in der von 1848 eine hervorragende Rolle gespielt. Er wurde am 11. August 1837 zu Limoges in Frankreich geboren, hatte demnach sein 57. Lebensjahr noch nicht vollendet. Er hatte die Ingenieurwissenschaften auf's Gründlichste studirt und galt als Meister vor allem im Brückenbau. Nach Sturz des napoleonischen Systems trat er im Januar 1871 als Präfekt in die republikanische Verwaltung, der er aber nur wenige Wochen angehörte, am 7. Februar 1871 wurde er in die Nationalversammlung gewählt, in der er verschiedene Wahlkreise vertrat und sich als Sachkenner in technischen und vor allen finanziellen Fragen bewährte, er war öfters Berichterstatter über das Budget. Im Alter von 41 Jahren (1878) wurde er Unterstaatssekretär des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, ins Ministerium Ferry (23. September 1880 bis 14. November 1881) trat er als Minister für öffentliche Arbeiten ein, 1883 und 1884 saß er als Vizepräsident der Kammer vor, am 6. April 1885 trat er als Bautenminister in das Kabinet

Feuilleton.

Der Jude. 73

Deutsches Sittengemälde
aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.
Von C. Spindler.

„Da sei Gott vor!" entgegnete Dagobert, mit der Faust gegen die Stadt drohen: „Dem hageprunkenden Fettwanst will ich's gedenken, sollte er mir einst unter die Augen kommen. Wo aber, wo, mein gutes Dirnlein, wo gedenkst Du hin? Wo leben Dir Freunde, wo Verwandte, die Dein Schicksal beweinen?" — „Ach, nirgends, Herr," klagte die Verlassene, „ich habe niemand, den eine Pflicht verbände, mir zu helfen. Hingehen will ich aber auf irgend ein Dorf, und in einem Stalle mich betten, und täglich nach der Stadt ziehen, und täglich zu den Füßen der Wächter meines Vaters um die Gnade betteln, ihn sehen zu dürfen in seiner Gefangenschaft. Vielleicht wird einmal doch meine Bitte erhört, — vielleicht gewährt man mir endlich die größere, im Kerker zu bleiben, bei ihm, dem meine Sorgfalt, mein Leben gehört." — „Esther! Mädchen!" sprach Dagobert bekümmert: „Betrübe mich nicht also, und handle nicht wie eine Mörderin an Dir selbst! Du solltest eine Beute des rohen Bauernvolkes werden; — am Ende dennoch durch Deine unablässigen Bitten und Versuche, in die Hände des sauberen Gelichters gerathen, denen ich Dich soeben entrissen? Wahrlich, das gebe ich nicht zu." — Vollbrecht gaffte mit offenem Munde dem seltenen Auftritt zu; Dagobert, der es jedoch bemerkte, gab ihm den Befehl, die Rosse heimzuführen. Obwohl ungern, jedoch vom Gefühl des Gehorsams beseelt, that Vollbrecht, wie ihm geheißen. — Da er sich entfernt hatte, bog Dagobert, im Gespräch mit Esther, in den Sandweg ein, den er kurz vorher beritten. — „Du mußt mir eine Liebe thun," sagte er zu Esther, die in stiller Erwartung neben ihm ging. — „Welche? mein guter Herr?" fragte sie, die sanftleuchtenden Augen zu ihm erhebend: „Sprecht. Nach dem Vater gehöre ich Euch allein." — „Ich habe Dich sonder Gefährde hierher geleitet von Costnitz," sprach Dagobert weiter, „Dich unterwegs gehalten wie ein ehrlich Frauenbild, und mich wie einen ehrlichen Gesellen." — „Das weiß der Himmel!" betheuerte Esther mit dankbarer Neigung: „Einer ehrsamen Bürgerin gleich habt Ihr mich gehalten, und nicht wie eine schlechte Jüdin. Das vergelte Euch der hochgelobte Gott, der es auch gnädig mit ansieht, wie Ihr also wandelt mit mir im Freien, ohne Scham und Scheu, — mit mir, der von aller Welt Verstoßenen." — „Wolltest Du mir wohl ferner vertrauen?" fragte Dagobert mit weicher Stimme. — „Bis ans Ende, Herr, unwandelbar," antwortete Esther. — „Deine Habe hast Du mir bereits vertraut, da wir schieden," sagte Dagobert ferner: „Herzog Friedrichs Briefe habe ich in Händen, und werde Dir einst Rechnung davon stellen, aber nun sollst Du Dich selbst mir anvertrauen." — „Gerne, Herr!" versetzte das Mägdlein ohne Säumen. — „So nimm eine Herberge an von mir," sprach der Jüngling, den ruhigen Blick auf sie heftend. — „Eine Herberge, Herr?" fragte sie staunend: „Bei Euch? das ziemt sich nicht." — „Nein, wahrlich;" lächelte der Junker: „bei mir? das würde sich freilich nicht ziemen. Aber in einem Hause, dem eine wackre Freundin vorsteht . . . was meinst Du dazu?" — „Ohne Bedenken;" antwortete Esther mit frohem Danke: „Wohin Ihr mich führt, darf ich gehen." — „Auf die Gefahr, daß ich des Schultheißen Vorliebe für hübsche Dirnen theilte?" fragte Dagobert mit Laune. Esther sah ihn ernst an, schüttelte lächelnd den Kopf, und sprach: „Verkleinert Euch doch nicht selbst; im Scherze nicht einmal. Woran soll man erkennen den Mann, wann er sich selbst den bösen Leumund anhängt?" — „An seinen Handlungen, treffliche Dirne!" antwortete Dagobert rasch, indem er unwillkürlich ihr die Hand drückte: „Und nun, komme mit mir zum Schelleahofe. Die alte Crescenz will mir wohl, und Dein Vater steht bei ihr nach dem Heilande in den größten Ehren. Dort, mein armes Kind, wirst Du sicher sein."

Fünftes Kapitel.

Eia, Eia!
Ostern ist da!
Fasten ist vorüber,
Das ist mir lieber;
Eier und Wecken
Viel besser schmecken!
Eia! Eia!
Ostern ist da!
Altd. Kinderlied zum Osterfeste.

Der heilige Ostertag hatte sich einen schönen Schmuck von Sonnenschein und Wärme angelegt, allein an dem Abend desselben war glänzendere Helle, wenn gleich nur von Kerzenlicht, und eine viel angenehmere Wärme in den Stuben des adligen Gesellenhauses Limpurg zu finden. Die Gemächer waren geschmückt wie zu einer Hochzeit. Bunte Vorhänge waren an den Fenstern aufgemacht, allenthalben vielarmige Wand- und Deckenleuchter angebracht und der Fußboden entweder mit gewürkten Teppichen belegt, oder mit weiß und rothem Sand bestreut, den man in allerlei seltsamen Figuren aufgeschüttet hatte. Auch die Tafel, an welcher heute recht viele der edlen Gesellen, sammt ihren Frauen und Töchtern und Schwestern, das abendliche Ostermahl begehen wollten, war herrlich hergerichtet in dem Saale, welcher der Schauplatz der Schmäuse und Geschlechtertänze zu sein pflegte. Blendendweiße Tischtücher mit buntem Rande, die Ecken in zierliche Knoten geschlungen, bedeckten die Tafel, mit schimmerndem Geräth versehen,

Brisson ein, in dem er nach 10 Tagen das Finanzministerium übernahm. Nach dem Rücktritt Grevy's wurde er am 3. Dezember 1887 gleich im ersten Wahlgang mit 616 von 827 Stimmen zum Präsidenten der Republik ernannt. Er war ein gemäßigter Republikaner, persönlich ein tadellos anständiger Mensch, der seine öffentlichen Stellungen niemals zu irgend welchem Vortheil für sich oder seine Familie ausnützte. Als Präsident der Republik bemühte er sich, seine persönliche Meinung und seine Sympathien gegenüber den Wünschen der Kammern nicht zum Durchbruch zu bringen. Einen Schatten auf seine letzten Lebenstage wirft die Bestätigung des Todesurtheils gegen den unzweifelhaft irrsinnigen Attentäter Henry.

Auch literarisch war Carnot thätig, abgesehen von technischen Arbeiten veröffentlichte er eine Uebersetzung von John Stuart Mill's Werk über die Revolution von 1848.

* * *

Wir theilen im folgenden das Wesentliche aus den überaus zahlreich eingetroffenen Depeschen mit:

Lyon, 25. Juni. Präsident Carnot nahm gestern Abend an einem Bankett Theil und brachte bei demselben ein Hoch auf die Ausstellung aus, beglückwünschte die Aussteller zu dem großen Erfolge und betonte, ein einziges Herz schlage in allen Franzosen, wenn es sich um die Ehre, die Sicherheit und die Rechte des Vaterlandes handele; dieselbe Einigkeit verbürge die Bewegung, welche auf den Fortschritt und die Gerechtigkeit gerichtet sei und von der Frankreich der Welt ein Beispiel zu geben habe. Nach dem Bankett formirte sich vor dem Handelspalais eine lange Wagenreihe, in welcher der Landauer des Präsidenten Carnot als erster fuhr. Neben dem Präsidenten Carnot saß der Präfekt des Rhonedepartements, Rivaud. Der Wagen Carnot's fuhr um 9 Uhr 10 Minuten unter jubelnden Zurufen der dichtgedrängten Menge ab. Carnot dankte, fortdauernd grüßend. Plötzlich sprang in der Mitte der langgestreckten Fassade des Kommerzpalastes ein Individuum auf das Trittbrett des Wagens Carnot's, welcher sofort hielt. Die Zunächststehenden sahen den Präsidenten Carnot erbleichen und in den Wagen zurücksinken; sie stürzten auf das Individuum los, welches durch einen Faustschlag des Präfekten des Rhonedepartements auf die Straße hinabgeschleudert wurde. Präsident Carnot hatte einen Stich in die Herzgegend erhalten. Neben dem rothen Großkordon des Ordens der Ehrenlegion drang unaufhörlich Blut hervor. Der Attentäter wollte entfliehen; die Menge, anfänglich wie versteinert, ergriff ihn und hätte ihn zerrissen, wenn nicht eine große Anzahl von Polizeiagenten ihn der Menge entrissen hätte. Unter Bedeckung von mehr als zehn berittenen Gardisten wurde der Attentäter, welcher hartlos ist, Jacke und Mütze trug und gesenkten Hauptes dahinschritt, nach der Polizeiwache gebracht, wo er sofort gefesselt wurde. Alsbald erschienen der Präfekt des Rhonedepartements und andere dazu berufene Persönlichkeiten, um den Attentäter zu verhören. Der Mörder antwortete ohne Erregung, aber auch ohne Großsprecherei in schlechtem Französisch und erklärte, er sei Italiener, heiße Cäsario Giovanni Santo, sei 22 Jahre alt, wohne seit 6 Monaten in Cette und sei am Sonntag früh nach Lyon gekommen. Bei seiner Durchsuchung fand sich ein Arbeitsbuch vor, in Paris am 20. Juni 1894 abgestempelt; aus demselben geht hervor, daß der Attentäter aus Montevisconti, Provinz Mailand, gebürtig ist. Der Attentäter schrieb sodann mehrere Worte auf, besagend: Cäsario Giovanni Corso Duca Genova bei der wohlbekannten Familie Magni Francisco. Es war unmöglich, aus ihm etwas anderes herauszubringen; der Attentäter blieb dabei, daß er nur vor den Geschworenen sprechen werde. Inzwischen fuhr der Wagen des Präsidenten nach der Präfektur. Die Menge konnte den Präsidenten Carnot ausgestreckt auf den Wagenkissen, bewußtlos, regungslos und die Augen erloschen, liegen sehen; aus der Oeffnung des Hemdes neben dem Großcordon floß unaufhörlich Blut. Die Szene erschütterte die Menge zu Thränen. Vor der Präfektur hoben General Borius, der Präfekt des Rhonedepartements und der Bürgermeister den Präsidenten mit großer Sorgfalt aus dem Wagen und brachten ihn in das nächste Zimmer. Die herbeigeholten Aerzte hielten eine Operation für nothwendig. Dr. Ollier erweiterte die von dem Mordstahl gemachte Wunde. Präsident Carnot erlangte hierauf die Besinnung wieder und sagte mit deutlicher Stimme zu dem Arzte: „Wie Sie mir wehe thun!" Die hierauf vorgenommene gründliche Untersuchung ergab, daß die Verwundung eine schwere und der Zustand ein sehr bedenklicher sei, umsomehr als eine innere Verblutung zu befürchten war. Die Präfektur wurde abgesperrt, alle Zugänge zu dem Zimmer des Präsidenten Carnot wurden bewacht. Draußen harrte die Menge, Schrecken lagerte auf allen Gesichtern; überall hörte man die Frage, ob Präsident Carnot mit dem Leben davonkommen werde. — Unterdessen hatte sich um 9 Uhr das Theater mit den zur Galavorstellung geladenen Gästen gefüllt, welche mit Ungeduld die Ankunft des Präsidenten erwarteten. Plötzlich verbreitete sich das Gerücht, Präsident Carnot sei das Opfer eines Attentats geworden. Dieses Gerücht rief eine furchtbare Bestürzung hervor, die Frauen schrieen auf, es entstand eine allgemeine Bewegung. Die offiziellen Persönlichkeiten verließen das Haus, um weitere Nachrichten zu bringen. Die ganze Bevölkerung war in den Straßen versammelt, nirgends war eine Weiterbewegung möglich, da die allgemeine festliche Beleuchtung alle Bewohner als Zuschauer versammelt hatte. Um 9½ Uhr fuhr der Wagen mit dem Ministerpräsidenten und dem Präfekten des Rhone-Departements in rascher Gangart vor dem Theater vor. Die Menge rief jubelnd aus: „Es lebe Präsident Carnot." Der Ministerpräsident Dupuy erhob sich erschüttert, winkte mit der Hand und antwortete: „Rufet nicht so! Präsident Carnot ist das Opfer eines Attentates geworden." Diese Worte machten einen furchtbaren Eindruck. Zuerst herrschte tiefes Stillschweigen, dann wurden von allen Seiten Verwünschungen und Racherufe gegen den Mörder laut. Der Präfekt des Rhone-Departements trat in das Theater ein und theilte von der Präsidentenloge aus das geschehene Attentat mit. Die Menge schrie, in Wuth ausbrechend: „Tod dem Mörder, Rache dem Mörder!" Der Präfekt des Rhone-Departements, Rivaud, wollte die Einzelheiten erzählen, wurde aber bei jedem Worte von Zwischenrufen, die der allgemeinen Erschütterung entsprangen, unterbrochen. Endlich theilte der Präfekt mit, daß angesichts des schrecklichen Ereignisses die Vorstellung nicht stattfinden werde. Das Publikum verließ in dumpfem Schweigen das Haus. — Um 11½ Uhr wurde ein offizielles Bulletin ausgegeben, welches besagte, der Zustand des Präsidenten Carnot sei beunruhigend, aber nicht verzweifelt. Der Stich sei in die Lebergegend gegangen und habe einen reichlichen Blutverlust erzeugt, der aber zum Stillstand gebracht worden sei. Bald nach 11½ Uhr begann der Blutverlust wieder. Die Aerzte entschlossen sich zur Operation, um womöglich den Blutverlust dauernd zu stillen. Alle ärztlichen Bemühungen erwiesen sich aber als vergebens. Um 12 Uhr 45 Minuten starb Präsident Carnot. — Ueber das Ereigniß richtete der Konseilpräsident Dupuy an die Minister, die Präsidenten der Kammer und des Senats und an andere Staatswürdenträger nachstehende offizielle Depesche: „Präsident Carnot wurde auf der Fahrt von der Handelskammer nach dem Großen Theater von einem Dolchstich getroffen; der Mörder wurde sofort verhaftet; er hielt mit einer Hand die Wagenlehne fest, mit der anderen den Dolch. Präsident Carnot wurde sofort nach der Präfektur gebracht, wo die ersten Aerzte Lyons um ihn bemüht sind. In dieser schmerzlichen Prüfung schließt sich die Regierung den Wünschen Frankreichs für den Präsidenten der Republik an. Gezeichnet: Dupuy." Madame Carnot ist mit ihren beiden Söhnen und dem Doktor Ploncbon um 1 Uhr früh von Paris nach Lyon abgereist. — Der Ministerrath tritt heute in Paris zusammen; der Kongreß wird heute oder morgen zusammentreten.

Nach beendigtem Verhöre des Mörders wurde dieser in ein unterirdisches Gefängniß gebracht, wobei Gewalt angewendet werden mußte. Der Mörder ist streng bewacht vor der angesammelten Menge, welche fortdauernd schreit: „Tödtet ihn!" Den ganzen Abend hindurch erwarteten dicht gedrängte Massen vor der Präfektur Nachrichten über das Befinden des Präsidenten mit der größten Theilnahme. Bei der Nachricht vom Tode Carnot's wuchs die Aufregung ungeheuer. Die Massen warfen sich auf die Restaurants, wo italienische Kellner bedienstet sind, andere stürmten auf das Gefängniß los, den Tod des Mörders verlangend. Das Restaurant Casati wurde vollständig verwüstet, desgleichen die Café's von Matessi und Materni. Die Polizei schritt überall ein. Es sind besondere Maßregeln zum Schutze des italienischen Konsulats getroffen. Als einige Personen französische Fahnen schwenkten, wurde geschrieen: „Nieder mit den Fremden!" „Hinaus mit den Fremden!" Vor dem italienischen Konsulat wurde die Menge mehrmals von der Polizei zerstreut und zog sich unter den Rufen: „Es lebe die Armee!" zurück.

Lyon, 25. Juni. Ein sechzigjähriger Mann Namens Domergue hatte den Dolch des Attentäters Santo aufgehoben und dem Polizeipräfekten Lépine übergeben. Der Dolch ist 25 Zentimeter lang, der Griff von vergoldetem Kupfer, die Scheide ist von Sammet mit schwarzen und rothen Streifen. Als Augenzeuge des Attentats wurde von dem Polizeipräfekten außer Domergue auch der Polizeibeamte verhört, welcher den Attentäter aus den Händen des Polizei-Inspektors Dubois in Empfang nahm. Dubois war der Person des Präsidenten Carnot attachirt und hatte den Attentäter Santo verhaftet. Der von den Aerzten zur Verhütung der inneren Verblutung ausgeführte Schnitt war 12 Zentimeter lang und 8 Zentimeter tief.

Paris, 25. Juni. An Einzelheiten zu dem Attentate wird ferner mitgetheilt: Die Wunde Carnot's war 8 Zentimeter tief. Während der Operation der Erweiterung der Wunde wurde der Körper plötzlich eiskalt. Dr. Poncet glaubte im Operiren nicht fortfahren zu dürfen und, um den Körper wieder zu beleben, Fußwaschung mit siedendem Wasser vornehmen zu müssen.

Ueber den **Eindruck**, den das Attentat gemacht hat, geben die folgenden Depeschen Aufschluß:

Paris, 25. Juni. Die Nachricht von dem Attentat auf den Präsidenten Carnot erregte hier furchtbare Aufregung und Bestürzung. Zuerst verbreitete sich das Gerücht davon in den Theatern und den Restaurants. Das Publikum eilte nach den Zeitungsredaktionen, um Einzelheiten zu erfahren. Nach Mitternacht wurde die Meldung von dem Attentat durch Extrablätter auf den Boulevards verbreitet. Sie rief überall Ergriffenheit und tiefstes Mitgefühl mit dem Präsidenten hervor. Einzelne Personen lasen den Umstehenden die Depeschen vor, wobei viele die Thränen nicht zurückhalten konnten. Die Blätter aller Richtungen geben ihrem Abscheu über das Attentat Ausdruck, das umso mehr unerklärlich, als Carnot durch sein stets korrektes Verhalten sowie durch die Lauterkeit seines Charakters sich die Achtung aller Parteien erworben hatte. Mehrere Blätter erschienen mit Trauerrand; einige konservative glauben, daß es sich um ein anarchistisches Attentat handle; die radikalen Blätter sprechen die Hoffnung aus, daß die Volksfreiheit und die Volksrechte unter dem Eindrucke des Attentats nicht zu leiden haben werden, da dasselbe von einem Italiener begangen worden sei.

Paris, 25. Juni. Im Ministerrathe berichtete Dupuy über das furchtbare Attentat gegen Carnot, welches in ganz Frankreich das Gefühl der Bestürzung hervorgerufen habe. Die Leiche Carnot's wird heute Nacht eintreffen. Die Regierung wird von der Kammer die Ermächtigung zur Veranstaltung eines nationalen Leichenbegängnisses verlangen. Der Präsident des Munizipalrathes richtete an den Ministerpräsidenten Dupuy ein Schreiben, in welchem er dem Abscheu und Schmerze der Stadt Paris über das Attentat Ausdruck giebt.

Die Nachrichten aus den Departements, besonders aus Lyon, Marseille, Lille und Bordeaux, geben die allgemeine Erregung und Bestürzung und den Abscheu über das Attentat wieder. Die Fahnen auf sämmtlichen öffentlichen Gebäuden in Paris sind mit Trauerflor umhüllt, die Bewegung in der Bevölkerung ist sehr groß, man reißt sich um die Zeitungen welche über die letzten Augenblicke Carnot's berichten. Im übrigen herrscht hier vollkommene Ruhe.

Madame Carnot ist heute früh 7 Uhr mit ihren beiden Söhnen in Lyon eingetroffen und hat sich sofort nach der Präfektur begeben. Die dichtgedrängte Menge begrüßte dieselben ehrerbietig. Der eine Sohn wurde beim Anblick der zu Ehren seines Vaters mit Trauerfahnen beflaggten Straßen beinahe ohnmächtig.

Marseille, 25. Juni. Auch hier herrscht wegen des Attentats gegen Carnot allgemeine Entrüstung. Alle Schiffe haben Trauerflaggen gehißt. Es herrscht vollständige Ruhe; im übrigen sind Maßregeln getroffen, um jeden Zusammenstoß zwischen den französischen und italienischen Arbeitern zu verhindern. Das italienische Konsulatsgebäude, welches als eines der ersten Gebaude die Trauerflagge hißte, ist militärisch besetzt; die Präfektur und die Mairie sind geschlossen.

Lyon, 25. Juni. Die Erregung der Bevölkerung nimmt zu. Italiener und Leute, die man für solche hält, werden in den Straßen verfolgt. Die Zahl der Polizei-Agenten ist verstärkt worden. Dieselben umringen die verfolgten Personen und bringen sie, um sie zu schützen, nach den Polizeistationen. Berittene Patrouillen ziehen in gestrecktem Galopp durch die Straßen, um an bedrohten Punkten Hilfe zu bringen. Infanteriesoldaten bewachen beide Zugänge zu der vom italienischen Konsul bewohnten Straße.

Rom, 25. Juni. Die Morgenblätter veröffentlichen Artikel, in denen sie ihrem Entsetzen und ihrer Entrüstung über das gegen Carnot begangene Attentat Ausdruck geben, und dessen hohe persönliche Eigenschaften hervorheben.

Paris, 25. Juni. Gegen 1 Uhr Nachts notifizirte der Minister des Auswärtigen Hanotaux den Vertretern der französischen Mächte die Nachricht vom Tode des Präsidenten Carnot. Mehrere Mitglieder des diplomatischen Korps fanden sich unverzüglich im Elysee ein, wo sie sich in die Kondolenzliste einschrieben. Mehrere Blätter ermahnen zur Ruhe. „Eclair" schreibt: „Italien ist hier nicht im Spiel, hüten wir uns, die Verantwortung für ein individuelles Verbrechen auf ein Volk aufzudehnen. Cesario ist zweifellos ein Anarchist; die Anarchie hat kein Vaterland; unsere Pflicht ist uns vorgezeichnet, wachen wir über uns selbst; keine Gewaltthätigkeit, keine Reaktion! Die Uebergabe der Präsidentengewalt wird sich ohne Störung vollziehen. Frankreich weint, aber es ist stark."

Wie man sich bemüht, das Attentat auszunützen, ersieht man aus der folgenden Depesche:

Lyon, 25. Juni. Der Attentäter nennt sich genau Cesario Santo Hieronymo und ist, soweit bisher festgestellt werden konnte, Bäcker. Er war bereits seit langer Zeit als gefährlicher Anarchist bezeichnet worden und man spricht seine Verwunderung darüber aus, daß er nicht ausgewiesen worden ist. Hieronymo hatte den Weg von Vienne nach Lyon, wo er mit 60 Centimes eintraf, zu Fuß zurückgelegt. Die Straßen sind von einer dichtgedrängten Volksmenge angefüllt, die Läden sind geschlossen.

Die französische Verfassung bestimmt, daß im Todesfall des Staatsoberhauptes beide Kammern als Kongreß sofort zusammenzutreten haben, um zur Wahl eines neuen Präsidenten zu schreiten.

Ueber die Vorbereitungen zur Wahl liegen die folgenden Depeschen vor:

Paris, 25. Juni. Die Präsidenten des Senats und der Kammer, sowie die in Paris anwesenden Minister traten Morgens 9 Uhr im Ministerium des Innern zu einer Berathung zusammen. Der Kriegsminister General Mercier theilte mit, er habe an alle Armeekorps den Befehl telegraphisch übermittelt, sich konsignirt zu halten.

Paris, 25. Juni. Das „Amtsblatt" veröffentlicht folgende Note: „Der Präsident des Senats, in seiner Eigenschaft als Präsident der Nationalversammlung, bestimmte, daß beide Kammern zu dem Kongreß nach Versailles auf Mittwoch, den 27. Juni, 1 Uhr Nachmittags einberufen werden, um zur Wahl eines Präsidenten der Republik zu schreiten."

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Juni.

Der 46. Sozialdemokrat ist in den Reichstag gewählt. Ein neues Ruhmesblatt ist dem Siegeskranze der Sozialdemokratie von den wackeren Genossen im Wahlkreise Elmshorn—Pinneberg eingefügt worden.

Das uns das Wahlresultat meldende Privattelegramm lautet:

v. Elm (Sozialdemokrat) 13 766 Stimmen.
Mohr (Mischmasch) 13 146 Stimmen.

Genosse v. Elm hat somit mit einer Majorität von 620 Stimmen **gesiegt.**

Selbst gegnerische Blätter gestehen zu, daß Mohr die Stimmen sämmtlicher Gegner unserer Partei auf sich vereinigt hat, daß somit Genosse v. Elm allein der rastlosen Thätigkeit unserer Genossen den Sieg verdankt. Wir können auf diesen Erfolg stolz sein und können sicher sein, daß überall den Genossen dieser Sieg zum Ansporn zu weiterer rastloser Thätigkeit für die Partei des Proletariats werden wird. —

Zur Stichwahl in Ottensen-Elmshorn. Wir bringen in vorstehender Notiz das Resultat der Wahl am letzten Sonnabend; leider war es uns nicht möglich, dasselbe in der Sonntagsnummer, wie angekündigt, zu veröffentlichen. Unsererseits ist alles geschehen, um in Besitz des Wahlergebnisses zu gelangen, leider aber hat uns das Wahlkomitee in Ottensen im Stiche gelassen. Trotz wiederholter schriftlicher, mündlicher und telegraphischer Bestellung hat das Wahlkomitee, obwohl es das Gegentheil zugesichert hatte, bis zur Stunde, wo wir diese

---

so wie der gegenüberstehende Kredenztisch mit prächtigen Gefäßen besetzt war. Die Becher der Gäste waren schon bekränzt mit den zum Fest gehörigen Maaslieben oder Osterblümchen, und die voll angehäuften Zinnschüsseln mit bemalten Ostereiern standen hin und wieder auf Tisch und Schrein aufgepflanzt, um den hin und her wandelnden Herren und Frauen als eine kleine Ergötzlichkeit des Gaumens zu dienen, bis das Zeichen zum Mahle gegeben sein würde. Der größere Theil der ungemein ansehnlichen Zahl von anwesenden Stubengenossen war im großen Vorgemache versammelt, um den mächtigen Ofen, dessen Flächen mit dem in Farben ausgeführten Wappen der Vaterstadt geschmückt waren, so wie die Wände umher mit der langen Reihe von Limpurgs Geschlechterwappen, mit den auf großen Pergamenttafeln geschriebenen Ordnungen der Trinkstube, dem bedeutenden Namensverzeichniß von Meistern und Gesellen, und den Panieren der Gesellschaft. Plaudernd und schäkernd unterhielten sich die geputzten Gäste von dem, was der Tag gerade gebracht hatte. Die jüngeren Anwesenden sprachen von Scherz und Liebe, zeigten sich gegenseitig die prachtvollen Ostereier, die sie empfangen, gesandt in zierlichen Körben, oder auf seidenen und duftenden Kissen, und mit den niedlichsten Sprüchen bemalt. Der zärtliche Freier benutzte das Dämmerdunkel des Ofenschattens, um der Geliebten das Geschenk wieder zum Geschenke zu machen, und einen süßen Blick dafür zu erhalten. Gespielinnen und Freunde bekränzten sich gegenseitig mit den Blumen, in welchen die Ostergeschenke gelegen, und mancher zärtliche Reimspruch ging von Munde zu Munde. Während dessen redeten die jungen Frauen von der Herrlichkeit der bevorstehenden Frühlingsfeste, die älteren von dem Barfüßer, der heute das wirksamste und ergötzlichste Ostergelächter erdacht, von der Deutschherrenkirche, in welcher das ansehnlichste Osterlicht zu schauen gewesen, und von dem Bäcker, der die schmackhaftesten Fladen zum Feste geliefert. Unter den Männern ging hingegen vom Wechsel und Gewerbe die Sprache, von Gerichten, Fehden und dem Konzilium. Trotz diesen ganz verschiedenen Redestoffen stand dennoch die Menge beisammen auf einem Knaul, als ob das Gespräch nur einen und denselben Gegenstand beträfe; zwei Herren allein hatten sich von der Versammlung abseits gezogen, und besprachen sich eifrig in einer Ecke des Gemachs: der Schultheiß und der Oberstrichter. — „Ihr würdet mich zur ewigen Dankbarkeit verpflichten," sagte der letztere, das Gespräch zu Ende leitend, „wenn Ihr dem Jungen irgend einen Denkzettel anhängen wolltet. Ihr findet eher die Gelegenheit hierzu, denn ich. Mir dürfte er schwerlich ins Gehege kommen." — „Ich denke, mir ist er schon ins Gehege gerathen," entgegnete der Schultheiß finster: „seid unbesorgt, ehrbarer Herr; was man sucht, findet sich wohl; ich bin vielleicht sogar bald imstande, Euch über wichtigere Dinge Aufschluß zu geben, denn ich vermuthe nicht mit Ungrund, daß in jenem Hause gewisse Verhältnisse obwalten, die bis jetzt gut gethan haben, sich mit dem Schleier des Geheimnisses zu verhüllen." — „Meint Ihr, gestrenger Herr?" fragte der Oberstrichter schnell: „Das wäre Wasser auf meine Mühle, und wenn die Dinge von der Art wären, mein Amt zu beschäftigen . . ., um desto besser." — „Ich verspreche noch nichts," antwortete der Schultheiß einlenkend: „Ich weiß von nichts. Die Zeit wird lehren, wie ich mich zu verhalten haben werde." — Der andere bückte sich mit der Freundlichkeit, die willig vor dem Mächtigeren verstummt, und ihre Neugier in den Zaum nimmt. Das Stubenmeisteramt, das der Schultheiß bekleidete, machte ihm die nächsten Anordnungen der Tafel zur Pflicht, und als alles besorgt war, und er schon mit dem silbernen Stabe in das Gemach schreiten wollte, um der harrenden Gesellschaft das Zeichen zum Mahle zu geben, kam ihm der Altbürger Diether Frosch hastig entgegen und zog ihn in das Tafelzimmer zurück. — Der Schultheiß erröthete leicht bei diesem unverhofften Zusammentreffen, faßte sich jedoch bald wieder, und sprach: „Willkommen, mein wackrer Schöff. Sehnlichst haben wir Eurer gewartet. Und Eure Ehefrau . . . Ihr habt sie doch mit Euch gebracht, darf ich hoffen?"

(Fortsetzung folgt.)

Zeilen schreiben, weder an die Redaktion des „Vorwärts“ noch an den Parteivorstand eine einzige Mittheilung über den Ausfall der Wahl gelangen lassen. Selbst auf Sonntags früh abgesandte telegraphische Anfragen ist bis heute Abend noch keine Antwort erfolgt. Worin diese uns unerklärliche Schweigsamkeit ihren Grund hat, ist uns unbekannt. Hoffentlich aber werden die Genossen in Ottensen, wenn sie die vorstehenden Zeilen lesen, Anlaß nehmen, das Vorkommniß aufzuklären. —

Neue Enqueten sollen demnächst, wenn das „Braunschweiger Tageblatt“ recht unterrichtet ist, angeordnet werden, und zwar für Reichszwecke eine Tabak-Enquete sowie eine Enquete über den Einfluß der neueren sozialpolitischen Gesetzgebung auf die Armenpflege.

Auf Veranlassung des bayerischen Ministeriums des Innern hat das dortige Justizministerium anfangs Mai für Bayern Erhebungen betreffs des bäuerlichen Erbrechts angeordnet, durch welche festgestellt werden soll:

1. Ob nach der im betreffenden Bezirk oder in einzelnen Theilen desselben herrschenden Sitte die dem land- oder forstwirthschaftlichen Betriebe dienenden, mit einem Wohnhause versehenen Güter von einem Erben übernommen werden;

2. ob diese Uebernahme des Gutes durch einen Erben in Uebergabsverträgen und in letztwilligen Verfügungen angeordnet wird, oder ob sie, mangels solcher Verträge und Verfügungen, bei Auseinandersetzung eines Nachlasses unter den Miterben vereinbart zu werden pflegt;

3. ob es hierbei Sitte ist, den Werth des übernommenen Gutes nicht nach dem Verkaufswerth, sondern niedriger, etwa nach dem Ertragswerth, in Anschlag zu bringen und außerdem dem Anerben einen Vorzug zu gewähren, dann ob und in welchem Maße die hiernach den übrigen Erben zu leistende Abfindung hinter deren gesetzlichem Erbtheil zurückbleibt;

4. ob die erwähnte Sitte in Abnahme begriffen ist oder nicht. —

Die elende Lage der preußischen Volksschulen aufrecht zu erhalten, scheint doch selbst dem preußischen Unterrichtsministerium nicht mehr möglich. Wir hoffen wenigstens, daß man dies aus der folgenden Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ schließen darf. Dieselbe lautet:

Das Unterrichtsministerium hat den königl. Regierungen ein nach der Erhebung vom 25. Mai 1891 aufgestelltes namentliches Verzeichniß der in ihrem Bezirke vorhandenen einklassigen Schulen mit mehr als 80 Schulkindern, sowie der zwei- und mehrklassigen Schulen, in denen mehr als 70 Schulkinder auf je eine Lehrkraft entfallen, zugehen lassen. Dieses Verzeichniß soll Anhalt dafür geben, bei welchen Schulen in erster Reihe mit Herstellung normaler Schulverhältnisse vorzugehen wäre. —

Zwischen Deutschland und England fehlte ein Einverständniß wegen der Abgrenzung an der westlichen Grenze von Deutsch-Ostafrika. Dasselbe ist nun erzielt worden. —

Justitia im Ehrenkampf. Unter diesem Stichwort berichteten wir neulich, daß gegen Landgerichtsrath Pfizer in Ulm das Disziplinarverfahren eingeleitet ist, weil Landgerichtsrath Pfizer in einer Broschüre seiner Ueberzeugung kräftigen Ausdruck darüber gegeben hatte, daß ein gewisser Ilg im Jahre 1884 unschuldig zu Zuchthausstrafe verurtheilt ist. Landgerichtsrath Pfizer erläßt nun eine Erklärung, der wir folgendes entnehmen:

„Ich gebe zu, daß ich in der Schrift den an dem Beschluß des Disziplinargerichtshofs vom 26. April 1884 betheiligten Richtern (deren Namen — mit Ausnahme des Vorsitzenden und des Referenten — mir unbekannt sind) den schwersten Vorwurf gemacht habe, den man einem Richter in Beziehung auf seinen Beruf machen kann, nämlich den Vorwurf, das Recht gebeugt, eine Strafe über einen Angeschuldigten verhängt zu haben, dessen Unschuld dem Richter bekannt sein mußte und bekannt war. Ist der Vorwurf begründet, dann sind meine darüber gebrauchten Ausdrücke nicht zu hart. Ist er unbegründet, dann ist mein Verbleiben im Staatsdienste eine Unmöglichkeit und ich werde von dem Tage, wo durch den Spruch eines unbefangenen, d. h. außerwürttembergischen Richters rechtskräftig festgestellt ist, daß die von mir behaupteten Thatsachen nicht wahr seien, ohne Rücksicht darauf, ob ich den Spruch für gerecht halte oder nicht, meine Entlassung nehmen. Ich gebe endlich zu, daß ich behauptet habe, der Justizminister habe die Verhängung einer Disziplinarstrafe über mich gewünscht und in der Hoffnung, daß sie erfolgen werde, dem Oberlandesgericht die Beschwerde des Landgerichtsraths . . . und des Staatsanwalts . . . zugehen lassen mit dem „Anheimgeben“, das Geeignete zu verfügen. Durch den Vorwurf der Beugung des Rechts habe ich, wenn er unbegründet ist, mich nicht nur eines Dienstvergehens, sondern auch eines gemeinen Vergehens, der Beleidigung (§ 186 Str.-G.-B.) schuldig gemacht. Ich behaupte, daß der Thatbestand des mir zur Last gelegten Dienstvergehens . . . zusammenfällt mit dem Thatbestand des gemeinen Vergehens, so daß, wenn wegen des letzteren in einem gerichtlichen Verfahren eine Freisprechung erfolgen würde, nach Artikel 76 des Beamtengesetzes ein Disziplinarverfahren nicht mehr statthaft wäre. Und ich behaupte, daß in einem gerichtlichen Verfahren meine Freisprechung erfolgen müßte, weil die von mir behaupteten Thatsachen erweislich wahr sind. . . . . Nach meiner unmaßgeblichen Meinung muß bei der (in meinem Fall vorliegenden) Identität des Thatbestandes des gemeinen und des Dienstvergehens, ehe ein Disziplinarverfahren eingeleitet und durchgeführt wird, abgewartet werden, ob der zur Stellung des Strafantrags Berechtigte den Antrag wirklich stellt . . .“

Landgerichtsrath Pfizer erklärt sich schließlich ausdrücklich bereit, sich jedem nicht-württembergischen Gericht zu stellen, um sich wegen des „gemeinen Vergehens“ zu verantworten. Daß Herr Pfizer wirklich glaubt, daß in Deutschland ein Gericht sich findet, das, wenn seine Behauptungen bis auf's letzte Tipfelchen erwiesen werden sollten, ihn freisprechen würde, zeigt, daß noch Idealismus in ihm ist. —

Duell auf richterliche Empfehlung. Daß Richter und sonstige Staatsbeamte trotz des gesetzlichen Verbots sich persönlich auf Duelle einlassen, ist nichts neues mehr, daß aber ein Richter in seiner amtlichen Thätigkeit zur Beilegung eines Streites durch das Duell auffordert, ist neu. Wenn die „Preußische Lehrer-Zeitung“ recht unterrichtet ist, haben wir mit einem solchen weiteren Eindringen des militärischen Geistes in unsere Rechtspflege zu rechnen. Wir berichteten neulich über den Prozeß gegen 34 Schneidemühler Lehrer wegen Beleidigung zweier Stadtverordneter, der Rechtsanwälte Glaß und Köpp. Das genannte Blatt theilte in seiner Sonnabend-Nummer über diesen Prozeß folgendes mit:

Direktor Ernst sowie der Vertheidiger Rechtsanwalt Wilutzke-Flatow (die Schneidemühler Rechtsanwälte verweigerten die Vertheidigung zu führen) bewiesen in überzeugender Weise, daß die Glaß-Koepp'schen Aeußerungen vom 8. März völlig unrichtig ꝛc. gewesen seien ꝛc. Dasselbe wies Rektor Lakoschus nach. . . . . Rektor Lakoschus wies nach, daß den Lehrern ein anderes Mittel als die Presse nicht zur Verfügung gestanden habe. Der Untersuchungsrichter hätte zwar gemeint, daß eine Herausforderung der Rechtsanwälte am Platze gewesen wäre, doch stände dieses Recht den Lehrern nicht zu.

Daraufhin zog die „Volks-Zeitung“ von Herrn Lakoschus direkte Erkundigung ein und erhielt von ihm die Auskunft:

„daß der Untersuchungsrichter Assessor Ziemer einem Angeklagten in der That die Vorhaltung gemacht habe: „Sie hätten ja die beiden Rechtsanwälte fordern können.“ Als dann in der Verhandlung der Staatsanwalt auch meinte, wir hätten uns wohl „auf andere Weise“ Genugthuung verschaffen können, da nahm ich Veranlassung, jenes wunderbaren Umstandes zu erwähnen.

Da bleibt der hohen Obrigkrit, da sie sich bisher nicht entschließen konnte, den Offizieren und Beamten das Duell unmöglich zu machen, wohl nichts anderes übrig, als das Duell in der Form des Gottesurtheils in unsere Rechtspflege wieder einzuführen. —

Internationale Preßverfolgungen. Unter der Spitzmarke „Das fehlte gerade noch“ theilten wir in unserer Nr. 140 nach der „Münchener Post“ mit, daß ein Münchener Gericht auf Requisition des Kreisgerichtes von Leitmeritz in Böhmen unsere Genossen Schmid und Ernst wegen Verbreitung des in Bayern gedruckten und verlegten „Sozialdemokratischen Katechismus“ zur Rechenschaft ziehen wollte. Die „Münchener Post“ theilt nun in ihrer letzten Nummer über diesen Fall folgende nähere Umstände mit:

Am 15. d. Mts. erhielt der Redakteur und Verleger der „Münchener Post“, Genosse Eduard Schmid, eine Vorladung, sich andern Tages als Beklagter im Zimmer Nr. 43 Amtsgericht München I behufs Vernehmung einzufinden. Der Gegenstand der Sache war nicht genannt. Dem Buchdruckereibesitzer Genossen Ernst ging dieselbe Ladung zu. Zu unserer größten Ueberraschung mußten wir alsdann erfahren, daß das k. k. Kreisgericht Leitmeritz in Böhmen irgend welche Schmerzen verspürte, sich deshalb an das Amtsgericht München I wandte, welches dann eilfertig bereit war, das Ermittelungsverfahren einzuleiten. Im Verlag der „Münchener Post“ erschienen nämlich seiner Zeit drei Auflagen des „Sozialdemokratischen Katechismus“, wovon sich auch Exemplare nach Oesterreich verirrten, ohne erst die dortige Zensurbehörde passirt zu haben. Genosse Eduard Schmid war als Verleger, Genosse Ernst als Drucker der Broschüre angegeben.

Unterm 22. Januar 1894 ging uns vom k. k. Kreisgericht in Leitmeritz ein Erkenntniß zu folgenden Inhalts:

Erkenntniß.

Im Namen Seiner Majestät des Kaisers!

Das k. k. Kreisgericht in Leitmeritz als Prozeßgericht hat über die Anträge der k. k. Staatsanwaltschaft vom 19. Januar 1894 Z. 375 St. A. zu Recht erkannt:

Der Inhalt der in München 1893 erschienenen Druckschrift „Sozialdemokratischer Katechismus für das arbeitende Volk von Ludwig Knorr“ Verlag der „Münchner Post“ Eduard Schmid begründet den Thatbestand 1. des in den §§ 58c und 59c Stg. bezeichneten Verbrechens des Hochverrathes, 2. des im § 65a und b Stg. bezeichneten Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe und 3. des in den §§ 302 und 305 Stg. bezeichneten Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung.

Da die k. k. Staatsanwaltschaft eine Anklage gegen eine bestimmte Person nicht erhebt, so wird auf grund der §§ 489—493 St. P. O. die Beschlagnahme dieser Druckschrift bestätigt, das Verbot der Weiterverbreitung derselben ausgesprochen und nach § 37 des Preßgesetzes die Vernichtung der mit Beschlag belegten Exemplare verordnet.

Aus der Begründung ging hervor, daß von den im p. p. Katechismus enthaltenen 140 Fragen und Antworten nicht weniger als 43 beanstandet wurden.

Seit einiger Zeit ist nun bei Wörlein u. Komp. in Nürnberg die vierte Auflage des Knorr'schen Katechismus erschienen, wovon sich wieder einige Exemplare, auch ohne vorher der Zensurbehörde vorgelegen zu haben, in das Kreisgerichtsgebäude nach Leitmeritz verirrt haben mögen. Das betreffende Gericht wandte sich um Ermittlung an das Amtsgericht München, welches, wie gesagt, parirte. Letzteres ist um so komischer, als weder Genosse Schmid noch Genosse Ernst mit der dem Amtsrichter in einem Exemplar vorgelegenen vierten Auflage des p. p. Katechismus etwas zu thun hatten, sondern derselben das Impressum Wörlein u. Komp. Nürnberg deutlich aufgedruckt ist. Die Absicht der Leitmeritzer Bundesstaats-Nachbarn bestand darin, den Verleger und Drucker des Katechismus (dritte Auflage) wegen Mißachtung eines erlassenen Verbotes und fortgesetzter Verbreitung der vierten Auflage desselben Werkchens zur Rechenschaft zu ziehen. Wie spaßhaft diese Geschichte auch klingen mag, sie ist dennoch wahr.

So weit die „Münchener Post“. Neben seiner unzweifelhaft spaßhaften Seite hat der Fall aber auch sicherlich eine ernste Seite. Was geht das Münchener Gericht diese Verfügung der österreichischen Preßbüttel an? Wie kommt es dazu, die Genossen Ernst und Schmid zu behelligen? Ein wenig mehr Gesetzeskenntniß und Geschick hätten wir doch vorausgesetzt! —

Zum Selbstmord des vom Heede. Warum der durch Selbstmord aus dem Leben geschiedene Abgeordnete vom Heede trotz seiner allgemeinen Beliebtheit nicht die Hilfe seiner Freunde in Anspruch nahm, um der ihm erwachsenen finanziellen Schwierigkeiten Herr zu werden, wird jetzt klar. vom Heede hat, wie die „Berliner Ztg.“ schreibt, das Vertrauen seiner Mitbürger, die Ehrenstellungen, die er einnahm, seit Jahren schmählich mißbraucht, und hat zum Giftbecher gegriffen, weil er vor der Entdeckung schmachvoller Betrügereien stand, durch die viele kleine Leute ruinirt sein werden. vom Heede hat als Direktor der Volksbank von Halver im Laufe langer Jahre mit Hilfe des Kassirers, den er vollständig beherrscht zu haben scheint, fast eine halbe Million Mark aus der Kasse der Bank bezogen. Die Schwindeleien blieben unentdeckt, weil die Aufsichtsräthe in ihrem Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Direktors die Revisionen nicht gründlich genug erledigten. Voraussichtlich kommt es zu einem Krach, wie in Siegen. Geschädigt sind Handwerker, kleine Fabrikanten, Geschäftsleute und Landwirthe.

Man erinnert sich, daß vor kurzem die nationalliberale Partei mit ihrem Reichstagsabgeordneten North (Straßburg-Land) dieselben Erfahrungen gemacht hat, wie mit Herrn vom Heede. —

Heureka, ich hab's entdeckt, kann der Sozialpolitiker der „Kreuz-Zeitung“ rufen. Die soziale Frage ist gelöst, der Normal-Arbeitstag tritt ins Leben, und die ganze Unternehmerschaft giebt ihren Segen dazu. Die nothleidenden Junker in den Gebieten des Kartoffelfusels, die Grubenherren und die Baumwollbarone, die Eisenherren und die Farbmalzpaladine werden den Reichstag mit Petitionen, mit Dringlichkeitsanträgen, mit Gesetzentwürfen bestürmen. Stand bis zu diesem Augenblicke die deutsche Kapitalistenklasse der gesetzlichen Regelung des Arbeitstages in der Hosenvollpose gegenüber, so werden der Manchestermann Richter und der Schutzzöllner Stumm ihr Jawort ach! wie gerne geben. In der „Kreuz-Zeitung“ (Nr. 289 vom 23. Juni ds. Js.) liest man nämlich über die erste Sitzung der Reichskommission für Arbeiterstatistik:

„Die Kommission hat einen von zwei Wegen zu wählen, die Arbeitszeit in den genannten Arbeitsstätten entweder durch Verordnung des Bundesraths, oder durch Erlaß eines Spezialgesetzes zu bestimmen. Nach diesen beiden Richtungen sind der Kommission zwei Entwürfe unterbreitet worden. Der eine Entwurf nimmt eine **Maximalarbeitszeit von 24 Stunden mit 3 Ueberstunden** zu einem Lohne von 6 M. 72 Pf. an.“

Mehr kann der energischste Plusmacher nicht verlangen, als einen Arbeitstag, der drei Stunden über die Naturgrenze ausgedehnt ist, eine Lumperei von siebenundzwanzig Stunden. Der Gelehrte der „Kreuz-Zeitung“ ist unbewußter Weisheit voll. Natürlich druckt die ganze konservative Presse gottergeben und wahlverwandt die Weisheit ihrer Wortführerin nach. —

Neue bergpolizeiliche Bestimmungen sind in Braunschweig auf grund des vorjährigen Berggesetzes mit ministerieller Genehmigung erlassen worden. Die 70 Paragraphen enthaltenden Vorschriften gliedern sich in folgende zehn Abschnitte: 1. Schutz der Oberfläche, 2. Sicherung der Grubenbaue, 3. Förderung, 4. Fahrung, 5. Wetterführung und Beleuchtung, 6. Schießarbeit, 7. Sonstige Arbeiten, 8. Arbeiter, 9. Markscheiderwesen, 10. Schlußbestimmungen. Uebertretungen der erlassenen Vorschriften werden mit Geldbuße bis 300 M. bestraft. Braunkohle darf bei unterirdischem Abbau nur bis zu einer Mächtigkeit von 5 Metern auf einmal gewonnen werden. Der Abbau der Kali- und Magnesiasalze darf nur in der Weise erfolgen, daß die abgebauten Räume vollständig versetzt werden. Dabei muß der Versatz dem Abbau in kürzester Frist folgen, so daß die Salzstöße und Salzfirsten nicht länger als sechs Monate der Verwitterung ausgesetzt sind. Hinsichtlich der Aufbewahrung und der Verwendung von Sprengstoffen sind peinlichste Sicherheitsmaßregeln vorgeschrieben, und als Bergarbeiter dürfen nur Personen beschäftigt werden, die nach ärztlichem Zeugnisse mit körperlichen oder geistigen Gebrechen, die leicht Anlaß zu Unglücksfällen geben können, nicht behaftet und dem Trunke nicht ergeben sind. Infolge des Erlasses der neuen bergpolizeilichen Vorschriften erlischt die Giltigkeit der 1874er Verordnung, betreffend die Schießarbeit beim Bergbau. —

Eine neue Demonstration für das allgemeine Wahlrecht meldet das Wolff'sche Bureau in der folgenden Depesche aus Wien:

Am letzten Sonntag wurde im Prater unter freiem Himmel eine von zirka 12 000 Personen besuchte Arbeiterversammlung abgehalten, bei welcher von einer Anzahl Redner die Frage des allgemeinen direkten Wahlrechts behandelt wurde. Der Auszug aus dem Prater vollzog sich ruhig, ernstere Zwischenfälle kamen nicht vor; einige Verhaftungen wurden vorgenommen. —

Recht auf Arbeit. Das endgiltige Resultat der schweizerischen Volksabstimmung vom 3. Juni wird von der Bundeskanzlei wie folgt angegeben: Von 680 731 Stimmberechtigten stimmten **75 880 Ja**, 308 289 Nein. —

Die englische Regierung besteht nur noch von Oppositions Gnaden. Sie lawirt verzweifelt bald nach rechts bald nach links, um abwechselnd mit Bourgeoiswind oder Arbeiterwind zu segeln. Die Opposition gewinnt täglich an Terrain. Und gerade dies ist der Grund, warum sie nicht mehr zur Auflösung drängt. Sie weiß, je länger gewartet wird, desto überwältigender wird die Majorität gegen die Regierung sein. So ist man stillschweigend übereingekommen, die Auflösung und Neuwahlen auf das nächste Jahr zu verschieben. Lord Rosebery, der die Hoffnung seiner Freunde nach keiner Richtung hin erfüllt hat und fühlt, wie ihm der Boden unter den Füßen schwindet, würde jetzt sehr gern früher auflösen, wenn sich eine gute Gelegenheit böte. Aber woher nehmen und nicht stehlen? Auf dem Gebiete der inneren Politik findet sich kein guter, d. h. die Massen hinreißender „Wahlruf“. Die Interessen des liberalen Bürgerthums, der Arbeiter und der Homeruler — der drei Gruppen, auf die das Kabinet sich stützt — sind einander so entgegengesetzt und widersprechend, daß alles, was die eine Gruppe befriedigt, den beiden anderen, mindestens einer der beiden anderen, nichts weniger als sympathisch ist. Und auf dem Gebiete der auswärtigen Politik waren die Liberalen von jeher Stümper; außerdem liegt ja auch gar keine „brennende Frage“ vor, mit der sich Lorbeeren ergattern ließen. So sinkt denn das Kabinet Rosebery tiefer und tiefer in den Morast, bis er ihm, bei der Wahl nächsten Jahres, über dem Kopfe zusammenschlägt. Die Zeit der Mittelparteien ist in unserer kapitalistischen Gesellschaft eben vorüber; die Entwickelung geht nach den Extremen: der Arbeiterpartei einer- und der konservativen Partei andererseits. Was dazwischen liegt, wird zerrieben wie zwischen zwei Mühlsteinen. Freilich, in Ländern mit solch zäh demokratischem Konservatismus dauert dieser Prozeß etwas länger, als in den bröckligen polizeilich-bureaukratischen Kontinentalstaaten, die ein organisches Wachsen und Verwachsen nicht kennen. —

Wieder eine Grubenkatastrophe! Noch ruhen zahlreiche Bergleute in den Gruben von Karwin, noch hat sich nicht die Erregung über die Grubenkatastrophe gelegt, die hunderte Familien ins Elend gestürzt hat, und schon kommt vom Schlachtfelde der Arbeit eine ebenso fürchterliche Kunde. Wir haben in der letzten Nummer schon unter Depeschen die ersten Nachrichten über die Katastrophe in der Kohlengrube Albion in Wales registrirt. Gestern langte noch die folgende Depesche an:

Pontypridd, 24. Juni. Man schätzt die Zahl der in der Kohlengrube Albion verschütteten Bergleute auf 251. Bis jetzt sind 142 Todte aufgefunden worden.

Selbst den kurzsichtigsten Sozialpolitikern muß doch nach diesen Katastrophen endlich ein Licht darüber aufgehen, daß in diesem gefährlichsten aller Gewerbe sein weit stärkerer Schutz als durch die bisherige Gesetzgebung vor allem diesen Arbeitern zugebilligt werden muß. Aber nicht auf die Anschauungen der Sozialpolitiker, auch nicht der kurzsichtigsten, kommt es bei der Gesetzgebung an, sondern lediglich auf die Interessen des Großbesitzes, und dieser ist trotz aller Katastrophen im Interesse seines Geldbeutels gegen jeden wirksamen Arbeiterschutz. —

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 26. Juni.

Deutsches Theater. Faust.
Berliner Theater. Die Braut von Messina.
Residenz-Theater. Jugend.
Belle-Alliance-Theater. Das Glöckchen des Eremiten.
Alexanderplatz-Theater. Heinrich Heine. Vorher: Dir wie mir, oder: Dem Herrn ein Glas Wasser.
National-Theater. Italien in Berlin.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.

Sensationelle Novität!

Italien in Berlin.

Große Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Carl Peters. Musik von A. Wiedecke. Dekorationen aus dem Atelier von Müller und Schäfer. Maschinerien vom Theatermeister Otto Weiße. Elektrische Lichteffekte von Lakowsky. Kostüme vom Obergarderobier Paul Hildebrandt.

Regie: Max Samst.

Kassenöffnung 5½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Im Garten: **Großes Konzert.** Auf der Sommerbühne Aufführung von Lustspielen, Possen sowie Spezialitäten-Vorstellung ersten Ranges.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Reichshallen Dönhoffs-Platz.

Saal oder Garten.

Täglich:

Humoristische Soirée der **Nord-deutschen Sänger.**

Heute, Dienstag:

Zum 25. Male:

Italien in Berlin.

Ensemblescene von Hoffmann.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 resp. 50 Pf.

Passage-Panopticum.

Ein **Dahomey-Dorf** mit **51 wilden Weibern.**

Tägl. 8 Vorführungen.

Um 11, 12, 4, 5, 6, 7, 8, 9 Uhr.

Castan's Panoptikum.

Hawaiische Königs-Tänzerinnen

aus Honolulu.

Evora-Bräu

in vorzügl. Qualität empfiehlt in Gebinden v. 20—100 Ltr. 30 Fl. = 3 M.

Otto Linke, Lagerhof 3.

Telephon Amt III Nr. 404.

Weißbier!

Für **Fabriken** und **Werkstätten** sowie für **Wiederverkäufer** liefere ich mein **Versand-Weißbier** in unübertrefflicher Güte zum Preise von 3 Mk. für 40 halbe oder 45 4/10 oder 25 8/10 oder 20 ganze Flaschen, frei in's Haus, in Flaschen mit Patentverschluß, ohne Pfandberechnung.

Fernsprecher Amt Schöneberg No. 92.

A. Seidler,

Schöneberg, 2141.*

Sedanstraße Nr. 73—75 und 82.

Berliner Weissbier-Brauerei.

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.** Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert.

Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 219L.*

Unserem Vereinswirth **Paul Hilpert** in Rixdorf, Karlsgartenstraße, zu seinem heutigen Geburtstage ein dreimal donnerndes Hoch. Kämpfe weiter für Wahrheit und Recht. 1465b

Gesangverein Schneeglöckchen I.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser Bruder und Schwager, der Korbmacher

Julius Reim

am 23. Juni im Alter von 32 Jahren im Krankenhause am Urban verstorben ist. — Die Beerdigung findet am Mittwoch Nachmittag 5 Uhr von der Leichenhalle des neuen Louisen-Kirchhofes in der Hermannstraße aus statt.

Der trauernde Bruder und Schwägerin

1474b] **Franz u. Emma Reim.**

Freie Kranken- u. Begräbniß-Kasse der Schuhmacher

und Berufsgenossen Berlins.

(E. H. 27.)

III. Nachtrag

zum zweiten revidirten Statut.

Der § 6 Absatz 2 des zweiten Nachtrags wird aufgehoben und erhält folgende Bestimmung:

Der wöchentliche Beitrag beträgt 40 Pf. und ist im voraus zu bezahlen.

Der Nachtrag tritt mit dem Tage der Genehmigung in Kraft.

1475b **Der Vorstand.**

Die Kasse bleibt mit dem vorstehenden 3. Nachtrag als eingeschriebene Hilfskasse ferner zugelassen und wird von neuem bescheinigt, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügt.

Berlin, den 4. Mai 1894.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

J. V.: Hohmann.

Achtung! Achtung!

Das Stiftungsfest d. Freien Vereinigung d. Bauarbeiter Berlins

findet wegen der Lokalsperre nicht am 14. Juli in „Königsbank", sondern am **28. Juli bei Fiebig,** Gr. Frankfurterstraße 28, statt. 1472b

Kein Ringbier!

Um rege Theilnahme ersucht

Das Komitee.

Die Mitgliederversammlung findet nunmehr am 15. Juli statt.

Achtung!

Ich erkläre hiermit, daß ich schon **seit 4 Wochen Nordstern-Bier** führe. Die Angabe im Flugblatt, daß ich boykottirtes Bier habe, beruht auf Irrthum. 1478b

Fuhlbrügge, Graudenzerstr. 15.

Bestes Putzmittel der Welt!

Diese **Universal-Metall-Putz-Pomade** ist **von uns zuerst** im Jahre **1876** eingeführt und das Fabrikzeichen **„Helm"** durch gesetzliche Eintragung zur **Schutzmarke** gekennzeichnet worden. Alle **ähnlich aussehenden** Erzeugnisse sind deshalb **Nachahmungen unseres unübertroffenen** Putzmittels. 3081.*

Achtung! Brauereiarbeiter. Achtung!

Dienstag, 26. Juni, Mittags 12 Uhr, in **Joël's Festsälen, Andreasstr. 21:**

Große öffentliche Versammlung der ausgesperrten Brauereiarbeiter.

Tagesordnung: 1. **Die Lage der Ausgesperrten.** 2. Diskussion.

89/2 **Die Kommission.**

Achtung! Töpfer. Achtung!

Vertrauensmänner-Sitzung

am Mittwoch, den 27. Juni, Abends 6 Uhr, bei Wilke, Andreasstr. 26.

Hierzu sind nur die Kollegen eingeladen, welche auf den einzelnen Bauten als Vertrauensmann gewählt oder bestimmt sind. Wir machen es also einem jeden Kollegen dem obige Funktion übertragen ist zur Pflicht, pünktlich zu erscheinen. 90/8

Der Vertrauensmann.

Gustav Melzer, Friedrichsfelderstr. 26.

Achtung! Gürtler und Bronceure.

Unser diesjähriges Sommerfest in der „Neuen Welt" findet des Boykotts wegen nicht am 16. Juli, sondern erst am 27. August statt. Da wir nicht von unserm Kontrakt entbunden werden, ersuchen wir die Kollegen, das Sommerfest zu unterstützen. Ringbier braucht Keiner zu trinken. Die Kaffeeküche ist jederzeit während des Vergnügens geöffnet; auch hat der Oekonom Herr Bau sich erboten, 2/10 Liter Aepfelwein vom Faß für 15 Pf. auszuschänken. 1461b **Das Comité.** J. A.: **R. Schmolt.**

Oeffentliche

Versammlung der Böttcher

Berlins und Umgegend

am Mittwoch, den 27. Juni 1894, Vormittags 10 Uhr, bei **Heise,** Lichtenbergerstraße Nr. 21.

113/20 **Die Kommission.**

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 27. Juni 1894, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Swinemünder Gesellschaftshauses, Swinemünderstr. 35:

Versammlung der Filiale Norden.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Adolf Hoffmann** über: Die privatkapitalistische Sintfluth. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, bittet

461/20 **Der Vorstand.**

Hiermit beehre ich mich, die ergebene Anzeige zu machen, daß ich am hiesigen Platze **Hermannstraße 145,** Eingang Steinmetzstraße, eine

Mineralwasser- und Fruchtsaft-Fabrik

errichtet habe. Ich werde dieselbe mit der größten Reellität und mit der Sorgfalt betreiben, wie man es von einem solchen Geschäft fordern muß, und bitte deshalb, mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Rixdorf, den 25. Juni 1894.

1470b **Otto Horn,** Apotheker.

Achtung! Köpenick. Achtung!

Große öffentliche Volks-Versammlung

für Männer und Frauen

am Mittwoch, 27. Juni, bei Herrn **Wöllstein** in **Adlershof.**

Tages-Ordnung:

1. Der Bierboykott und wie stellen wir uns zu der Saalsperre der Köpenicker Wirthe. Referent **Adolf Hoffmann** (Pankow). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Die Boykottkommission.

481/16 **Kein Ringbier.**

---

2. Wahlkreis.

Oeffentl. Volks-Versammlung

am Mittwoch, den 27. Juni, Abends 8 Uhr, bei **Poppe, Lindenstr. 106.**

Tagesordnung: Volksbildung und Klassenbewußtsein. Referent **Georg Wagner.**

Der Einberufer.

---

6. Wahlkreis.

(Rosenthaler Vorstadt.)

Volks-Versammlung

am Dienstag, den 26. Juni 1894, Abends 8 Uhr, im **Swinemünder Gesellschaftshaus,** Swinemünderstr. 35.

Tages-Ordnung:

1. Der Staat und die Arbeiter. Referent Genosse **Laber.** 2. Diskussion.

1482b **Die Vertrauensperson.**

Gauverein Berliner Bildhauer.

Dienstag, den 26. Juni, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Ehrenberg, Annenstraße Nr. 16:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn **Dr. H. Weyl** über: Die Ernährung des Menschen. 3. Verschiedenes.

Zum Quartalsschluß werden die Kollegen ersucht, ihre Beiträge in Ordnung zu bringen, da bei mehr als 6 Resten der Ausschluß unweigerlich vollzogen werden muß. Im Interesse jedes Mitgliedes liegt es daher, seine Beiträge in Ordnung zu bringen.

In dieser Versammlung gelangen die Fragebogen für die vom Zentral-Verein aufzunehmende Statistik zur Ausgabe; ebenfalls wird an den folgenden Abenden ein Kollege von 8 Uhr ab im Lokale Annenstr. 16 zur Ausgabe anwesend sein. 43/1 **Der Vorstand.**

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter

u. verw. Berufsgen. (Zahlstelle Berlin.)

Mittwoch, 27. Juni, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn **Ehrenberg,** Annenstr. 16:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Urabstimmung über den Antrag des Ausschusses, betreffend Delegation Vorsitzenden der Agitationskommission zum Verbandstage. 2. Vortrag des Genossen **Fritz Hansen:** Zur Naturgeschichte des Proletariats. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

165/13 **Der Vorstand.**

Grosses Sängerfest

des

Arbeiter-Sängerbundes

Berlins und Umgegend

am **Sonntag,** den 8. Juli 1894

in

Schmargendorf

Schützenhaus Sanssouci

Festwiese an der Ruhlaer Strasse.

211 Gesangvereine.

Massengesänge. — 3 Musikkapellen.

Die Musik wird von der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins u. Umgegend ausgeführt. Direktion die Herren **Grass, Loppe** und **Schonert.**

Von Nachmittags 4 Uhr ab: Tanz.

Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Billets à 20 Pf.

Ausschank: **Münchener Brauhaus.**

Anfang des Concerts früh 8 Uhr, der Gesangs-Aufführungen Nachmittags 3 Uhr.

Zu diesem diesjährigen Sängerfest ladet der Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend alle Genossen, Freunde und Gönner hiermit freundlichst ein. 107/13

Fahrverbindung: Stadt- und Ringbahn 10 Minuten-Verkehr. Von Schmargendorf ab Dampfbahn bis zur Festwiese viertelstündlich. Ebenfalls werden Fuhrwerke, Kremser 2c. genügend zur Verfügung stehen.

Schweizer Garten.

Am Friedrichshain. Am Königsthor.

Täglich: **Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**

Volksbelustigungen aller Art.

Im neu parquettirten Saale: | Täglich: **Gr. Ball.**

Von 5—7½ Uhr: Freier Damentanz. Die Kaffeeküche ist geöffnet.

Entree 30 Pf., Billets vorher 25 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Berlin. Druck und Verlag von Max Badin, in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 145. Dienstag, den 26. Juni 1894. 11. Jahrg.

Boykottirt sind:

1. **Schultheiß-Brauerei**, Aktien-Gesellschaft, Berlin (und Tivoli).
2. **Brauerei F. Happoldt.**
3. **Böhmisches Brauhaus**, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch.
4. **Brauerei Karl Gregory**, Berlin (Adler-Brauerei).
5. **Vereins-Brauerei Rixdorf.**
6. **Spandauer Berg-Brauerei**, vorm. C. Bechmann, Westend bei Charlottenburg.
7. **Aktien-Gesellschaft Schloß-Brauerei Schöneberg.**

* * *

Aus dem Brauerring während des Boykotts sind **ausgetreten** und die Arbeiter-Forderungen haben anerkannt:

Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenkron, Charlottenburg.
Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.

* * *

Dem Brauerring gehörten nicht an und die Arbeiterforderungen sind durchgeführt bei:

Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
Süddeutsche Brauerei, Karl Kintz u. Ko., Berlin.

Dem Brauerring gehören nicht an, Aeußerungen über die Durchführung der Arbeiterforderungen liegen aber nicht vor von

F. W. Hoffmann, Werder a. H.
G. Bauer, Werder a. H.
Brauerei Müggelschlößchen, Friedrichshagen.
Kaiser-Brauerei, Dummer und Kahl, Charlottenburg.
Brauerei Phönix, Lichterfelde.
Nordstern-Brauerei, Berlin.

* * *

Durch Vermittelung der Bierkommission oder auf deren Anregung führen nachstehend verzeichnete Brauereien von auswärts Bier nach hier ein:

Brauerei in Wusterhausen.
Exportbrauerei Rathenow.
Bürgerliches Brauhaus, Dresden.
Schloßbrauerei, Fürstenwalde.
Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O.
Bürgerliches Brauhaus (in Firma Quintern), Luckenwalde.
Brauerei Maß, Kottbus.

Die Kommission für Arbeiterstatistik

setzte am Montag die Berathungen über den Entwurf, betreffend die Regelung der Arbeitszeit in den Bäckereien fort. § 5 wurde in der Fassung angenommen, daß in Bäckereien an Sonn- und Festtagen eine 16stündige und in Konditoreien eine 12stündige Ruhe im Betriebe eintreten muß. Die Frage, ob der Bundesrath berechtigt ist, auf grund des § 120e eine objektive Ruhezeit an Sonn- und Festtagen für Gewerbebetriebe festzusetzen, wird von der Mehrheit der Kommission mit ja beantwortet. § 6 bestimmt, daß 1. Gehilfen in Bäckereien an Sonn- und Festtagen, des Abends nach 6 Uhr, mit Arbeiten, welche zur Vorbereitung der Wiederaufnahme der Arbeit am nächsten Werktage erforderlich sind, höchstens eine Stunde beschäftigt werden dürfen, und 2. in Konditoreien, leicht verderbliche Waaren, die unmittelbar vor dem Genuß hergestellt werden müssen, zubereitet werden dürfen. Die Gehilfen und Lehrlinge in Konditoreien, welche an Sonn- und Festtagen noch nach 12 Uhr Mittags beschäftigt worden sind, müssen an einem Tage in der folgenden Woche von Mittags 12 Uhr an von der Arbeit freigelassen werden. Ein hierzu gestellter Antrag, nach welchem die Bäcker, welche am Sonntag Nachmittag beschäftigt sind, auch einen freien Nachmittag in der Woche haben sollten, wurde abgelehnt.

Der Rest des Entwurfes wurde ohne wesentliche Abänderungen angenommen. Es wurde darauf hingewiesen, daß sowohl in den Wohnräumen der Bäckergesellen als in den Arbeitsräumen arge Mißstände bestehen. Da der § 120a der Gewerbe-Ordnung bestimmt: daß die Gewerbe-Unternehmer, also auch die Bäckermeister, verpflichtet sind, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Geräthschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Insbesondere ist für genügendes Licht, ausreichenden Luftraum und Luftwechsel, Beseitigung des bei dem Betriebe entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase, sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen.

Ebenfalls bestehen in den meisten Bundesstaaten gesundheitspolizeiliche Vorschriften, nach denen es nicht zulässig ist, Menschen in Räumen unterzubringen, welche so beschaffen sind wie die, welche man oft den Bäckergesellen und -Lehrlingen als Schlafräume anweist. Es wurde daher beschlossen, in der Denkschrift einen Passus aufzunehmen, worin der Reichskanzler ersucht wird, bei den Regierungen der Bundesstaaten dahin wirken zu wollen, daß diese die in den Bäckereien bestehenden Mißstände untersuchen lassen und eventuell von den vorhandenen Vorschriften Gebrauch machen, um Remedur zu schaffen.

Die Frage, ob der Bundesrath von dem § 120e der Gewerbe-Ordnung Gebrauch machen soll, oder ob ein besonderes Gesetz erlassen werden muß, wurde dem Ermessen des Reichskanzlers anheim gegeben.

Die Bäckerinnungen in einer Reihe von Städten hatten Petitionen eingereicht, worin sie bitten, daß sie mit dem Maximal-Arbeitstag verschont bleiben. Besonders ärgern sich die Innungsmeister über die Aeußerung des Rektors Schlick, daß die Bäcker weniger intelligent sind als andere Arbeiter. Sie behaupten, daß „bessere“ Familien ihre Söhne wegen der schweren Arbeit nicht das Bäckerhandwerk erlernen lassen. Eine Innung in Westdeutschland wünscht, daß eine 24stündige Sonntagsruhe für die Bäcker vorgeschrieben wird, damit die Bäcker Zeit haben, den Herrgott zu bitten, daß dieser sie vor der Sozialdemokratie verschone.

In der nächsten Sitzung, welche am Dienstag stattfindet, wird über die Erhebungen über die Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Lehrlingsverhältnisse der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen berathen werden.

Parteinachrichten.

Regensburg. Seit Kurzem erscheint hier unter dem Titel „Regensburger Arbeiterstimme“ ein sozialdemokratisches Blatt, welches geschickt redigirt ist und wöchentlich dreimal ausgegeben wird. Hoffen wir, daß dasselbe die nöthige Unterstützung findet, um sich eine feste Position zum Nutzen der oberpfälzischen Arbeiter zu schaffen.

* * *

Brünn (Mähren). Der Redakteur des slavisch-sozialistischen Blattes „Cervanky“, Genosse Spera, wurde vom Schwurgericht wegen „Verbrechens der Religionsstörung“, begangen durch Uebersetzung und Veröffentlichung eines Artikels aus der „Neuen Zeit“ („Der Mythus von der unbefleckten Empfängniß“ von Paul Lafargue) zu fünf Monaten schweren Kerker, verschärft durch je einen Fasttag alle 14 Tage, verurtheilt.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Nürnberg. Der Redakteur der „Fränkischen Tagespost“ hatte sich wieder einmal wegen Verfehlung gegen die be—rühmten §§ 52 und 53 des Polizei-Strafgesetzbuches — unerlaubte Sammlung — zu verantworten. Die Nr. 88 der „Fränk. Tagespost“ enthält einen Aufruf des „Bundeskomitees des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes“, in welchem der Herr Amtsanwalt das Vergehen entdeckte. Die Folge war ein Strafmandat auf 15 M., wogegen Segitz Einspruch erhob. Nach längerer Berathung verkündete der Vorsitzende das Urtheil, welches auf kostenlose Freisprechung lautet. In dem Urtheil wurde hervorgehoben: Die Richter konnten die Ueberzeugung nicht gewinnen, daß der Aufruf die Sammlung von Geldern oder Gaben bezwecke, um so weniger, als in dem Artikel eine Sammelstelle zur Entgegennahme von Geldern oder Gaben nicht bezeichnet ist.

— Zum Breslauer Flugblatt-Prozeß haben wir noch mitzutheilen, daß auch Genosse Ernst Schwarzbach aus Tiefenfurt zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde.

Lokales.

Parteigenossen! Versäumt nicht, Euch in die Wählerlisten zur Gewerbegerichts-Wahl eintragen zu lassen!

Die Parteigenossen werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerlisten von der vorigen Wahl verworfen sind und daß ein Jeder, der wählen will, sich unbedingt in die Listen eintragen lassen muß. Am 28. Juni ist der Termin für die Eintragung in die Wählerlisten beendet.

Die Anmeldungen werden entgegengenommen:

1. im Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Tr., Wochentags von 8—3 Uhr;
2. in der Turnhalle der 131./169. Gemeindeschule, Tempelhofer-Ufer 2;
3. in der Turnhalle der 62. Gemeindeschule, Schmidstr. 38;
4. in der Turnhalle der 115./170. Gemeindeschule, Skalitzerstraße 55/56;
5. in der Turnhalle der 23. Gemeindeschule, Straußbergerstraße 9;
6. in der Turnhalle der 8./63. Gemeindeschule, Gipsstraße 23A;
7. in der Turnhalle der 15. Gemeindeschule, Kastanien-Allee 82;
8. in der Turnhalle der 118. Gemeindeschule, Pankstr. 7—8;
9. in der Turnhalle der 113./128. Gemeindeschule, Thurmstraße 86.

und zwar Wochentags von Nachmittags 5 bis 8 Uhr und Sonntags von 12 bis 3 Uhr.

Als Ausweis genügen

für den Arbeitgeber

die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung des Gewerbebetriebes oder die letzte Quittung über Zahlung der Gewerbesteuer,

für den Arbeitnehmer

ein Zeugniß seines Arbeitgebers oder der Polizeibehörde, sowie Steuerquittungen 2c., daß er seit mindestens einem Jahre innerhalb des Gemeindebezirks wohnt oder in Arbeit steht.

Formulare zu den schriftlichen Anmeldungen können in Empfang genommen werden.

1. im Wahlbureau Poststr. 16, 2 Treppen, während der Dienststunden von Vormittags 8 bis Nachmittags 3 Uhr, und
2. in den oben genannten Anmeldestellen während der vorgeschriebenen Anmeldefrist.

Es wird darauf ganz besonders aufmerksam gemacht, daß bei unterlassener rechtzeitiger Anmeldung das Stimmrecht ruht.

Versäume deshalb niemand die Eintragung rechtzeitig vorzunehmen.

Alle notorisch anständigen Wirthe sind selbst nach Herrn Eugen Richter's Zeugniß in der dem „Vorwärts“ am Sonntag beigelegten Liste der uns zur Verfügung stehenden Lokale aufgeführt. Man sieht, auch in der „Freisinnigen Zeitung“ dämmert allmälig die Erkenntniß auf, daß das Verhalten der Saalverweigerer denn doch zu schäbig ist, um noch länger von Leuten, die ein wenig auf Reputation halten, vertheidigt zu werden.

Zur Frage der Bierbeschaffung giebt die Zwölferkommission bekannt, daß Bier aus Brauereien, welche nicht dem Ring angehören, fortab entweder durch Herrn F. Henke, p. Adr. F. Zubeil, Naunynstr. 86, oder von den betreffenden Brauereien selber in jeder gewünschten Menge bezogen werden kann. Dem mehrfach von Wirthen angegebenen Vorwand, daß sie Boykottbier verzapfen müßten, weil die Kommission nicht im Stande sei, den Bedarf zu decken, ist kein Gewicht beizulegen. Die Mitglieder der Zwölferkommission sind:

F. Henke, Gr. Frankfurterstr. 73. F. Wilke, Andreasstr. 26. W. Lorenz, Koppenstr. 47. H. Köhn, Naunynstr. 83. G. Spieckermann, Weberstr. 66. Haferland, Bellermannstraße 87. M. Scheps, Reinickendorferstr. 7. B. Stabernack, Mühlenstr. 49a. G. Tempel, Langestr. 65. F. Zubeil, Naunynstr. 86. Schonheim, Gräfestraße 8. Wernicke, Charlottenburg, Krummestr. 19.

Richtigstellung. In bezug auf das am letzten Sonntag zur Verbreitung gelangte Flugblatt, worin die Wirthschaften aufgeführt sind, in denen boykottirtes Bier ausgeschänkt wird, sind nochstehende Richtigstellungen bei der Boykottkommission eingegangen. Wir veröffentlichen diese.

1. Wahlkreis. Molkenmarkt 6, Haase, kein Boykottbier, bezieht nur von außerhalb. Dorotheenstr. 62, Wilke, kein Boykottbier, Bier von der Bierkommission.

2. Wahlkreis. Lindenstr. 26, E. Hänsel, Dest., Schultheiß und Kaiserbrauerei. Kottbuser Damm 34, Dittwaldt, kein Boykottbier. Culmstraße- und Großgörschenstraße-Ecke, A. Bothe, kein Vereinsbier, sondern Kaiserbrauerei, Charlottenburg. Kottbuser Damm 4, Sühnhold, Unionsbrauerei. Dennewitzstraße, Lehmann, schenkt kein Boykottbier. Mittenwalderstraße 28, Restaurant zur Traube, Inh. R. Haferoth, kein Happoldt. Belleallianceстr. 29, Trenner, kein Schultheiß, sondern Bötzow. Lindenstr. 85, C. Preuß, kein Schultheiß, sondern Patzenhofer und Königstadt.

3. Wahlkreis: Annenstr. 37, Malitz, kein Boykottbier, sondern v. Adelung und Hoffmann in Potsdam. Alte Jakobstr. 35, John, kein Boykottbier, sondern Phönix und Rathenower. Admiralstr. 20, Märtens, kein Happoldt-Bier. Ritterstr. 46, Bauer, kein Boykottbier, nur Kulmbacher und Pilsener, Dresdenerstr. 45, Manecke, kein Boykottbier, sondern nur Münchener Brauhaus. Dresdenerstr. 30, Heideck, kein Boykottbier, sondern nur Münchener Brauhaus. Prinzenstraße 66, Gastwirthschaft, kein Gregory, sondern Phönix.

4. Wahlkreis (Süd-Ost). Manteuffelstr. 86, Preuß, kein Schöneberg, sondern Münchner. Manteuffelstr. 86, Kaßner, kein Schöneberg, sondern Fürstenwalder Bier. Grünauerstr. 9, Zalta, kein Böhmisch, sondern Wusterhausener und Werdersches Bier. Manteuffelstr. 100, Lenz, kein Böhmisches. Wrangelstraße 107, Lott, kein Böhmisches, sondern Müggelschlößchen.

Osten. Feld-Restaurant Kamerun, Frauendorf, kein Böhmisches. Königsbergerstr. 7, F. Reiche, kein Böhm., sondern von Schulze u. Hildebrandt in Werder. Elbingerstraße 17, Brinkmann, kein Vereinsbier, sondern Kaiserbrauerei Charlottenburg. Breslauerstr. 30, A. Grandke, kein Böhmisches Bier. Andreasstr. 77a, P. Weiß, kein Schöneberger, sondern Bürgerl. Brauhaus Dresden-Plauen. Madaistr. 6, Staege, kein Böhmisches. Königsbergerstr. 27, Walter, kein Schultheiß. Graudenzerstr. 3, Wiegert, kein Vereinsbier, sondern Kaiserbrauerei Charlottenburg. Posenerstr. 29, Meyer, kein Böhmisches. Thaerstraße 52, Engelmann, kein Böhmisches. Graudenzerstraße 15, Fullbrügge, kein Schöneberg, sondern Nordstern. Grüner Weg 67, Ide, kein Böhmisches, sondern Nordstern. Rüdersdorferstr. 45, Müller, kein Schöneberg, sondern Bergschloß-Brauerei. Tilsiterstraße, Feld-Restaurant Kamerun, Inhaber A. Obst, kein Böhmisches, sondern Patzenhofer. Koppenstraße 85 (neue Nr. 94), Warzecha, kein Schöneberg, sondern Lichterfelder Phönix-Bier.

5. Wahlkreis. Königsgraben 2, Woodke, kein Böhmisch. Bier. Gollnowstr. 24, Rehmer, kein Böhmisch. Bier. Kurzestraße 18, Lange, kein Spandauerberg-Bier, sondern Kaiserbrauerei, Charlottenburg. Oranienburgerstr. 54, Stolpmann, kein Boykott-Bier.

6. Wahlkreis. Stromstr. 34, Hollmach, kein Böhmisch., sondern von Reichenkron, Brauerei Carlsberg, Charlottenburg. Schwedterstr. 222, Fr. Paetsch, kein Schultheiß, sondern Thön's Nachfl., Spandau. Waldstr. 58, H. Schlecht, kein Boykottbier. Badstr. 29, Schumacher, kein Boykottbier, sondern Oswald Berliner. Zionskirchplatz 11, F. Hohn, kein Boykottbier. Chausseestr. 44, F. Buchheim, kein Boykottbier, sondern Brauerei Stralau.

Berichtigung der Lokalliste. In Reinickendorf sind folgende Lokale **nicht** mehr zu Versammlungen zu haben: Böttcher's Seeschlößchen, Marktstr. 1 und 2; Adler, Amende- und Residenzstraßen-Ecke; Neubauer, Hausotterstraße 81.

In Rixdorf sind nur zu haben: Wirsing, Knesebeckstraße; Appolt, Wittwe, Knesebeckstraße: Kummer, Berlinerstraße; Nietsche, Steinmetzstraße.

In Stralau ist kein Lokal zu haben.

In Spandau ist zu streichen: Spandauer Bergbrauerei.

Berlin. 6 Wahlkreis: Nagel, Schwedterstr. 23, erklärt, sein Lokal nur zu **Festlichkeiten** herzugeben. Meyer, Ackerstraße 63, hat seine Unterschrift zurückgezogen.

Die Lokalkommission.
J. A.: H. Gumpel, Weinstr. 31, 2 Tr.

Am letzten Sonnabend haben eine Anzahl Großwirthe und Saalinhaber einen Aufruf erlassen, in welchem sie um milde klingende Gaben bitten, um den Kampf, den sie in der Saalfrage freiwillig gegen das arbeitende Volk unternommen, durchfechten zu können. Wenn ein armer und abgerissener, hungriger und durstiger Handwerksbursche in einem Laden oder Gasthaus um ein Stück Brot oder einige Pfennige Schlafgeld bittet, wie kollern da die rundwanstigen Philister über den gesunden, faulen Kerl, der nicht arbeiten will! Und wird der Mann vom Bettelvogt ertappt, so spaziert er unweigerlich ins Loch, und ist es nicht das erste Mal, so kommt er wohl auch ins Arbeitshaus. Die Berliner Großwirthe, die den angezogenen Aufruf mit ihrer Unterschrift geziert haben, würden sich mit Händen und Füßen, mit Klauen und Zähnen wehren, und schreien würden sie wie die Zahnbrecher, wenn man sie unter die Proletarier rangirte. Aber sie tragen kein Bedenken, öffentlich den Bettelsack zu schwingen. Wenn das Ehrgefühl heißen soll, nun, dann ist dieses Ehrgefühl reif fürs Panoptikum. Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Was den Großwirthen heute recht und billig ist und ihnen weder Schande noch Anfechtung bringt, das kann doch morgen nicht den nothleidenden Großgrundbesitzern, den von Bauschwindlern bis aufs Hemd ausgezogenen Handwerkern, den von der Konkurrenz zerschmetterten Fabrikanten verboten sein? Na, und der Jahrmarkt dann, der kann großartig werden. Früher gab man zerschossenen Invaliden einen Leierkasten und ließ sie orgeln landauf, landab; brannte ein Dorf oder ein Flecken nieder, dann bekam jeder, der da wollte, einen Zettel von der Obrigkeit, der ihm allergnädigst gestattete, in der Heimath und Fremde zu fechten, so viel er konnte. Die Bourgeoisie ist alt geworden, sie steht vorm Sterben, und da kehrt sie wieder zu den Praktiken ihrer Kindheit zurück. Der Boykott wirkt. Er hat die Arbeiterfeinde nicht blos um den Verstand gebracht, er hat in ihnen auch das Gefühl ertödtet, das den Mann zum Manne macht, und ihm sagt, was sich ziemt.

Vive la concurrence! Herr Röficke ist seinem Freunde Goldschmidt — die Solidarität im Brauerring in allen Ehren — lustig auf den Fersen. Wie eine hiesige Korrespondenz meldet, hat die Patzenhofer Brauerei in Frankfurt a. O. eine an Wasser und Eisenbahn belegene Mälzerei angekauft, die vollständig umgebaut und vergrößert werden soll. Ein großer Volks-Biergarten, an dem es dort sehr fehlen soll, wird auf einem dazu erworbenen Nachbarterrain angelegt. Wie die Korrespondenz vernimmt, ist nun auch die Schultheiß-Brauerei wegen Erwerb von Wassergrundstücken zur Anlegung von Eiskellereien an obengenanntem Platze in Unterhandlung!

Daß das Schultheißbier auch nicht umsonst an den Mann zu bringen ist, hat sich am Montag wieder in betrübender Deutlichkeit gezeigt. Am Nachmittag dieses Tages sollte in Treptow die neue elektro-technische Fabrik der Gebrüder Naglo eingeweiht werden. Wozu bestünde die Unternehmersolidarität, wenn bei einer so feierlichen Gelegenheit den Arbeitern kein Boykottbier vorgesetzt würde? Aber, o wehe! Als mit Musik und großem Hurrah der feierliche Akt vor sich gegangen war, hatten die Arbeiter — einige Hilfsarbeiter und Lehrlinge ausgenommen — plötzlich bei Muttern zu thun und kein Bitten und Flehen der Meister konnte sie bewegen, sich an dem Produkt des Herrn Röficke zu erquicken. Die Arbeiter gingen und dem Chef der Firma mit seinen Oberbeamten blieb nichts übrig, als das rührende Lied „Heil dir im Siegerkranz“ beim schäumenden Schultheiß allein anzustimmen. Selbst die in der höflichsten Form von der Welt erfolgte Einladung eines Meisters, doch

wenigstens ein lumpiges Glas auszutrinken, wurde dankend abgelehnt. Die Arbeiter gingen und amüsirten sich anderswo, wo es kein Boykottbier gab!

Mit welchem Eifer die Parteigenossen in Rixdorf in der Boykott- und Lokalangelegenheit arbeiten, ersieht man bei Betrachtung der folgenden Vorgänge. Am Nachmittag des 15. Juni faßten die Gastwirthe ihren famosen Saalverweigerungsbeschluß. Die Rixdorfer Lokalkommission ging sofort ihrer Pflicht nach und am selben Abend noch konnte das Stiftungsfest des Gesangvereins „Freya", welches am Tage darauf bei Hoffmann stattfinden sollte, abbestellt werden. Fast zu gleicher Stunde wurde das zum 23. Juni arrangirte Vergnügen der Metallarbeiter rückgängig gemacht. Am selbigen Abend kündigten dem wundermilden Wirth sämmtliche Gewerkschaften, die beiden Gesangvereine, sowie der Athletenverein die Freundschaft, und am Sonntag war die ganze Bude leer. Herr Hoffmann ist jetzt allabendlich mit einer Stallaterne unterwegs, um sich andere Gäste zu suchen.

Herr Rösicke. Die neueste Nummer (39) des „Sozialpolitischen Centralblatt" bringt als Leitartikel einen Aufsatz aus der Feder des Herrn Rösicke, überschrieben „Die Entwicklung und der Stand des Bierboykotts". Die Redaktion schreibt in einer Anmerkung:

Das „Sozialpolitische Centralblatt" als eine fachwissenschaftliche, nach allen Seiten unabhängige Zeitschrift betrachtet als seine Aufgabe wesentlich die, den Lesern die Bildung eines selbständigen Urtheils über die Vorgänge auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu ermöglichen. In Anbetracht des allgemeinen Interesses, welches weite Kreise dem augenblicklich in Berlin sich abspielenden Boykott entgegenbringen und Angesichts der verwickelten Verhältnisse, deren Klarstellung durch die vielfach parteiische Behandlung in der Presse nicht erleichtert wird, haben wir am richtigsten zu handeln geglaubt, wenn wir sachlichen Darlegungen der hervorragendsten Führer im Streit Raum gewähren. Dieser Erwägung entsprechend bringen wir heute den obigen Aufsatz des Herrn Reichstags-Abgeordneten Richard Rösicke, während uns für die nächste Nummer ein Artikel von Herrn Reichstags-Abgeordneten Ignaz Auer in Aussicht gestellt worden ist.

Aus dem Artikel, in dem sich Herr R. entschieden bemüht, soweit ihm dies möglich, eine rein sachliche Darlegung zu geben, heben wir zwei Stellen heraus. Herr R. macht zu seinen Ausführungen, daß der Brauerring am 18. Mai in den Morgenblättern erklärte, man wäre bereit, die entlassenen Arbeiter, soweit es der derzeitige Betrieb erlaube, am 24. Mai wieder in Arbeit zu nehmen, sofern bis dahin der nunmehr über 7 Brauereien verhängte Boykott wieder aufgehoben sei, die Anmerkung:

„Um diese Zeit wird der Betrieb der Mälzerei in der Regel eingestellt, was eine Verminderung des Personals bei denjenigen Brauereien zur Folge hat, welche ihren Bedarf an Malz selbst herstellen."

Das heißt unseres Erachtens — ganz abgesehen davon, daß die Zumuthung an sich den ganzen Protzenhochmuth zeigt — doch, daß das Anerbieten mit einer bösen Nebenabsicht verbunden war. Man beruft sich darauf, daß mit dem 24. Mai überhaupt Arbeiterentlassungen stattfänden, und wer die nicht wieder Angenommenen gewesen wären, läßt sich leicht denken.

Ferner findet sich folgendes werthvolle Zugeständniß: Dagegen hat sich erwiesen, daß der partielle Boykott der sieben Brauereien insofern nicht aufrecht erhalten wird, als die Arbeiter sich vielmehr des Genusses von Lagerbier im allgemeinen enthalten.

Hier sehen wir also von seiten der Ringhäuptlinge zugegeben, daß sich sogar bei den nichtboykottirten Ringbrauereien die Wirkung der Biersperre fühlbar macht; wie mag es da erst bei den eigentlich Betroffenen stehen! —

Selbst nach der Darstellung des Herrn R. könnten wir das Urtheil über den Kampf jeden Unparteiischen überlassen. Die Meinung, daß der Kampf mit unserem Siege endigen muß, wenn unsere Genossen bei ihrem bisherigen Verhalten bleiben, scheint auch bei Herrn R. trotz seiner vorsichtigen Ausdrucksweise durchzuschimmern.

Wie geschwindelt wird. Es ist erst wenige Tage her, daß die dem Herrn Rösicke ergebenen Blätter mit polterndem Geräusch die Mär von einer Massenentlassung verkündeten, welche eine Anzahl der bedeutendsten mit dem Brauereikapital verbündeten Berliner Industriellen als Trumpf gegen die Sozialdemokratie ausspielen wollten. Wir hielten die Drohung gleichwerthig mit der berühmten Million, zu welcher ja auch die Industriellen von ihren Schätzen herbeigetragen haben sollten und gingen daher nicht weiter ernsthaft auf den Schwindel ein, obwohl sogar ziemlich deutlich der Firma Siemens u. Halske nachgesagt wurde, daß sie mit einem Schlage 800 Mann auf die Straße setzen werde. Wie die Nürnberger nun den Eppelein von Gailing nicht anders hingen, sie hätten ihn denn, so opfern auch die Großindustriellen nicht anders für den Nächsten vom Maischbottich ihre Arbeiter, als wenn diese infolge von Arbeitsmangel sowieso dem Hunger hätten überantwortet werden müssen. Gegenwärtig ist aber die Welt- und Musterfirma Siemens u. Halske am allerwenigsten im stande, dem ihr von kapitalistischen Blättern imputirten Idealismus nachzuhängen. Die Gesellschaft hat so bedeutende Aufträge, daß nur die Beendigung der Inventur am Schluß des Monats abgewartet werden muß, um den Betrieb weiter zu entwickeln. Da der von der Firma angelegte Erweiterungsbau noch nicht vollendet ist, so sollte sogar wieder Tag- und Nachtschicht eingerichtet werden, um nur die Lieferungstermine einhalten zu können. Die Arbeiter widersetzten sich jedoch dieser Maßregel, und so wurde eine allerdings verhältnißmäßig geringe Anzahl neuer Kräfte eingestellt. Die kapitalistischen Blätter schwindeln aber ruhig weiter.

Berliner Nothstände. Eine unter diesem Titel von einem Pastor Ewers herausgegebene Broschüre befaßt sich mit der sogenannten Kirchennoth, unter der einige Dutzend Geistliche nicht unbedeutend im glaubenslosen und sozialdemokratischen Berlin zu leiden haben. Trotzdem nun in der heutigen Zeit ein ragendes Gotteshaus nach dem andern für schweres Geld aufgerichtet wird, stimmt der Herr Pastor Klagen darüber an, daß die Stadtverwaltung z. B. für Unterrichtszwecke, für den Etat der Park- und Gartenbau-Verwaltung, ja sogar (!) für Kunstzwecke größere Summen ausgeworfen hat, als für das Wohl der Kirche. Man möge daher, um der üblen Noth zu wehren, die Aula dieser oder jener Schule und im weiteren gewöhnliche Säle für pastorale Zwecke dienstbar machen. Was speziell den letzteren Vorschlag anlangt, so halten wir zu dessen Ausführung namentlich die gegenwärtige Zeit des Bierboykotts für außerordentlich glücklich gewählt. Wir stellen den kompetenten Personen anheim, sich mit den Besitzern der verödeten, weil für sozialdemokratische Versammlungen gesperrten, Säle in Verbindung zu setzen und wir sind überzeugt, daß vor allem Herr Rösicke bei seiner notorischen Frumbheit gerne seinen Einfluß aufbieten wird, damit Lokalitäten wie Bolt' Festsäle ꝛc. von sozialdemokratischen Erdenresten peinlich gesäubert und für fromme Zwecke präparirt werden.

Wilhelminenhof. Wir erhalten folgende Mittheilung: In der Sonntagsnummer des „Intelligenzblatt" findet sich die Mittheilung, daß der Saal von Wilhelminenhof zu Arbeiter-Versammlungen nicht zu haben ist. Um etwaigen Bedenken seitens der Parteigenossen vom Metallarbeiter-Verband und Holzarbeiter-Verband entgegenzutreten, habe ich zu erklären, daß Herr F. Dolinski sich durch Unterschrift auf die Liste der Berliner Lokalkommission verpflichtet hat, seinen Saal zu allen Versammlungen zu geben und dieses Versprechen auch halten wird. Der Vertrauensmann von Johannisthal—Nieder-Schönweide. G. Wagner, Grünauerstraße 1.

Zweierlei Tuch. In einem bürgerlichen Blatt geringerer Sorte, in dessen Inseratentheil die Heirathsvermittelung und auch die mehr oder weniger verkappte Unzucht täglich einen großen Raum beansprucht, lesen wir die folgende erheiternde Annonce: „Zwei junge Mädchen besseren dienenden Standes, 23—28 Jahre, wünschen behufs Verheirathung die Bekanntschaft zweier Herren, Sergeanten bevorzugt. Ehrensache, Offerten u. s. w." Da haben wir das proletarische Gegenstück zu der Tochter des bürglichen Emporkömmlings, die sich nur mit einem Offizier, und wäre es schließlich auch nur einer von der Reserve, zusammenkuppeln lassen will. Soll man das den Mädels verdenken, daß sie auch ihre Ideale haben und höher hinaus wollen? Wenn die Tochter des Börsenspekulanten den zusammengegaunerten Reichthum ihres Vaters nur von einem verschuldeten Lieutenant durchbringen lassen mag, so will die Köchin oder die Kammerzofe mit ihren ehrlich verdienten Spargroschen zum mindesten einen Soldatendriller niederen Grades beglücken. Und wenn sie es gut trifft und der später in einen Schutzmann umgewandelte Sergeant richtig weiß, wodurch man bei der Polizei avancirt, so kann es die ehemalige Köchin noch dahin bringen, daß sie „Frau Wachtmeister" titulirt wird und alsdann zu denjenigen Leuten gezählt wird, denen man im ganzen Hause am respektvollsten ausweicht.

Rentable „Wohlthätigkeit". In der „Vossischen Zeitung" annoncirt jemand: „Für ein sehr wohlthätiges und zugleich rentables Unternehmen wird ein Theilnehmer mit 1000 Mark gesucht. Offerten u. s. w." Wir sind gespannt, was das für ein Unternehmen sein mag, das da wieder im Hintergrunde lauert, um nöchstens als ein neues Werk „uneigennütziger Menschenliebe" ausposaunt zu werden. Rentabel kann im Grunde genommen der ganze „Wohlthätigkeits"-Rummel genannt werden, auch dann, wenn er nicht gerade greifbare Zinsen in baarem Gelde abwirft. Er rentirt sich für die Veranstalter, d. h. für die besitzende Klasse insofern, als er die ungestümen Forderungen der besitzlosen Klasse nach Besserung ihrer Lage wenigstens einigermaßen beschwichtigt; wie sich ja auch mancher Arme mit Cichorienbrühe, wenn sie ihm auch die fehlende Kraft seiner aus Brot und Kartoffeln bestehenden Nahrung nicht ersetzen kann, doch wenigstens über das Gefühl des Hungers hinwegtäuschen läßt.

Kgl. preußische Wissenschaft, verhülle dein Haupt! Ein für alle gebildeten Neidhämmlinge empörender Fall hat sich an der hiesigen Universität ereignet. Gegenwärtig hat nämlich eine Lehrerin vom Minister die Erlaubniß erhalten, die Vorlesungen an der Berliner Universität zu besuchen. Die Dame hört eine sprachwissenschaftliche Vorlesung bei Professor Johannes Schmidt. Was wird jetzt aus dem Moralkodex des urgermanischen Flegelthums, nach dem nur der Mann, dem es gegeben ist, sein Hirn am Biertisch zu versaufen, auch die sittliche Befähigung zum sogenannten Studiren hat? Wird die Welt noch fortbestehen?

Otto Devrient, der 1889—1890 Direktor des Berliner Schauspielhauses war, ist in Stettin im Alter von 56 Jahren verstorben.

Eine gefährliche Nachbarschaft hat das Gartengrundstück Markgrafenstr. 78. Nachdem schon am letzten Donnerstag eine Weißbierkrufe in den Garten geflogen war und die Scherben sich etwa zwei Zoll tief in die Platte eines Tisches, an dem Gäste saßen, eingegraben hatten, wiederholte sich der Vorgang am Sonntag Abend. Gegen 10 Uhr wurde eine Sardinenbüchse aus einem Fenster der angrenzenden Hintergebäude geworfen, die aber Niemand traf. Um 11 Uhr aber flog eine mit einer schwarzen Flüssigkeit gefüllte Champagnerflasche von oben herab auf denselben Tisch, der am Donnerstag den Zielpunkt bildete. Dort saß unter 10 Gästen ein Herr S. zwischen dem Bildhauer B. und einem Herrn K. Als S. sich nach links zu K. hinüberlehnte, erhielt er einen Schlag auf die rechte Körperseite. Die Flasche zerschellte an dem Stuhl und der Inhalt ergoß sich über Gesicht und Kleidung des Bildhauers. S. blieb nur durch einen Zufall unverletzt. Die Polizei ist bisher umsonst bemüht gewesen, den Thäter zu ermitteln. Fast alle Bewohner der Hintergebäude werden vernommen.

Die dunkle Angelegenheit betreffend die Auffindung eines Mannes auf dem Tempelhofer Felde, der einen Schuß in der Brust aufwies, ist jetzt soweit geklärt, daß in der Leiche der 32 Jahre alte Buchhalter Theodor Spieß festgestellt worden ist, der seit dem 18. d. M. aus seiner Wohnung Wilhelmstr. 10 verschwunden war. Nach einem von dem Vermißten zurückgelassenen Zettel, der die Worte trug: „Wenn ich nicht wiederkehre, bin ich in der besseren Welt", muß angenommen werden, daß Spieß selbst Hand an sich gelegt hat. Auffallend bleibt allerdings, daß die Kleidung über der Wunde zugeknöpft war, aber von dem Geschoß nicht durchbohrt worden ist.

Ein dreizehnjähriges Mädchen ist am Sonntag in Rixdorf bei der gewerbsmäßigen Ausführung von Taschendiebstählen ergriffen worden. Das Mädchen, welches, wie ein Berichterstatter schreibt, die Tochter hochangesehener, in der Hasenhaide wohnender Eltern sein soll, hat das gestohlene Geld mit Schulkameradinnen vergeudet.

Ueberfall. Am Sonntag Abend wurde zwischen der Rennbahn Karlshorst und Sadowa dicht am Bahndamm der Arbeiter Johann Dupick von zwei Männern überfallen und seiner Geldtasche mit etwa 7 M., ferner seines Regenschirms beraubt. Als er sich wehren wollte, wurde er mit Fäusten und mit seinem Schirme bearbeitet. Erst auf seine Hilferufe ließen die Strolche von ihm ab und entflohen über den Eisenbahndamm in die Haide.

Die Sammelliste 2898 für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter wurde nebst dem gezeichneten Betrag von 9 M. 70 Pf. einem Arbeiter bei seiner Sistirung im 59. Polizeirevier abgenommen.

Polizeibericht. Am 23. d. M. wurde ein Kaufmann in seiner Wohnung, in der Pallisadenstraße, erhängt vorgefunden. — Gegen Mittag stürzte ein auf dem Dache eines Hauses in der Skalitzerstraße beschäftigter Dachdeckergeselle herunter und erlitt außer mehreren Rippenbrüchen auch eine Zerreißung der Lunge. Er hatte sich trotz Anweisung während der Arbeit nicht angeseilt. — Mittags bot ein Mann in einem Geschäft, in der Feilnerstraße, offenbar aus einem Diebstahl herrührende Waaren zum Kauf an, weshalb ihn der Ladenbesitzer im Geschäft zurückhielt und nach einem Schutzmann schickte. Der Mann entsprang durch die von ihm zertrümmerte Ladenfensterscheibe und suchte sich durch Flucht der Verhaftung zu entziehen, wurde aber in der Alten Jakobstraße ergriffen. Bei dem Zerschlagen der Scheibe hat er sich schwere Verletzungen an beiden Händen zugezogen, die auf der Polizeiwache durch einen Heilgehilfen verbunden wurden. Er riß jedoch zwei Mal den Verband ab und mußte schließlich als Polizeigefangener der Charitee überwiesen werden. — Kurz nach Mittag erschoß sich ein Handlungsgehilfe im Thiergarten, in der Nähe des Bahnhofs Thiergarten. — Nachmittags wurde in der Großbeerenstraße ein 5 Jahre alter Knabe durch einen mit Kies beladenen Arbeitswagen am Unterleib überfahren und schwer verletzt. — In der Brunnenstraße scheute ein vor einem Arbeitswagen gespanntes Pferd und lief mit dem Wagen gegen den Hinterperron eines Pferdebahnwagens derartig an, daß ein dort stehender Mann durch einen Scheerbaum in den Rücken getroffen, anscheinend jedoch nicht erheblich verletzt wurde. — Ein Tischlermeister erhängte sich in seiner auf einem Grundstücke der Hagelsbergerstraße belegenen Werkstatt. — Abends entstand im Vorgarten eines Schanklokals in der Schönleinstraße eine Schlägerei, bei der ein Theil des Gartens und des Schanklokals demolirt und die Frau des Lokalbesitzers durch einen Schlag über den Kopf anscheinend leicht verletzt wurde. — Noch später geriethen in der Friedenstraße mehrere Arbeiter in Schlägerei, wobei einer durch einen Messerstich am linken Arm und ein anderer durch mehrere Stiche im Gesicht erheblich verwundet wurde. Einer der Messerstecher ist ermittelt und festgenommen worden. — Am 24. d. Mts. fiel eine Frau vor dem Hause Georgenkirchstr. 25 infolge eines Fehltritts hin und erlitt eine erhebliche Verletzung am Oberschenkel. — Auf dieselbe Weise verunglückte ein Arbeiter vor dem Hause Gartenstr. 59. Er trug anscheinend eine innere Verletzung davon. — Auf dem Felde an der Landsberger Chaussee, bei der Verbindungsbahn, verletzte ein Arbeiter, der mit einem Teschin nach der Scheibe schießen wollte, einen in der Nähe stehenden fünfjährigen Knaben leicht an der Hand. — Abends entstand vor dem Hause Müllerstr. 81 zwischen den Führern zweier Fuhrwerke eine Schlägerei, an der sich auch der Besitzer des einen Wagens, ein Kaufmann, betheiligte. Einer der Kutscher wurde am Kopfe erheblich verletzt. — Am 23. und 24. d. M. fanden 8 kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 25. Juni.

Stationen.	Barometerstand in mm, reducirt auf d. Meeresspiegel.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius 0° C. = 4° R.)
Swinemünde .	763	WNW	4	halb bedeckt	14
Hamburg . .	766	WSW	5	heiter	14
Berlin . . .	765	WNW	4	halb bedeckt	14
Wiesbaden . .	768	N	1	wolkenlos	16
München . .	769	SW	3	bedeckt	17
Wien . . .	—	—	—	—	—
Haparanda .	755	OSO	4	wolkig	22
Petersburg .	—	—	—	—	—
Cork	767	WSW	3	bedeckt	14
Aberdeen . .	765	OSO	1	heiter	13
Paris . . .	769	Still	—	wolkenlos	14

Witterung in Deutschland am 25. Juni, 8 Uhr Morgens.

Nachdem gestern im Laufe des Tages zahlreiche Regenfälle eingetreten waren, wobei zu Swinemünde und Chemnitz Gewitter zum Ausbruch kamen, hat eine neue, ziemlich erhebliche Abkühlung stattgefunden. Heute Morgen zeigt das Thermometer zu Münster nur 12, zu Berlin 14 Grad Celsius, 6 Grad weniger als vor 24 Stunden. In der westlichen Hälfte Deutschlands hat aber bei ziemlich lebhaften westlichen Winden der Luftdruck zugenommen und der Himmel sich wieder aufzuklären begonnen. Im Osten hingegen ist das Wetter allgemein trübe.

Wetter-Prognose für Montag, den 26. Juni 1894.

Nachts etwas kühleres, am Tage ein wenig wärmeres Wetter mit mäßigen westlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Zeitung.

Prozeß Glöß. Die bekannte Strafsache gegen den Verlagsbuchhändler Glöß aus Dresden wegen Beleidigung des Reichskanzlers Grafen v. Caprivi beschäftigte heute abermals eine hiesige Strafkammer — diesmal die II. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Rencknoff. Es handelt sich um den auch hier in Berlin so viel verbreiteten „Politischen Bilderbogen" mit der Ueberschrift „Bismarck in Berlin". Die erste Strafkammer des Landgerichts I hatte am 5. Januar d. J. den Angeklagten der Beleidigung für schuldig erachtet und während der Staatsanwalt vier Monate Gefängniß beantragt hatte, zu 100 M. Geldstrafe, event. 13 Tagen Gefängniß verurtheilt. Der Gerichtshof hatte dem Angeklagten den Schutz des § 193 zugebilligt, indem er annahm, daß es sich hier wesentlich um ein Kampfesmittel gegen die Gegner des Antisemitismus handele. Gegen dieses Urtheil hat sowohl der Staatsanwalt als auch der Angeklagte das Rechtsmittel der Revision eingelegt. Seitens des Staatsanwalts wurde gerügt, daß dem Angeklagten der Schutz des § 193 zugebilligt worden war; der Angeklagte beschwerte sich darüber, daß seinem Antrage auf Vernehmung des Fürsten Bismarck nicht stattgegeben worden und der Gerichtshof den Antrag auf Unzuständigkeits-Erklärung des Berliner Gerichts abgelehnt hatte. Das Reichsgericht hatte nur die Revision des Staatsanwalts für begründet erachtet und die Sache zur anderweitigen Verhandlung an die Strafkammer des Landgericht Berlin I verwiesen. Dem Angeklagten steht im heutigen Termin Rechtsanwalt Dr. Häckel-Dresden als Vertheidiger zur Seite. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Schäffer. Der Angeklagte erklärt, daß er den Fürsten Bismarck als Zeugen geladen habe. Der Vorsitzende theilt mit, daß nach einer aus Friedrichsruh eingegangenen Meldung des Dr. Chrysander Fürst Bismarck durch Krankheit am Reisen verhindert sei und der Ladung zum Termin nicht Folge leisten könne. — Vor Eintritt in die Verhandlung erklärt der Angeklagte ferner, daß er jedes Mitglied des Gerichtshofes, welcher Jude oder jüdischer Abstammung sei, als befangen ablehnen müsse und bitte, eine dahin gehende Frage an den Beisitzer Assessor Fränkel zu richten. Nach kurzer Berathung, an welcher Assessor Fränkel nur im Anfangsstadium Theil nahm, verkündet der Vorsitzende: Assessor Fränkel hat die dienstliche Erklärung abgegeben, daß er sich in dieser Frage nicht für befangen erachte. Der Gerichtshof hat deshalb den Antrag des Angeklagten abgelehnt. — Der Angeklagte macht trotz der Entscheidungsgründe des Reichsgerichts über diese Punkte nochmals die Einwände gegen die Zuständigkeit geltend und sucht darzulegen, daß Verjährung eingetreten sei. Der Gerichtshof behält sich eine Beschlußfassung über diese Punkte vor. — Der in Rede stehende „Politische Bilderbogen" ist von der ersten Strafkammer sowohl in seiner bildlichen Darstellung, als auch in seinem Text für beleidigend erachtet worden, da er nicht nur die Regierungsthätigkeit, sondern auch die Regierungsfähigkeit des Reichskanzlers herabgezogen, ihm Mangel an Willenskraft und Energie, „frühzeitiges Schlappwerden" vorgeworfen und es zur Darstellung gebracht habe, daß der Reichskanzler das Judenthum deshalb protegire, um sich im Amt und im Gehalt zu erhalten. Der erste Richter hatte dem Angeklagten an sich den Schutz des § 193 zugebilligt, weil derselbe sein eigenes, durch die Verfassung gewährleistetes Recht der freien Meinungsäußerung über das öffentliche Wirken des Reichskanzlers wahrgenommen habe. Die Schutzgrenzen des § 193 hatte der erste Richter aber für überschritten erachtet. — Das Reichsgericht hat diese Anordnung des § 193 für verfehlt erachtet, da einerseits die Bestimmung der Verfassung ihre naturgemäße Schranke an dem Strafgesetze finde und die Ehre des ersten Reichsbeamten vor Verunglimpfungen ebenso zu schützen sei, wie die Ehre jedes anderen Staatsbürgers. Ferner sei nicht dargethan, daß der Angeklagte ein individuelles Interesse gehabt habe, seine Meinung zu äußern. — Zu dem Bilderbogen selbst erklärt der Angeklagte, daß der Text und das Bildwerk nicht von ihm herrühren. In Dresden sei ein starkes Gefühl der Anhänglichkeit an Bismarck vorhanden, der Bogen solle eine Abwehr gegen die Bismarckhetze darstellen und der Text baue sich auf eigenen Aussprüchen des Grafen Caprivi auf. Er habe von dem Inhalte des Bilderbogens vor seinem Erscheinen keine Kenntniß gehabt, da er sich damals in Kopenhagen befunden; den Verfasser des Bogens zu nennen, lehne er ab. Der Vorsteher der Verlagsabtheilung seines Geschäfts sei der Expedient Max Lincke gewesen, der die allgemeine Ordre hatte, auf alle Fälle durch Verausgabung der Verlagswerke zunächst in Dresden den Gerichtsstand in Dresden zu sichern. Er verzichte aber auf die Vorladung des Herrn Lincke, bestehe aber auf die kommissarische Vernehmung des Fürsten Bismarck, der seiner Meinung nach einen Artikel in den „Hamburger Nachrichten" verfaßt hat, der ähnliche

Gedanken ausgesprochen habe, wie der Bilderbogen. Fürst Bismarck solle bekunden: Die Personalvereinigung zwischen dem Reichskanzler-Amt und dem Posten des preußischen Ministerpräsidenten sei von so hohem Werthe, daß nur eine Erschlaffung der persönlichen Arbeitskraft der einzige Grund sein könne, diese Vereinigung aufzuheben. Fürst Bismarck werde ferner bekunden müssen, daß es durchaus nicht mit absoluter Schwierigkeit verknüpft sei, ein tüchtiger Staatsmann und ein tüchtiger Landwirth zu sein. — Staatsanwalt Schäffer widerspricht der Vernehmung des Fürsten Bismarck, da hier nicht § 186, sondern nur § 185 des Strafgesetzbuchs in Frage stehe. Der Gerichtshof lehnt den Antrag des Angeklagten ab. — Auf dringendes Vorhalten seines Vertheidigers, welcher hervorhebt, daß der Verfasser des Bilderbogens ausdrücklich um die Nennung seines Namens ersucht habe, nennt der Angeklagte den Herrn Max Bever in Dresden als den Verfasser. Der Vertheidiger überreicht eine dahingehende schriftliche Erklärung des Bever und theilt mit, daß dieser im Gerichtssaale anwesend sei. Der Staatsanwalt meint, daß diese Mittheilung den Gerichtshof nicht interessiren könne, da der Angeklagte aus § 20 des Preßgesetzes angeklagt sei und nicht etwa aus § 21. Der Angeklagte werde als Thäter zur Verantwortung gezogen. — Nach Schluß der Beweisaufnahme sucht Staatsanwalt Schaeffer die formellen Bedenken des Angeklagten in bezug auf Zuständigkeit und Verjährung zu widerlegen und auszuführen, daß sowohl Bilder wie Text schwere Beleidigungen des Reichskanzlers sowohl bezüglich seiner Fähigkeiten, wie seines Charakters enthalten. § 193 sei ausgeschlossen und damit falle bezüglich der Strafzumessung der Milderungsgrund des ersten Richters fort Er beantrage prinzipaliter eine Gefängnißstrafe und schlage wiederum vier Monate Gefängniß vor. — R.-A. Dr. Häckel wiederholt die Einwände bezüglich der Zuständigkeit und der Verjährung und führt aus, daß, nachdem der Angeklagte den Autor genannt habe, derselbe nur noch als Verleger und damit gegen ihn der § 21 des Preßgesetzes in Frage komme. Diese Nennung sei aber noch „rechtzeitig" erfolgt, da das erste Erkenntniß vollständig aufgehoben sei und eine Verkündigung des Urtheils erster Instanz noch nicht vorliege. Danach müßte das Verfahren gegen den Angeklagten eingestellt werden. Der Bilderbogen sei nicht aus der Absicht des Beleidigung des Grafen Caprivi, sondern aus der Absicht der Verherrlichung des Fürsten Bismarck geschrieben, er enthalte keine Beleidigungen und könne eine Verurtheilung des Angeklagten nicht rechtfertigen. Der Angeklagte sei ein glühender Bismarck-Verehrer und ein Anhänger der antisemitischen Partei, die in Dresden so festen Fuß gefaßt habe, daß sie sogar der sozialdemokratischen Partei ein Paroli bieten könne. (Diese Einbildung! D. Red.) Der Angeklagte habe nicht aus ehrloser Gesinnung, sondern aus patriotischer Gesinnung und Bismarckschwärmerei gehandelt und durch die Aeußerung des Grafen Caprivi über den „Antisemitismus als Vorfrucht der Sozialdemokratie" gereizt worden. Der Vertheidiger beantragt Freisprechung und event. eine kleine Geldstrafe. — Nach kurzer Berathung verkündet der Vorsitzende Direktor Renckhoff das Urtheil des Gerichtshofes dahin: Der Einwand der Unzuständigkeit und der Verjährung ist unzutreffend, die Nennung des Namens ist jetzt verspätet erfolgt und der Angeklagte kommt als Thäter in Betracht. Der Bilderbogen enthält hämische Beleidigungen des Reichskanzlers Grafen Caprivi, die gemäß § 185 zu bestrafen seien. Der Gerichtshof hat berücksichtigt, daß der Bilderbogen nicht aus ehrloser Gesinnung, sondern aus politischer Kampfesstimmung heraus entstanden ist und es ist deshalb von einer Gefängnißstrafe Abstand genommen worden. Der Angeklagte wird zu einer Geldstrafe von 500 M. eventuell 50 Tage Gefängniß verurtheilt, die Unbrauchbarmachung der Platten und Formen verfügt und dem Reichskanzler die Publikationsbefugniß zugesprochen. — Der Verhandlung wohnte auch Herr Ahlwardt bei.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Bildhauer! Nach einem Zeitraum von drei Jahren wird vom Zentralverein der Bildhauer Deutschlands eine Berufsstatistik aufgenommen. Zweck derselben ist, festzustellen, wie sich Lohn, Arbeitsgelegenheit u. s. w. stellen. Im Juli dieses Jahres findet nun wieder eine derartige Aufnahme statt. Bei der Wichtigkeit dieser Ermittelungen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, dafür Sorge zu tragen, daß jeder Stein-, Holz-, Gips- und Elfenbein-Bildhauer, wie auch jeder Stuck-, Leder- u. s. w. Modelleur die von obengenanntem Verein verausgabten Fragebogen gewissenhaft ausfüllt und dem Verein zusendet. Je gewissenhafter dies geschieht, desto besser wird der Erfolg der Erhebung sein, um so mehr, da dieselbe über ganz Deutschland ausgedehnt ist. Eine rege Betheiligung erwarten wir insofern, da Vorsorge getroffen ist, daß jeglicher Mißbrauch ausgeschlossen erscheint. Der betreffende Kollege hat nicht nöthig, seinen Namen zu nennen und die Fragebogen nicht selbst zu überbringen, sondern hat, da gleichzeitig Umschlag mit Marke beiliegt, den verschlossenen Boden nur in einen Kasten der Packetfahrt zu werfen. Von Dienstag, den 26. Juni d. J., ab findet die Ausgabe der Fragebogen statt, es wird daher vorgeschlagen, daß in jedem Geschäft vorgenannter Branchen von den Kollegen einer zu der an diesem Tage stattfindenden Versammlung des Gauvereins Berliner Bildhauer entsandt wird, der für das betreffende Geschäft die Fragebogen in Empfang nimmt. Ferner wird an jedem folgenden Tage von Abends 8 Uhr ab ein Kollege im Lokal Annenstr. 16 bereit sein, Fragebogen zu verabfolgen. Vorstand des Gauvereins Berliner Bildhauer.

Die Schmiede haben zu Mittwoch Abend, Gipsstr. 3, eine Versammlung einberufen, für deren regen Besuch wir die Kollegen zur recht fleißigen Agitation auffordern. Kollegen! Die überaus unerträglichen Zustände in unserem Berufe, legen uns die Pflicht auf, mit allem Eifer und aller Opferwilligkeit für die Erstarkung der Organisation thätig zu sein. Um diese Aufgabe zu erfüllen, appelliren wir an Euer Solidaritätsgefühl. Die Ortsverwaltung Berlin.

An die Schuhindustrie-Arbeiter! Wegen Differenzen haben die Arbeiter der mechanischen Schuhfabrik von Moroße die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fernzuhalten. J. A.: Der Fabrikausschuß.

In Sachen des Schuhmacherstreiks bei Fürstenheim u. Komp. geht uns folgende Berichtigung zu: 1. Wir haben das in Gegenwart des Herrn Bock-Gotha im Januar gegebene Versprechen, die Löhne im Laufe d. J. nicht herabzusetzen, voll und ganz gehalten. Die entstandenen Lohndifferenzen rühren daher, daß infolge Aufstellung neuer Maschinen auch neue Lohnsätze nothwendig wurden. Wir haben diese weit höher bewilligt, als solche allgemein hier bezahlt werden, so daß von irgend einer Lohnreduktion in keiner Weise die Rede sein kann. 2. Die Entlassung unseres Fabrikleiters Herrn Engel ist von uns nicht in Aussicht genommen, dagegen wünschte derselbe bereits am 1. April cr., unsere Fabrik zum 1. Juli d. J. zu verlassen. Trotz der Behauptung der Arbeiter, „Herr Engel habe sie unwürdig" behandelt, ist uns niemals eine Beschwerde hierüber zu Ohren gekommen. M Fürstenheim u. Co.

Der nachfolgende Aufruf widerlegt bereits die Angaben dieser Berichtigung.

An die Schuhmacher Deutschlands! Das zweite Mal in diesem Jahre ist eine organisirte Arbeiterschaft gezwungen worden, in den Streik zu treten, veranlaßt durch die Einführung von neuen Hilfsmaschinen. Wie im „Vorwärts" mitgetheilt wurde, sind hierdurch schon eine Anzahl Arbeiter arbeitslos geworden, damit aber nicht genug, am 18. Juni wurde den übrig gebliebenen Arbeitern ein Lohntarif vorgelegt, der einfach unannehmbar war, weshalb wir einen Gegentarif aufstellten, den der Fabrikant schroff zurückwies. Den Zwickern wurde sogar noch eine 10—20 pCt. Lohnreduktion angedroht, die Folge davon war, daß sämmtliche Arbeiter, ca. 80 an der Zahl, durchweg organisirt, die Arbeit niederlegten und außerdem in einer Zusammenkunft beschlossen, die Arbeit nicht früher wieder aufzunehmen, bis 1. sämmtliche Forderungen, welche von den Berliner Kollegen für nur gerecht anerkannt wurden, bewilligt sind, und 2. der Werkführer Engel seine Entlassung genommen hat. Seit dieser betr. Engel als Werkführer in der Fabrik herrscht, sind Zustände daselbst geschaffen, die einfach eine organisirte Arbeiterschaft nicht dulden kann. so ist z. B. den Berliner Fabrikanten die Organisation ein Dorn im Auge, und seit dem Berliner Schuhmacherstreik vom letzten Winter werden von den Fabrikanten alle Hebel in Bewegung gesetzt, die Organisation zu vernichten und bereits ist es gelungen, in zwei Fabriken sämmtliche organisirte Kollegen auf die Straße zu werfen. Nun, Kollegen und Genossen, geht die Reihe an uns. In einer Fabrik, wo nur organisirte Arbeiter beschäftigt waren, sollen Streikbrecher aus diesen beiden genannten Fabriken unsere Stellen besetzen und sind auch am Montag bereits 11 Mann zu uns abkommandirt, die unter polizeilichem Schutz in die Fabrik begleitet wurden. Kollegen und Genossen! An Euch liegt es nun, uns thatkräftig zu unterstützen, damit ist der Sieg unser. Darum richten wir nochmals an Euch die Bitte, uns in diesem schweren Kampfe, wo es sich um die Existenz so vieler thatkräftiger Genossen handelt, mit allen Kräften zu unterstützen. Denn müssen wir in diesem Kampfe unterliegen, dann wird es den Fabrikanten ein Leichtes sein, die Organisation zu Grunde zu richten. Kollegen, haltet den Zuzug fern. Briefe und Zuschriften sind zu richten an Gustav Hühn bei Weigmann, Andreasstraße 32 (Andreashof). Der Arbeiterausschuß der Schuhfabrik Fürstenheim u. Komp.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der Streik der Zimmerleute in Danzig hat eine andere Wendung genommen. Am 20. d. M. wurde der partielle Streik beschlossen, und bei denjenigen Arbeitgebern, welche den jetzt ermäßigten Stundenlohn von 38 Pf. zahlen, die Arbeit aufgenommen. Bis zum 22. Juni haben 28 Arbeitgeber diese Forderung bewilligt. Obgleich jetzt schon die 7 Woche der Streik gedauert, ist die Haltung der Streikenden eine vorzügliche. 130 Zimmerleute haben bisher Danzig verlassen, darunter viele Familienväter Die Zahl der noch zu unterstützenden Kameraden beträgt zur Zeit 200 Mann; darunter Familienväter mit 1 bis 6 Kindern. Die Arbeitgeber wollen uns aushungern, denn sie beschlossen in einer gestern abgehaltenen Innungsmeister-Versammlung niemals unsere Forderung zu bewilligen Zuzug ist nun bisher noch nicht zu verzeichnen. Wohl machen einige Tischler und Stellmacher uns einige Konkurrenz. Trotzdem hoffen wir bald den Sieg zu erringen. Wir richten hiermit an alle Arbeiter das Ersuchen, uns in unserem schweren Kampf durch Geldmittel zu unterstützen. Gelder erbitten wir an Eugen Sellin, Danzig, Rittergasse 17.

Zürich. Arbeiterinnenschutz-Gesetz. Letzten Montag hielt der Kantonsrath eine Sitzung ab, in der das trefflich redigirte Arbeiterinnenschutz-Gesetz ohne Gegenantrag mit großem Mehr angenommen wurde. Das Gesetz kommt wahrscheinlich im August vor die Volksabstimmung und zwar mit einer Weisung des Regierungsrathes. Dieses Gesetz ist ein bedeutender Fortschritt auf der Bahn des Arbeiterschutzes und Arbeitsrechtes und verdient, mit gewaltigem Mehr vom Volke angenommen zu werden.

Der Kantonsrath nahm ferner folgendes Postulat des Herrn Fritschi-Zinggeler an: „Der Regierungsrath wird eingeladen, nach erfolgter Annahme des Gesetzes betreffend den Schutz der Arbeiterinnen in der Volksabstimmung und anläßlich des Erlasses der vom Kantonsrathe zu genehmigenden Vollziehungsverordnung darüber Bericht und Antrag zu hinterbringen, ob, und wenn ja, in welcher Weise für den Vollzug dieses Gesetzes sachkundige Inspektorinnen beizuziehen seien." Wir hoffen, durch dieses Postulat werde man der Eingabe der Frauenvereine und dem Antrage des Herrn Ernst betreffend Ueberwachung und Vollziehung des Gesetzes durch weibliche Personen gerecht werden.

Die schottischen Grubenbesitzer haben einstimmig beschlossen, einen in der gestrigen Sitzung der Bergarbeiter-Konferenz gemachten Vorschlag, die Streitfrage einem sowohl von seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer genehmigten Schiedsrichter zu unterbreiten, unberücksichtigt zu lassen.

Zum nordamerikanischen Kohlenarbeiter-Streik schreibt unser Korrespondent aus New-York, 13. Juni:

Ganz unerwartet haben die Führer der Kohlengräber auf einer gemeinsam mit Vertretern eines Theils der Unternehmer in Columbus, Ohio, abgehaltenen Konferenz einen Kompromiß abgeschlossen, durch welchen die gestellte Forderung auf die Hälfte reduzirt, d. h. von 70 auf 60 Cents pro Tonne festgesetzt wurde. Dieser Schritt hat überall unter den Streikenden Entrüstung hervorgerufen, und es ist noch sehr die Frage, ob die Order zur Wiederaufnahme der Arbeit befolgt wird. Die Führer motiviren ihre Handlungsweise damit, daß das „gesetzlose Auftreten" der Streikenden ihnen die ganze Sympathie der Bevölkerung entfremdet, die öffentliche Meinung gegen sie gestimmt habe, so daß nicht mehr zu erreichen gewesen wäre! — In den Minen einzelner Distrikte war der Förderlohn vor dem Streik 70 Cents und hatten die dortigen Arbeiter im Interesse des Gesammtstreiks die Arbeit niedergelegt, da es ja ein Haupterforderniß für dessen Gelingen war, daß ein empfindlicher Kohlenmangel eintrete, wodurch auf eindringlichere Weise ein Druck auf die „öffentliche Meinung" — d. h. die von der Presse vertretene Meinung der Interessenten, der Fabrikanten, Eisenbahn- und Schiffsgesellschaften ꝛc. — ausgeübt wurde, als durch das „gesetzliche" Auftreten der Streikenden; das Kompromiß bedeute also für diese Arbeiter eine Lohnreduktion. Außerdem enthält derselbe einen Passus, welcher gleichfalls eine solche involvirt, da durch denselben der festgesetzte Lohn für reine Blockkohle gilt, während bisher im allgemeinen die Lohnbestimmung für das gesammte geförderte Produkt galt. Nur in gewissen Distrikten bestanden Ausnahmen; so spielte an der einen Stelle das „Nußen" (Nichtzahlung von Ladungen, welche nach Ansicht des Vormanns zu viel Gries und Steine enthalten), an der anderen das „Sieben" eine Rolle, bezüglich dessen s. Z. von der Legislatur Illinois ein Gesetz erlassen wurde, welches eine gewisse Grenze für die Weite der Maschen festsetzte, welche von den gefräßigen Unternehmern von Jahr zu Jahr vergrößert worden waren. — Es verlautet auch, daß ein großer Theil der Unternehmer, besonders in Pennsylvanien, gewillt seien, nicht im Geringsten nachzugeben. — Noch sei erwähnt, daß die für die früheren gemeinsamen Konferenzen — deren mehrere an verschiedenen Plätzen stattgefunden haben — von der Exekutive des Miner-Verbandes gesendeten Delegaten für die letzte Konferenz nicht wiederernannt wurden, weil sie auf keinen Vergleich eingegangen waren!

Dieser Tage hat, ohne daß davon vorher etwas verlautet hatte, die von der letzten Generalversammlung des Ordens der „Knights of Labor" angeregte Konferenz von Vertretern dieser Organisation, der „Federation of Labor" und anderer, nicht den beiden Zentralkörpern angehörenden Organisationen in St. Louis stattgefunden. Von letzteren waren nur die „Brüderschaften" der Eisenbahn-Arbeiter betheiligt. Die Verhandlungen waren geheim und wurden nur die gefaßten und der Urabstimmung überwiesenen beiden Resolutionen mitgetheilt, von denen die eine in der Hauptsache dahin geht, daß die Angehörigen eines Gewerks in einem Orte keinen zwei Organisationen derselben Branche angehören sollen, die andern, daß „die arbeitenden Massen das Joch politischer Parteischaft abwerfen und unabhängig stimmen müssen, damit endlich die Vertreter der Reichthumerzeuger Amerika's bei der Abfassung und Ausführung unserer Gesetze eine Stimme erhalten." Vom „§ 10" ist nichts erwähnt. — Auf den 3. Juli ist von einem Mitglied der [illegible] eine „Industrie-Konvention" nach Lansing, Michigan, einberufen worden, an welcher Vertreter aller Arbeiter-Organisationen sowie der „Farmers-Allianz" theilnehmen können. Am selben Orte beginnt einen Tag darauf die Konvention der „Peoples Party". Was da wieder hinter den Koulissen gespielt, ist noch nicht klar, doch kann man es sich an der Hand früherer Erfahrungen ungefähr vorstellen!

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Färber, Appreteure, Dekateure, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen tagte am 24. Juni. Genosse Astor referirte über die Bedeutung des Gewerbe-Schiedsgerichts. In der Diskussion erklärte Kollege Läpple, Gewerbegerichts-Beisitzer und Ausschußmitglied: Das Berliner Gewerbegericht kranke an einem Krebsschaden, der verhängnißvoll werden könne, und seine Ursachen in dem beständigen Wechsel der Assessoren habe. Diese Herren kämen eben von der Universität, hätten selten Kenntniß vom gewerblichen Leben. Meistentheils stellen sie sich daher auf seiten der Arbeitgeber und erschweren dadurch nicht nur den Arbeiterbeisitzern ihr Amt, sondern sind auch Ursache, daß sehr oft bei ganz gleichartigen Fällen ganz verschiedene Urtheile herauskämen. Dieser Wechsel müsse unbedingt aufhören. Seit April vorigen Jahres seien beim Gewerbegericht zwanzig Richter in Thätigkeit gewesen. Er beantrage, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in der ihm Gelegenheit geboten sei, oben angeführte Thatsachen ausführlicher zu behandeln. Ferner erging aus der Versammlung heraus die Meinung, daß die in der Färberei und verwandten Berufen beschäftigten, ohngefähr 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen berechtigt seien, zwei oder drei Beisitzer im Gewerbegericht zu haben. Niemand hatte eine gegentheilige Meinung, doch verschob man das Vorschlagen geeigneter Kandidaten bis zur betreffenden Gruppenversammlung. Vorerst wurden die Versammelten verpflichtet, überall dafür zu agitiren, daß alle Wähler in die Wählerlisten eingetragen werden. Nunmehr erstattete der Delegirte der Gewerkschaftskommission Bericht über deren Thätigkeit und gab bekannt, daß auch von den Färbern und verwandten Berufsgenossen ein Beitrag zur Erhaltung des Gewerkschaftsbureaus zu leisten sei, wozu sich die Versammlung bereit erklärte. Unter „Verschiedenem" wurde lebhaft bedauert, daß sich 12 Berliner Färber bereit finden ließen, nach Wien als Streikbrecher zu gehen. Im Anschluß hieran wurde zur regen Agitation für Anschluß an die Organisation aufgefordert, damit sich derartiges nicht mehr wiederholen könne. Nachdem von einzelnen Kollegen Mißstände aus einer Reihe Färbereien angeführt waren, wurde der Ausschluß eines besonders störrigen Kollegen beantragt und nach kurzer Debatte einer Mitgliederversammlung anheim gegeben, da die öffentliche Versammlung nicht kompetent dazu sei. Zum Schluß ersuchte Läpple um Zustellung der Arbeitsordnungen der verschiedenen Färbereien, um daraus ein Gesammtbild der Zustände der Färbereien zusammenzustellen.

Köpenick. Eine öffentliche Versammlung vom hiesigen sozialdemokratischen Arbeiterverein tagte am 19. d. M. Zur Berathung kamen zunächst die entworfenen Statuten für die dramatische Abtheilung. Sodann wurde beschlossen, zu dem diesjährigen Stiftungsfest nur Mitglieder bei freiem Entree zuzulassen. Darauf theilte der Vorsitzende mit, daß behufs Revision der Bibliothek sämmtliche Bücher einzuliefern sind. Hierauf hielt Dr. Zadek einen Vortrag über das Thema: „Ererbte und erworbene Krankheiten und die Aufgabe der öffentlichen Gesundheitspflege." Im Anschluß an den Vortrag gelangte folgender Antrag vom Vorsitzenden zur Annahme: „Der Verein wolle beschließen, beim Magistrat vorstellig zu werden behufs Errichtung einer Fluß-Bade-Anstalt in der Köllnischen Vorstadt". Zum Schluß wurde noch die Lokalfrage und der Bierboykott besprochen, sodann den ausgesperrten Brauern und Kunheim'schen Arbeitern je 80 M. aus der Vereinskasse bewilligt.

Nationale kaufmännische Kranken- und Sterbekasse (E. H. 71), Bureau: O., Holzmarktstr. 67. Dienstag, den 26. Juni, Abends 8½ Uhr, im Restaurant Stähler, Neue Grünstr. 38: Vorstands-Sitzung.

Gauverein Berliner Bildhauer. (Siehe Annonce in dieser Nummer.)

Berliner Naturheilverein „Zukunft". Heute, Dienstag, den 26. Juni, Abends 8½ Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Vereinsarztes M. Canitz über: Nervosität, ihre Ursachen und naturgemäße Heilung.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend. Versammlung der Filiale Nord am Mittwoch, den 27. Juni, Abends 8 Uhr, im „Swinemünder Gesellschaftshaus", Swinemünderstr. 25. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über: „Die privatkapitalistische Sintfluth".

Arbeiter-Bildungsschule. Dienstag Abend von 8½—10½ Uhr. Nord-Schule, Müllerstraße 179a und Südost-Schule, Waldemarstr. 14: Volksth. Medizin. Bei allen Unterrichtsfächern werden neue Theilnehmer, Damen und Herren, jeder Zeit aufgenommen.

Arbeiter-Sängerbund Berlins u. Umg. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 3 Tr. **Dienstag,** Abds. 9 Uhr, Uebungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder. — Olympia, Adalbertstr. 8 bei Sauermann. — Schildhorn, Usedomstr. 33 bei Mielke. — Alpenglocke, Grüner Weg 20, bei Saeger. — Ihn'scher Gesangverein Humor, Lichtenbergerstr. 18 bei Holzmann. — Unverzagt 2, Moabit, Waldstr. 8 bei Janke. — Waldkapelle, Reichenbergerstr. 19 bei Röscher. Arbeiter-Maibund, Nowawes, Waßstraße bei Gärtner. — Gesangverein Sangesblüthen Krautstr. 8 bei Rudolf. — Freie Sänger 3 in Hegermühle bei Eberswalde. — Kreuzberg, Hasenhaide 58 bei Brandt. — Alte Linde, Mariannenstr. 48 bei Gütler. — Vorwärts 4, Rathenow, Restaurant Zur Erholung bei W. Friedecke. — Einigkeit 3 Weinstraße 11 bei Heind. — Gesangverein der Böttcher Freieiche, Neue Friedrichstr. 20 bei Keller. — Vorwärts 8, Marwitz, bei Wilhelm Költe. — Hilaria, Frankfurterstr. 30 bei Haberecht. — Wiederhall, Köpenickerstraße 191 bei Vogt. — Gesangv. Rothe Nelke 2, bei Rabe, Ruppiner- und Schönholzerstraßen-Ecke. — Gesangverein Eintracht, Nieder-Schönweide, Restaurant Streitler, Grünauerstr. — Gesangv. Frohsinn in Stralau, Gräfl. Reischach'sche Brauerei. — Epheu, Gerichtsstr. 10 bei Gehrandt. — Gesangverein Echo 2 9 Uhr Abends Uebungsstunde bei Reimann, Alte Schönhauserstr. 42. — Gesangverein Gerechtigkeit Westen, Bülowstr. 60 b. Werner. — Gesang- u. Theaterverein Acacie (gem. Chor), Zeughofstr. 8 bei Schlendorf. — Arbeiter-Gesangverein Freiheit 2, Adlershof, Oppenstraßen-Ecke, Grünauer Chaussee, bei Paulig. — Freies Lied 1, Friedrichsberg, Friedrich-Karlstraße 11 bei Heinecke. — Wacht auf, Wörtherstraße, Ecke Rykestraße, bei Schmidt. — Freiheit 3, Bernau, im Schützenhaus. — Senefelder, Landsbergerstr. 31 bei Seehausen. — Echo 3, Zehlendorf, Karlstraße bei Regler. — Männergesangverein Wach' auf, Pankow, Wollankstr. 118 bei Hermann Sonntag. — Männergesangverein Eichenkranz, Prenzlau, im Kaisergarten. — Männergesangverein Kottbuser Harmonie, Böckhstraße 8 bei Albert Möwes. — Weddinger Harmonie, Müllerstr 7. — Männerchor Nord-Ost, Landsberger-Allee bei Ferd. Krause. — Harmonie Rixdorf, Bergstr. 120 bei Bartha (Deutsches Wirthshaus). — Almenrausch, Gräfestr. 34 bei Plötz. — Sängerfreiheit Naunynstr. 80 bei Zubeil. — Arion, Wittenberge, Thurmstr. 23, Zentralhalle. — Liedesfreiheit 2, Strausberg, Wilhelmstraße, Weber's Kaffeehaus. — Froh' Hoffnung (G. M.) Kulmstr. 34 bei Naumann. — Zukunft 1, Steglitz, Ahornstr. im Sambrinus. — Edelweiß 1, im Restaurant Kasch, Oranienstr. 190. — Gleichheit, in Nagel's Restaurant, Schwedterstraße. — Männer-Gesangverein Wilmersdorfer Liedertafel Wilmersdorf, Berlinerstr. 40 Müller's Garten. — Gesangverein Concordia, Oranienstr. 108. — Freie Feldblume, Wienerstr. 31 bei Schröder. — Sängergruß, Friedrichshagen, Friedrichstr. 58, Restaurant Erdmann. — Gesangverein der Metallarbeiter Osten, Kraustr. 38 bei Wiesegarth. — Stralauer Liedertafel (Orchesterabtheilung) Friedrichsberg, Rummelsburgerstr. 45 bei Rauf.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an P. Grut, Adalbertstraße 86. **Dienstag.** Musikverein Hoffnung, bei Drehler, Eisenbahnstraße 6. — Geselliger Musikdilettanten-Verein Münstermann, bei Wilke, Hochstr. 25a. Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — Theaterverein Freundschaft, Abends 9 Uhr beim Anhaltiner, Tempelhofer Ufer. — Theater-Gesellschaft Liberte, Kottbuser Damm 103 bei Meier. — Theaterverein Freie Kunst, Blumenstraße Nr. 45 bei Wenk, 8½ Uhr. — Schützenverein Freikugel, Staltzerstr. 34 bei Henke. — Rauchklub Gut gesinnte Freunde, Abends 9 Uhr, bei Müller, Georgenkirchstr. 65. — Musikverein Osiris, Mariannenstr. 22 bei Doberstein. — Vergnügungsverein Nordwacht, Abends 9 Uhr bei Hermerschmidt, Perlebergerstr. 28.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Dienstag. Gesangverein Anakreon, Abends 9—11 Uhr, bei Kesner, Annenstraße 16. — Gesangverein Kottbuser Harmonie, Böckhstr. 8 bei Albert Möwes. — Musikverein Nord 8½—11 Uhr, Weigenerstr. 6, bei Sendke. — Gesangverein Alpenglühen 2 bei Nowack, Manteuffelstr. 9. — Gesangs-Abtheilung des Arbeiter-Bildungsvereins von Weißensee bei Müller (Pfeifen-Müller), Königs-Chaussee 28.

Arbeiter Zitherklub Freiheitsklänge. Jeden Dienstag Abends von 8½ bis 11 Uhr bei W. Richter, Bülowstr. 83 am Dennewitz-Platz. — Musikverein Frisch auf bei Schröder, Reichenbergerstr. 24.

Turnverein Gesundbrunnen. Die 1. Männer-Abtheilung turnt von [illegible] Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums, Pankstraße 5—10. — [illegible]er Turngenossenschaft. Die 2. Männerabtheilung turnt jeden

Dienstag und Freitag in der Gemeindeschule, Blumenstr. 63a. — Turnverein Fichte. Jeden Dienstag und Freitag, Abends 8—10 Uhr, Stallitzerstr. 55—56. — Turnverein Norden, jeden Dienstag Abends von 8½ bis 10 Uhr in der Turnhalle, Prinzen-Allee 8. Nach dem Turnen geselliges Beisammensein im Restaurant Zum Thüringer, Prinzen-Allee 10. — Turnverein Frohsinn Frei, Britz (Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes Deutschlands). Turnen der Männerabtheilung jeden Dienstag von 8½—10½ Uhr bei Bethke (vormals Engel), Chausseestr. 39.

Theater-Verein Othello 2 Abends 9 Uhr, bei Tägers, Gartenstr. 13—14. — Privat-Theater-Gesellschaft Berliner Humor, Abends 9 Uhr, Köpnickerstraße 158 bei Buchs. — Privattheaterverein Crescendo, Abends, bei Nicolay, Elisabethkirchstr. 14. — Theaterverein Vulkania, Abends 9½ Uhr, bei Schütte, Alte Schönhauserstraße Nr. 38—34, Sitzung mit anschließendem Tanz. — Theaterverein Morgenroth zu Friedrichsberg tagt mit Damen, Abends 9 Uhr, im Vereinslokal bei Christen, Friedrich Karlstr. 26. — Fidele Geister, Sitzung bei Bessele, Wein- und Gollnowstraßen-Ecke.

Vergnügungsverein Amicitia, Abends 8½ Uhr, bei Schönnagel, Barnimstraße 47. — Geselliger Verein Brüderschaft, Abends 9 Uhr, im Restaurant Dittmann, Perleberger Str. 9. — Vergnügungsverein Saturnalia, Abend 9 Uhr, Andreasstr. 3, Sitzung. — Vergnügungsverein Fidelio, Abends 9 Uhr Sitzung mit Damen bei Seifert, Oranienstraße 21. — Geselliger Verein Mehr Licht, Abends 9 Uhr, Große Frankfurterstr. 133 bei Golds. — Touristenklub Wanderlust Abends 9 Uhr, Franseckistr. und Schönhauser-Allee-Ecke. — Geselliger Verein Regina Sitzung mit Damen Oranienstr. 153 bei Schönwalder. — Vergnügungsverein Luna. Sitzung bei Haberecht, Große Frankfurterstraße 30, Fidelitas. — Männerchor Waldesrauschen im Restaurant „Hohenzollern", Seydelstraße. — Vergnügungsverein Berolina Abends 9 Uhr im Restaurant Protz, Annenstr. 9. — Waldkapelle 2, Abends 9 Uhr im Restaurant Kaiser, Stallitzerstr. 22. — Geselliger Verein Hertha, Sitzung in den Oranien-Hallen, Oranienstr. 61, Abends 9 Uhr (alle 14 Tage).

Orientalischer Rauchklub Spar- und Kreditverein, Abends 9 Uhr, Reichenbergerstraße 24, bei Schröder. — Rauchklub Dämmerwolke, Böckhstr. 1. — Rauchklub Bruderbund, Abends 9 Uhr, bei P. Gerhard, Grünauerstr. 27. — Rauchklub Zeitgeist, Abds. 9 Uhr b. Kaspar, Restaurant zum Zeitgeist, Bernauerstr. 72. — Rauchklub Unverzagt bei C. Ruppin, Blumenstraße 49. — Rauchklub Portorico, Abends 9 Uhr, bei Kohn, Wrangelstraße Nr. 126. — Rauchklub Gemüthlichkeit 2, Abends 9 Uhr bei Achsel, Köpenickerstraße 161. — Rauchklub Blaue Luft, Abends 9 Uhr bei Bredlow, Bülowstr. 65. — Rauchklub Abguß, 8½ Uhr, bei Schulze, Weberstr. 10. — Rauchklub Grüne Quaste, Abends 9 Uhr, Münchebergerstr. 29, Restauration Schmeiß. — Rauchklub Eldorado Abends 8½ Uhr bei Gayer, Pallisadenstraße Nr. 66—67. — Rauchklub Tabaksblüthe, Sitzung, Abends 9 Uhr, Blumenstr. 19. — Rauchklub Columbus, Abends 8½ Uhr, bei A. Uike, Oppelnerstr. 22. — Rauchklub Gut gesinnte Freunde, Georgenkirchstr. 65 bei Müller. — Rauchklub „Ambalema", Abends 8½ Uhr bei W. Fröhlich, Reichenbergerstr. 73a. — Rauchklub Sumatra, Abends 9½ Uhr bei Krause, Gitschinerstr. 93. — Skatklub Eintracht Abends 9 Uhr bei Grande, Lausitzerstr. 60. — Skatklub Rother Junge, Sitzung alle Dienstage nach dem 15. und Spielabend alle Dienstage von 9—11 Uhr im Restaurant Boeckhstr. 7, bei Herrn Herroth. — Skatklub Schnitt, Abends 8½ Uhr, bei Trittelwitz, Falkensteinstr. 7. — Bügelverein Norden. Jeden Dienstag, Abends 9 Uhr, Sitzung, Kastanien-Allee 40, im Restaurant. — Kartenklub Lustige Brüder, bei Restaurateur E. Nattke, Krautstraße 48. — Kegelklub Holzmuskel Abends 8 Uhr, im Restaurant Hahn, Ratiborstr. 18.

Vermischtes.

Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Bürgerliche Blätter drucken zum Amüsement ihrer Leser drei Aufsätze ab, die ein Lehrer als von seinen Dümmsten herrührend, in der Monatsschrift „Praxis der Volksschule" zum Besten giebt. Sie lauten:

1. Lebenslauf. Mein Vater heißt Wilhelm und meine Mutter Krötchen. Mein Vater ist ein Tagelöhner und mein ältester Bruder ein Backsteinmöger. Meinem Vater sein Bruder lebt noch und ist mein Unkel. Ich hatte eine Schwester, die ist an einer Krankheit gestorben, die hieß Marie. Es ist mir auch ein Bub gestorben, der hieß Heinrich. Wie ich klein war, habe ich zwei Erdstöße erlebt, und seit vier Jahren gehe ich in die Schule.

2. Unser Wohnzimmer. Unser Wohnzimmer ist oben hinauf. Es ist zwölf Schritt lang, acht Schritt breit und fünf Schritt hoch. Es ist getapeziert. An den Wänden henken das Luhterdenkmahl, drei Pfeifen, Kaiser Friedrich und ein Kanalgenvogel. Unser Wohnzimmer hat eine Thür und drei Fenster, zwei auf die Gaß, eins hinten naus. In unserm Wohnzimmer wird gegessen, getrunken, geschlafen und gearbeit.

3. Meine Pfingstferien. Ich war einmal im Wald. Ich war einmal in der Kirche. Ich war einmal im Holzheimer Häuschen. Ich war einmal in Oranjenstein. Ich war einmal in Diez. Ich war einmal in Lümmburg. Ich war einmal beim Metzger und beim Schuster. Ich war einmal beim Becker. Ich hab viel Spaß gehabt. Jetzt ists forrbei.

Weder der Lehrer, der diese Aufsätze veröffentlicht, noch die Blätter, welche sie kichernd nachdrucken, scheinen zu wissen, oder wissen zu wollen, wen die schwerste Schuld dafür trifft, daß die Kinder des Proletariats in einer Unbildung, wie sie sich in den drei Beispielen bekundet, erhalten bleiben. Die Gesellschaft, deren Einrichtungen dem Sohn des Bemittelten alle Schätze des Wissens zugänglich machen und deren gleiche Einrichtungen hinwieder dem Volksschüler auch bei der nöthigen Intelligenz nicht einmal soviel Bildung bieten, daß er beim Verlassen der Schule seine Muttersprache richtig sprechen und schreiben kann, diese Gesellschaft schlägt sich selber mit der Veröffentlichung der Probeaufsätze kreuz und quer um die Ohren.

Aus Falkenau meldet man: Von einem gräßlichen Unglück wurde die Familie des wegen der Agitation während des letzten Streiks entlassenen Arbeiters J. Newald heimgesucht. Newald hatte nach seiner Entlassung in einer Höhle eines nahegelegenen, dem Grafen Nostitz gehörigen Steinbruches Zuflucht genommen und sie durch Bretter gestützt. Trotz dieser Vorsicht erfolgte um 10 Uhr Abends der Einsturz der Höhle. Mann, Weib, zwei Kinder im Alter von zwei und sechs Jahren wurden von dem Gerölle begraben. Newald arbeitete sich heraus und vermochte auch seine schwerverletzte Frau zu retten, die Kinder aber, deren Lager sich im Hintergrunde befand, wurden als gräßlich verstümmelte Leichen gefunden.

Todesfälle. In München starb am Sonnabend der Bierkönig Pschorr. — Am Montag ist der Herausgeber des „Hamb. Fremdenblattes", Gustav Diedrich, gestorben.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (Zwei Buchstaben oder eine Zahl anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

F. J. §§ 576, 577, I, 21 A. L.-R. bestimmen: „Wird der Miether durch eine nicht freiwillige Veränderung in seiner Person oder Umständen außer Stand gesetzt, von der gemietheten unbeweglichen Sache ferner Gebrauch zu machen, so kann er gegen Vergütung einer halbjährigen Miethe, von dem Ablauf des Quartals, in welchem die Aufkündigung erfolgt ist, von dem Vertrage abgehen. Auch von dieser Vergütung kann er sich befreien, wenn er dem Vermiether einen Untermiether stellt, gegen welchen derselbe keine erheblichen Einwendungen nachweisen kann." Als solche „nicht freiwillige Veränderung" wird im allgemeinen die Versetzung eines Beamten gerechnet.

H. J. Das Eigenthum der Ehefrau haftet nicht für die Schulden des Ehemannes.

Briefkasten der Expedition.

Für die Brauerei-Arbeiter gingen ferner ein:

Ges. Arbeiterverein „Hoffnung" 5,—. Innere Putzer, Bau Plümke, Bau Schöneberg 11,—. Proletarier bei Pluge 5,—. Sängerverein „Sorgenfrei" 5,55. Nordhausen, Ungenannt 1,—. Bautischlerei von Ziche, Schinkestr. 8/9 3,40. Von Arbeitern der Dampf-Schneidemühle Louis Freitel, Alte Jakobstr. 20, 10,10. Aus der Chamissostr. 39 1,80. Gesangverein „Humanität" 20,—. Lampen- und Bronzewaaren-Fabrik W. Decke u. Komp. 11,70. Ueberschuß von der Toni 2,20. A. F. W. 300 6,65. Nienburg. Gesammelt in einer Bauhandwerker-Versammlung 13,40. Zigarrenfabrikant Richard Schulz und Arbeiter, 2. Rate 9,15. Gesammelt von den Kollegen Schirmer und Lipper, Steinmetzstraße 23 5,50. Lederwaaren-Fabrik Friedr. Hannke jun., Tegel bei Berlin 5,50. Straßburg, von einem rothen Polterabend durch L. B. 11,95. Koll. der Möbelfabrik von Kraatz, Ruppinerstr. 5 13,70. Nr. 12. Die Zielbewußten einer Musterwerkstatt 10,—. Ueberschuß der Versammlung vom 16. d. M. in Rummelsbug 19,60. Ueberschuß der Bureau-Angestellten-Versammlung vom 6. Juni 1,60. Winkelmann Bezirk 500 5,—. Von der Fröbel'schen Werkstatt, Hollmannstr. 23, Vierprozente, 6,40. Tischlerwerkstatt Frommholz 5,—. Diskussionsverein „Vorwärts" Gießen 10,50. Maurer Charlottenburgs 30,—. Verein Leipziger Buchdrucker und Schriftgießergehilfen 300,—. Graphisches Gewerbe Erfurt 30,—. Turnverein „Freiheit" Rathenow 11,45. Berlin W. 1,50. Gesammelt bei Eichner, Treskowstraße 35, von einigen Rauchbrüdern 1,10. Tischlerwerkstatt Breske, Fürbringerstraße, 3,—. Verlorene Wette 2,—. Verband der Porzellanarbeiter Berlin II 10,—. Von den Buchdruckerei-Hilfsarbeitern 30,—.

Summa 619,75 M. Bereits quittirt 2187,43 M.; in Nr. 136 statt 1508,37 M. nur 1408,37 M.; in Summa 2907,18 M.

Berichtigung. In einer der letzten Quittungen soll es statt Hermes, Schönhauser Allee 141, 10,25 M. Hempf u. Komp. heißen.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 25. Juni. Die sozialistische Gruppe der Deputirten beschloß, obwohl sie immer für die Aufhebung der Präsidentschaft der Republik eingetreten war, an der Präsidentenwahl theilzunehmen, um die Wahl eines reaktionären Kandidaten zu verhindern.

Große Ersparniß im Haushalt!

F. F. Resag's Kaffeeersatz

1894. 1894.

macht den Kaffee kräftig und wohlschmeckend, liefert auch ohne Zusatz von Bohnenkaffee ein angenehmes gesundes Getränk. 5992L.

Zu haben in den meisten Kolonialwaaren-Geschäften. **à Pfund 40 Pf.**

Mittheilung für die Herren Gastwirthe!

Erlaube mir hierdurch anzuzeigen, daß ich aus dem **Verein der Berliner Brauereien ausgeschieden bin**, und offerire mein **goldfarbenes** und **dunkles (Münchner Farbe) Carlsberger Bräu** mit **21 Mark pro Tonne inkl. Spundgeld.** 2431.*

Friedrich Reichenkron, Brauerei-Carlsberg,
Charlottenburg, Spreestraße 3 (Telephon Nr. 83).

Künstl. Zähne schmerzlos eingesetzt, festsitzend. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Ermäßigung. **Kreslawski,** Spittelmarkt 13.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, 1. Gesch.: Andreasstr. 23, H. pt., gegenüb. Andreaspl 2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüb. Humboldtshain
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das **größte Kinderwagen-Lager Berlins** habe.

Genosse verkauft wegen Krankheit sein **Milchgeschäft** od. die Einrichtung billig. **Gräfestr. 83.** 1471b

Gebr. **Drehbank** zu verk. Schönleinstraße 28. 1464b

Volksbazar
Berlin, Köpenickerstraße 127a
empfiehlt sein großes Lager fertiger
Herren- und Knaben-Garderobe.
Bestellungen nach Maaß werden in eigener Werkstatt angefertigt. 5804L.*
SO. Köpenickerstr. 127a
nahe der Adalbertstraße.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L.*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

!Roh-Tabak!
Sämmtl. in- und ausländischen Sorten, **gute Qualität, tadelloser Brand,** in **billigster Preislage,** empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung, Brunnenstrasse 185.

Sophastoff-Reste
in **Rips, Damask, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig!**
Proben franko! 5150L.*
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Vereinszim. (großes) Simeonstr. 23. Kein Ringbier! **Flick.**

Ein gutgehender **Bierverlag** mit großer Kundschaft (außerhalb), mit od. ohne Grundstück ist Krankheit halber sofort zu verkaufen. 1459b
Näheres hierselbst Kottbuserstr. 18, Hof 2 Tr. bei Müller.

Zahnersatz. Theilzahl. Woche 1 M. **Guckel,** Lausitzer-Platz 2 u. Elisabetherstraße 12. 3622*

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für Cigarren-Fabrikanten
!! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung!
nach Uebereinkunft!
Ein Jeder mache den Versuch.

Zum elektrischen Funken.
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal
Carl Trittelvitz,
Falckenstein-Straße Nr. 7.
Empfehle meine schönen Vereinszimmer, noch einige Tage frei. 3491L.*

Schönes Vereinszimmer, 25 bis 30 Personen, zu vergeben. 1341b
R. Ruhl, Chorinerstr. 53.

Empfehle mein Geschäft in **frischen Blumen und Kränzen.** 5441 L.*
Robert Meyer,
Nr 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

6 Pfund Brot für **50 Pfennig** liefert **Albrecht's Bäckerei,** Wrangel-Strasse 8, Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.

Kinderwagen, größt. Lager, billigste Preise, v. 10 M. an auch Theilzahlung. 128L.* **W. Holze,** Oranienstraße 3.

Buchhandlung des „Vorwärts"
Berlin SW., Beuthstr. 2.

Soeben erschienen:

Heft 4:

Leipziger Hochverraths-Prozeß
wider
Bebel, Liebknecht, Hepner.
Mit einer historischen Einleitung
von **W. Liebknecht.**

Preis pro Lieferung 20 Pf.

Das soeben erschienene 4. Heft dieses den Genossen warm zu empfehlenden Quellenwerkes für die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie enthält den Schluß der Vernehmung der Angeklagten über ihre republikanische Gesinnung und den Abdruck des Kommunistischen Manifestes von Marx und Engels.

Bestellungen nehmen **alle Buchhandlungen, Kolporteure, Spediteure,** sowie der Verlag entgegen. 448/18

Unterzeichneter bittet um Angabe der Adresse des 1479b
Korbmachers Herrn Fritz Grosch.
Derselbe soll in wichtiger Angelegenheit als Zeuge vernommen werden.
Zwerner, Berlin, Cuvrystr. 2.

Warne jeden, meiner Frau Frieda Klein geb. Kretschmar auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. **Fritz Klein,** Schuhmachermeister, Koppenstr. 6. 1462b

Die von mir gegen die Vergolder-Frau Markus, Admiralstr. 18c, ausgestoßene Beleidigung erkläre ich hiermit für unwahr, widerufe sie und bedauere herzlich, Frau Markus durch dieselbe gekränkt zu haben. Ich erkläre Frau Markus für durchaus ehrenhaft und achtbar. 1469b
Berlin, den 19. Juni 1894.
Frau **Louise Zech,** Admiralstr. 18c.

Komme für Schulden meiner Frau nicht auf. K. Hahmann, Wienerstr. 56a.

Allen Genossen zur Kenntniß, daß ich hier in der g. Umgegend nur allein nichtboykottirtes Bier ausschenke, aber nicht den nöthigen Zuspruch habe.
Um Beachtung und Zuspruch bittet
A. Kritsch,
Gastwirth,
1467b **Johanniterstr. 1.**

Schlafstelle für 2 Herren bei 1466b **E. Fechner,** Oranienstr. 101/2, Hof 3 Tr.

E. f. möbl. Schlafst. z. verm. bei Möller, Reichenbergerstr. 169, v. 3 Tr.

Freundl. möbl. Schlafst. bill. z. verm. Frau Schröder, Reichenbergerstr. 63a, v.

Anst. Schlafst. f. H., sep. Eing., bei Koppatz, Ackerstr. 103, v. [1481b

Schlafst. sep. Josupeit, Langestr. 26, I.

Möbl. Zimmer, sep., 1 od. 2 Herren, Prinzessinnenstr. 21, v. 3 Tr. l.

Freundl. Schlafst. f. Herrn verm. Fr. Lenkeit, Manteuffelstr. 61, v. 3 Tr.

Frdl. Schlafstelle f. Herren z. verm. bei **Hentschel,** Arndtstr. 13, v. 1/Tr.

Schlafst. f. 2 H. Prinzenstr. 100. Gänsel.

Arbeitsmarkt.

Ein tüchtiger Formen-Ciseleur auf Sturzformen wird sof. nach Kopenhagen ges. Off. mit Lohnansprüche u. Zeugn. sind zu senden an **Burmeister & Spöer, Kopenhagen, Mag Strade 6ste Sal.** 1476b

Belägerinnen, geübte, verlangt **August Werkmeister jr.** 1460b Brunnenstr. 194.

Knaben-Konfektion.
Gesucht ein tüchtiger, selbständiger **Zuschneider** für Knaben-Konfektion gegen hohes Salair. 1468b
Stern Gebrüder u. Co.

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 145. Dienstag, den 26. Juni 1894. 11. Jahrg.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Orts-Krankenkasse für Leipzig und Umgegend.

Geschäftsbericht für das Jahr 1893. In dem letzten Heft „Die Arbeiter-Versorgung“, Zentralorgan für das gesammte Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Alters-Versicherungswesen im Deutschen Reiche, befindet sich eine interessante statistische Darstellung über den Umfang und Geschäftsbetrieb der Leipziger Orts-Krankenkasse. Wir glauben um so eher die Pflicht zu haben, die Mittheilungen unsern Lesern zu unterbreiten, da gegenwärtig auch in Berlin sehr eifrig an der Zentralisation der Orts-Krankenkassen gearbeitet wird und wir in der Leipziger Orts-Krankenkasse bereits eine Organisation dieser Art haben. Der Bericht gewährt einen Einblick in den großartigen Umfang und Ausdehnung dieser Kassenverwaltung, dabei ruht die Verwaltung in den Händen von Arbeitern, ein Beweis dafür, daß in Arbeiterkreisen Leute vorhanden sind, die einen derartigen großen Verwaltungsapparat leiten können, was so vielfach von unseren Gegnern bestritten wird.

Die Mitgliederzahl der Orts-Krankenkasse bei Beginn des Jahres betrug 76 859 (74 550*); am 31. Dezember, einschließlich 4481 (4811) freiwilliger Mitglieder, in Summa 81 968 und zwar 62 360 männliche und 19 543 weibliche Mitglieder, also 5044 Mitglieder mehr als zu Anfang des Jahres. Der höchste Mitgliederbestand entfällt auf den 28. April 1893 mit in Summa 87 734 Mitgliedern, der niedrigste auf den 8. Januar 1893 mit 76 233 Personen und der durchschnittliche Mitgliederbestand betrug im Jahre 1893 84 584 (80 044). Bei der Hauptmeldestelle und den im Kassenbezirke gelegenen 42 Nebenmeldestellen — 29 in Leipzig-Stadt und 13 in Leipzig-Land — gelangten zur Orts-Krankenkasse bezw. Invaliditäts- und Altersversicherung 149 055 (142 289) Personen zur Anmeldung und 139 739 (136 405) Personen zur Abmeldung, in Summa 288 794 (278 694), pro Tag 963 (929) Meldungen.**) Der stärkste Meldetag fiel auf den 6. April 1893 mit 2165, der schwächste auf den 29. Dezember mit 401 gemeldeten Personen. Zuwiderhandlungen gegen die Meldevorschriften mußten 2282 zur Anzeige gebracht werden. 7752 Anfragen und 1692 sonstige Mittheilungen machten sich wegen Unvollständigkeit der Meldungen ꝛc. allein in der Meldestelle nothwendig. Meldeformulare kamen durch die Hauptmeldestelle 82 269, durch die Nebenmeldestellen 127 600 Stück zum Verkauf. Die Benutzung der im Interesse der Mitglieder an 5 verschiedenen Stellen eingerichteten Filial-Zahlstellen für Krankengeld-Empfänger war, ebenso in der für Alt-Leipzig errichteten Stadtfiliale in dem ehemaligen Polizei-(Melde-)Amt, eine recht rege. Es erhoben dort insgesammt 91 050 Personen das Krankengeld, davon entfallen auf Leipzig-Plagwitz 17 586 (16 835), auf Leipzig-Neuschönefeld 16 282 (14 476), auf Leipzig-Reudnitz 16 940 (15 217), auf Leipzig-Gohlis 9803 (9412), auf Leipzig-Connewitz 4649 (4116) und auf die Stadtfiliale für Alt-Leipzig 25 790 (23 298) Personen.

Der Personen-Karten-Katalog, an stelle des Mitgliederverzeichnisses eingeführt, zählte am 31. Dezember 348 147 (319 000) Karten. Kranken-Personal-Karten an stelle des Krankenbuchs eingeführt, sind zirka 130 760 (101 730) angelegt. Mitgliedsbücher waren 25 922 (24 460) auszufertigen und an die Arbeitgeber abzusenden, außerdem wurden auf Ansuchen 5772 Duplikate für verloren gegangene oder unbrauchbar gewordene Mitgliedsbücher gegen die festgesetzte Gebühr ausgestellt.

An Beiträgen für die Invaliditäts- und Altersversicherung wurden für das Jahr 1893 vereinnahmt 1 199 783,82 M. (1 160 966 M. 22 Pf.). Quittungskarten der Invaliditäts- und Altersversicherung wurden neu angelegt 99 586 (91 495) Stück, desgleichen ausgehändigt bezw. abgesandt 27 411 (23 252), pro Tag durchschnittlich 92 (87) Stück. Ferner wurden 58 596 (73 025) Stück Quittungskarten abgerechnet und ebensoviel Bescheinigungen über erfolgte Aufrechnungen ausgefertigt, diese Bescheinigungen den Arbeitgebern zur Aushändigung an die Versicherten unter Beifügung eines Formulars zugestellt, worin gleichzeitig erwähnt ist, daß gemäß § 106 J. u. A.V.G. gegen den Inhalt der Bescheinigung bei der Verwaltung binnen zwei Wochen Einspruch erhoben werden kann. Diese 58 596 Stück Quittungskarten kamen in Posten von 4–6000 Stück an die Versicherungsanstalt zur Absendung. Von auswärts gingen 24 881 Stück Quittungskarten ein. 438 (294) Quittungskarten wurden gegen Bezahlung erneuert. Bei 16 535 (15 220) einzufordern gewesene Quittungskarten machten sich 2344 (612) wiederholte Erinnerungen zur Einreichung derselben nothwendig. Die Anzahl der allein die Invaliditäts- und Altersversicherung betreffenden Posteingänge war 8390 (8468) Stück und die Zahl der für dieselbe Abtheilung abzufertigenden Personen belief sich durchschnittlich auf 150 (150) pro Tag. Die stärksten Verkehrstage ergeben die Quartals- bezw. Monatswechsel.

Die Zahl der schriftlichen Eingänge betrug 71 106 (55 518), mithin pro Tag 237; die Zahl derer, auf die eine besondere Entschließung zu fassen war, betrug 66 966 (44 268). Durch die Post wurden 121 771 (111 219) Briefe, darunter 14 257 Einschreibebriefe, zur Absendung gebracht, während durch Boten 10 122 (10 795) sonstige Aufträge erledigt wurden. Die Geschäfte der Invaliditäts- und Altersversicherung erforderten außerdem noch 64 395 Briefabsendungen. An Porto ist für die Ortskrankenkasse ein Aufwand von 8818,59 M., für die Invaliditäts- und Altersversicherung von 1761,55 Mark entstanden. Die Fernsprechein richtung ist ein unerläßliches Hilfsmittel geworden, das von Arbeitgebern, Mitgliedern und der Verwaltung der Kasse außerordentlich in Anspruch genommen ward.

Krankheitsfälle mit Erwerbsunfähigkeit sind 35 984 (34 346) mit in Summa 695 923 (648 127) Krankheitstagen zu verzeichnen. Es entfallen sonach auf 100 Mitglieder rund 42 (43) mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle, auf einen Fall 19,34 (18,87) Krankheitstage. Der Krankenbestand beträgt im Jahresdurchschnitt 2,11 pCt. (2,03 pCt.); geringster Prozentsatz am 16. October 1893 mit 1,61 pCt. (1,46 pCt.); höchster Prozentsatz am 23. Januar 3,11 pCt. (3,27 pCt.). Aufnahme in Krankenanstalten wurde bezw. theilweis auf Kosten der Kasse für 4077 (4124) Mitglieder einschl. Angehörige, nämlich 2585 (2722) männliche, 885 (824) weibliche Mitglieder, 199 (168) Ehefrauen, 452 (397) Kinder und 6 andere Angehörige, gewährt. Der Prozentsatz sämmtlicher Aufgenommenen ergiebt den 12. (12.) Theil der überhaupt erwerbsunfähig krank Gewesenen. In 388 (398) Fällen hatte die Kasse in Gemäßheit § 5,9 U.V.G. mit verschiedenen Berufsgenossenschaften zu korrespondiren. Wöchnerinnen-Unterstützung wurde an 1316 (1565) Personen gezahlt. In 52 (83) Fällen zahlte die Kasse auf Anweisung der Berufsgenossenschaften Krankengeld über die gewöhnliche Dauer hinaus vorlagsweise, ebenso geschah in 43 (30) Fällen die vorlagsweise Krankengelderzahlung seiten der Kasse für auswärtige Ortskrankenkassen. Ausgesteuert wurden, d. h. es erhielten die vollen Leistungen auf 26 Wochen, blieben aber noch ferner krank 160 (232) Mitglieder. Es verstarben 649 (566) männliche, 127 (116) weibliche Mitglieder, 554 (262) Ehefrauen, 3270 (3304) Kinder von Mitgliedern und wurde für dieselben das statutenmäßige Sterbegeld gewährt. Die Kasse stand mit 167 (167) Aerzten einschließlich 54 (54) Spezialisten und 9 (7) Zahnärzten, ferner mit 52 (53) Apothekern, davon 34 im Kassenbezirk und 18 in der weiteren Umgebung von Leipzig, mit 9 (5) Optikern und Bandagisten, 10 Badeanstalten und 28 Masseuren bezw. Masseusen im Vertragsverhältniß. Die Thätigkeit der Zahnärzte erstreckt sich für Mitglieder auf Zahnziehen, Nervotödten, kleine Operationen, sowie Zement- oder Amalgam-Füllungen; für Angehörige der Mitglieder nur auf Zahnziehen.

Die seit 1. Juni 1891 neu organisirte freiwillige Krankenkontrolle setzt sich in der Hauptsache aus Generalversammlungs-Vertretern zusammen und zählte am Ende des Jahres 1893 175 (160) Krankenbesucher, welche innerhalb des Jahres 1893, soweit die Angaben hier vorliegen, 47 434 (35 659) Besuche ausführten. Diese Institution trug wesentlich zum Wohle der Kasse bei und soll auch an dieser Stelle dankenswerthe Anerkennung finden. Berufs-Krankenkontrolleure waren in den Monaten Januar, Februar und März 1893 13, gegenüber 13 am Jahresschluß 1892, in den Monaten April bis mit Dezember 1893 aber 12 (12), darunter eine weibliche Krankenbesucherin, thätig. Krankenbesuche durch Berufs-Krankenkontrolleure wurden im Laufe des Jahres 1893 128 158 ausgeführt, welche sich auf die Stadt und 98 Ortschaften erstreckten. An Heilmitteln wurden verabfolgt: 3921 (3280) Brillen, 1010 (957) Bruchbänder, 171 (172) Spritzen, 81 (110) Inhalationsapparate, 95 (102) Gummibinden, 124 (103) sonstige Binden, 215 (213) Gummistrümpfe und Kappen, 36 (43) Eisbeutel, 1006 (1020) verschiedene kleinere und größere Heilmittel, unter letzteren 14 (22) Zerstäuber, 39 (38) Nasendouchen, 3 Beinschienen, 19 Stützkorsets, 4 Gipskorsets, 8 Luftkissen, 63 (23) Einlagesohlen für Plattfüße, 1 (5) Respiratoren, 8 (16) künstliche Augen ꝛc., 12 264 (8110) Bademarken der verschiedensten Art, 396 (741) Flaschen Mineralwässer, 910 (970) Flaschen medizinische Weine, 334 (367) Kilo Badesalze, 9708 (7978) Liter Milch, 29 (46) Flaschen Kephir. Der Besuch der beiden Heimstätten für Genesende im sächsischen Erzgebirge und zwar zu Rittergut Förstel bei Raschau (männliche Genesende) und zu Gut am Gleesberg bei Schneeberg (weibliche Genesende) hat sich gegen 1892 erfreulich vermehrt. Verpflegt wurden in Förstel 302 Mitglieder mit 7390 Verpflegtagen und in Gleesberg 333 Mitglieder mit 8265 Verpflegtagen. Auch im Jahre 1893 waren die erzielten Resultate nach ärztlichem Gutachten sehr gute. Auf Kosten der Kasse bezw. auf eigene ermäßigte Kosten besuchten im Jahre 1892 119 Mitglieder verschiedene Bäder, und zwar waren davon 20 in Lausigk, 19 in Schmiedeberg, 5 in Berka, 1 in Reibolbsgrün, 3 in Wolkenstein, 4 in Teplitz, 7 in Karlsbad, 2 in Lobenstein, 5 in Eisler, 36 in Dürrenberg, 2 in Wiesbaden, 1 in Sulza, 3 in Salzungen, 1 in Wildungen, 2 in Franzensbad, 2 in Hohenstein, 2 Ostseebad Ahlbeck, 1 Bad Schweizermühle, 1 Bad Niederbrunn, 1 Bad Dievenow, 1 Bad Biebra bei Naumburg. Ferner erhielten auf diesbezügliches Ansuchen 12 lungenkranke Mitglieder aus Stiftungsmitteln des Raths der Stadt Leipzig entsprechende Zuschüsse zu einem Kuraufenthalt in Rautenkranz und Unterjugel im sächsischen Erzgebirge.

Die Anzahl der Angestellten betrug am 31. Dezember 1893 151 Personen, und zwar 124 Bureaubeamte und Hilfsarbeiter, 12 Einsammler, 14 Krankenbesucher und 1 Aufwärter. Während in den Jahren 1891 und 1892 es nicht möglich war, die gesetzlich vorgeschriebenen 10 pCt. der vereinnahmten Beiträge dem Reservefond voll zuzuführen, im Jahre 1890 sogar dem Reservefonds zur Deckung des Betriebes ein Betrag von 2744 M. 12 Pf. zu entnehmen war, ergiebt sich erfreulicher Weise, daß im abgelaufenen Geschäftsjahre trotz einer nicht unbedeutenden Influenza-Epidemie nicht nur die 10 pCt. in Höhe von 204 413 M. 89 Pf. dem Reservefonds zugeführt werden konnten, sondern daß auch noch ein weiterer Ueberschuß von einigen Tausend Mark sich ergeben hat.

Die Einnahme an Beiträgen ist für versicherungspflichtige Mitglieder pro Kopf um 56 Pf. gestiegen, während die Beiträge der freiwilligen Mitglieder um 16 Pf. pro Kopf zurückgegangen sind. Die Unterstützungen sind theilweis im Verhältniß zur Mitgliederzahl wiederum niedriger als im Jahre 1892, und zwar ist das Krankengeld, welches im Jahre 1889: 9 M. 53 Pf., 1890: 11 M. 53 Pf., 1891: 10 M. 33 Pf., 1892: 9 M. 88 Pf. pro Kopf betrug, 1893 auf 9 M. 23 Pf., mithin um 65 Pf. pro Kopf zurückgegangen, hauptsächlich veranlaßt dadurch, daß vom 1. Januar 1893 ab die Bestimmung zur Einführung kam, daß im Falle der Erwerbsunfähigkeit, wenn deren Beginn mit der Erkrankung zusammenfällt und sie länger als drei Tage dauert, das Krankengeld erst vom zweiten Tage ab gewährt wird, während vordem das Krankengeld vom ersten Tage ab gezahlt wurde.

*) Die eingeklammerten Zahlen betreffen das Jahr 1892.

**) Hier ist zu bemerken, daß die Kasse auch die Beiträge für die Invaliditäts- und Altersversicherung einzieht.

Ueber die Arbeitshäuser

wird ein geradezu vernichtendes Urtheil gefällt in einem Aufsatze „Vorschläge zur Reform der Arbeitshäuser“ von Otto Fleischmann in dem letzten Heft der „Blätter für Gefängnißkunde, Organ des Vereins der deutschen Strafanstaltsbeamten.“ Der Verfasser ist Hausgeistlicher am Arbeitshause in Kaiserslautern, konnte also die Dinge aus nächster Nähe kennen lernen. Fleischmann sagt, die bereits früher durch die Statistik festgestellte Thatsache, daß die Aufgabe, die Arbeitshäusler an regelmäßige Arbeit zu gewöhnen und ihnen Freude daran einzuflößen, von den Arbeitshäusern größtentheils nicht erreicht werde, könne er auf grund einer dreißigjährigen Beobachtung voll bestätigen. Die amtlichen Nachfragen über die seit Jahresfrist Entlassenen ergäben fast durchweg trostlose Nachrichten. „Am seltensten“, sagt er, „heißt es wohl — und diese Botschaft wird mit einer gewissen Ueberraschung, einem ungläubigen Staunen von den Beamten entgegengenommen: Der oder die Entlassene ist in die Heimath zurückgekehrt, hat derzeit fleißig gearbeitet und sich ordentlich betragen.“ Vorher äußert der Verfasser, der, wie gesagt, Hausgeistlicher ist: „Am beruhigendsten erscheint immer die Mittheilung: N. N. ist verunglückt (häufig erfroren) oder da oder dort in einem Armenhause oder Spitale verstorben.“ (Wir bemerken ausdrücklich, daß in dieser unglaublich erscheinenden Aeußerung die Klammer mit den Worten „häufig erfroren“ nicht etwa ein Zusatz von uns ist, sondern ebenfalls im Original steht.) Und was sind das für Leute, bei denen es den Anstaltsbeamten und augenscheinlich auch dem Hausgeistlichen als „beruhigend“ erscheint, wenn sie elend umgekommen sind? Der satte Bourgeois, der vielleicht niemals in seinem Leben ernsthaft gearbeitet hat, sagt: Natürlich Arbeitsscheue, die sich ihr Unglück selber zuzuschreiben haben. Dagegen sagt Fleischmann: „Es findet sich da eine große Anzahl von Leuten, denen auch das beste Arbeitshaus absolut nicht zu helfen vermag. Ich komme mir immer vor, als befinde ich mich in einem Hause, das zugleich Arbeits-, Armen- und Irrenhaus sei.“ Er ist der Ansicht, man stecke alle, die sich bettelnd umhertreiben, ins Arbeitshaus, nur um sie auf einige Zeit unschädlich zu machen. „Sieht sich der Anstaltsvorstand oder Ober-Aufseher seine Leute aber näher an, so bemerkt er alsdann zu seinem Schrecken, daß er es entweder mit einem unheilbaren Trunkenbold oder mit einem halbblinden oder halbtauben Invaliden oder einem schwach-, stumpf- oder blödsinnigen Subjekte zu thun hat. Es sind das lauter Leute, denen niemand Arbeit giebt, außer wenn er in der größten Verlegenheit um Arbeitskräfte ist, welche deswegen wohl bettelnd auf den Straßen einherziehen, die aber das Arbeitshaus unmöglich — es müßte gerade Wunder thun können — zu brauchbaren und fleißigen Menschen umzuändern vermag.“ Wir weisen angesichts dieser einfach haarsträubenden Schilderung noch einmal darauf hin: alles das ist wörtlich zitirt, ist von einem Arbeitshaus-Geistlichen geschrieben und steht in einer Zeitschrift, die von Dr. Wirth, dem Direktor der Strafgefängnisse zu Plötzensee und Rummelsburg (Arbeitshaus für Berlin), redigirt wird. Alles das ist zwar schon lange vorher in sozialdemokratischen Versammlungen gesagt und in der sozialdemokratischen Presse geschrieben worden, aber da war es natürlich „Uebertreibung“, „Lüge“, „Aufhetzung“ und was sonst noch. Wir sind überzeugt, daß trotz dieser Enthüllungen Fleischmann's, denen wir hiermit die weiteste Verbreitung geben wollen, diejenigen Kreise, welche nicht nur jeden Bettler und Arbeitshäusler, sondern schon jeden Arbeits- und Obdachlosen einen Arbeitsscheuen und Vagabunden nennen, ihr erbärmliches, feiges Gewerbe mit ungeschwächten Kräften fortsetzen werden. Nun hat Fleischmann freilich auch Arbeitshäusler kennen gelernt, die leiblich und geistig gesund waren, aber thatsächlich nicht arbeiten wollten. Niemand zweifelt daran, daß es auch solche giebt und zwar schon deshalb geben muß, weil die kapitalistische, auf möglichste Ausbeutung der Arbeitskraft gerichtete Produktionsweise Hunderttausende von Arbeitern zur Arbeitslosigkeit verurtheilt, auf die Landstraße jagt, zum Betteln zwingt und schließlich von aller Arbeit entwöhnt. Fleischmann weist aber noch auf eine andere Ursache der Arbeitsscheu hin, indem er zu den von ihm beobachteten Arbeitsscheuen bemerkt, „daß man es hier durchweg mit Menschen zu thun hat, die nicht erzogen wurden, die nichts verstehen, nichts gelernt haben“. „Kommt ja ein geschickter Handwerker (fährt er fort) in ein Arbeitshaus, so darf man sicher sein, daß er dem Trunke ergeben ist. Alle übrigen sind geringwerthige Tagelöhner und Fabrikarbeiter, halbausgelernte Schneider und Schuhmacher, die aus der Lehre fortgelaufen sind, oder Mädchen, die nicht Kochen, Flicken, Waschen, Betten, Kehren gelernt haben, die man deshalb zu Mägden nicht brauchen konnte und die dann in den Städten der Prostitution anheimfielen.“ Hier vergißt der Verfasser hinzuzufügen, daß viele Proletarierkinder überhaupt in keine Lehre gebracht werden können, sondern mit Rücksicht auf den sofortigen, wenn auch geringen Verdienst als Laufburschen, Wartemädchen u. s. w. untergebracht werden müssen; wobei sie später, wenn sie älter geworden sind und mehr brauchen, aufs Pflaster fliegen, um wieder jüngeren und darum billigeren Kräften Platz zu machen. Er vergißt ferner, daß viele Lehrlinge und Lehrmädchen in den Fabriken und Werkstätten überhaupt nicht ausgebildet, sondern von habsüchtigen Arbeitgebern während der ganzen „Lehrzeit“ zu untergeordneten Verrichtungen verwandt werden; wonach sie, auch wenn sie nicht fortgelaufen sind und ganz „ausgelernt“ haben, ebenfalls aufs Pflaster fliegen, um durch neue Lehrlinge oder Lehrmädchen ersetzt zu werden. Auch das sind dann, um mit Fleischmann zu reden, „Leute, denen niemand Arbeit giebt, außer wenn er in der größten Verlegenheit um Arbeitskräfte ist.“ Mancher von ihnen steht mit seinen geringen Fertigkeiten bei dem thatsächlichen Ueberfluß an Arbeitskräften ebenso hilflos da, wie ein Halbblinder und Halbtauber oder ein Schwachsinniger. Bedauerlich ist es auch, daß der Verfasser es blos als „Gewissenlosigkeit“ ansieht, daß Mütter ihre Töchter „gleich nach der Konfirmation in die Stadt jagen, um sich dort ihr Brot zu suchen.“ Weniger kurzsichtig sind dagegen seine Vorschläge zur Reform der Arbeitshäuser. Daß man mit Holz sägen und spalten, mit Düten kleben, Strohdecken flechten, Kaffee sortiren nicht brauchbar geworden ist für's Leben, nichts gelernt hat, womit man sich draußen ernähren kann, das sieht er ein; ebenso, daß so niemand Freude an der Arbeit gewinnen kann, da er sich ja sagen muß, daß er damit nirgendwo sein Brot verdienen kann. Für alle diese Arbeiten haben sich eben die Arbeitshäuser, Gefängnisse und Zuchthäuser durch billigere Preise das Monopol verschafft. Fleischmann schlägt vor, die Arbeitshäusler zu Landarbeitern auszubilden. Aber hierbei läßt er durchblicken, daß er bei seinen Reformbestrebungen doch noch von anderen Motiven als von bloßem Mitleid mit seinen Arbeitshäuslern geleitet wird. Er will „den Strom, der die Menschen in die Städte zieht und das Land entvölkert, eindämmen und nach dem Dorfe zurückleiten.“ Dafür werden ihm die „nothleidenden“ Großgrundbesitzer, die ihre Knechte und Mägde durch schlechte Bezahlung und brutale Behandlung in die Städte getrieben haben, sehr dankbar sein. Daß der Herr Pastor sich überhaupt von anderen seines „Standes“ im Grunde nicht im geringsten unterscheidet und mit der besitzenden und darum herrschenden Klasse gegen die besitzlose, unterdrückte Klasse kämpfen will, deren entsetzliches Elend er eben erst mit so beredten Worten geschildert hat, das zeigen die Schluß-Abschnitte seines Aufsatzes. Er erblickt in der Rückgewöhnung der „Stromer“ an ehrliche Arbeit eine Vorbeugungsmaßregel gegen die soziale Revolution, die besonders in diesen Kreisen kräftige Unterstützung finde. Sie vergessen schon wieder etwas, Herr Pastor: das nämlich, daß gerade die soziale Revolution, d. h. die Beseitigung der die Arbeit ausbeutenden und die Arbeitslosigkeit fördernden, kapitalistischen Produktionsweise allein der Arbeitsscheu den Garaus zu machen vermag. Wir geben uns sogar der Hoffnung hin, daß es dann gelingen wird, auch diejenigen, die heute ihr Reichthum zur „Arbeitslosigkeit“ verurtheilt, wieder an eine ehrliche Arbeit zurückzugewöhnen, so daß die Arbeitshäuser voraussichtlich gänzlich werden beseitigt werden können.

auch ferner dadurch, daß das Rechnungsjahr 1893 52 Unterstützungswochen umfaßte, während das Jahr 1892 53 Wochen zählte und dadurch 1893 ca. 17 000 M. weniger Krankengeld zu zahlen war.

Die Verwaltungskosten sind, obwohl das abgelaufene Geschäftsjahr mehrfache außergewöhnliche Kosten verursachte, um 5 Pf. pro Kopf gegenüber dem Vorjahre geringer geworden. Nur darauf sei hingewiesen, daß das am 1. Januar 1893 umgearbeitete Statut, welches an sämmtliche Mitglieder zur Versendung gelangte, allein an Druckkosten, Buchbinderlöhnen, Bekanntmachungen zirka 3700 M., die Erweiterung der Geschäftsräume an Miethe und Umbaukosten zirka 2900 M., und die Vertreterwahl im Februar v. J. zirka 750 M. erforderte, ferner, daß infolge Ausdehnung der Krankenversicherungs-Pflicht auf die Angestellten der Orts-Krankenkasse, auf dem Konto Verwaltungskosten rund 1400 M. an Krankenversicherungs-Beiträgen in Ausgabe zu stellen waren.

Gerichts-Zeitung.

Hottehüh! Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz hatten sich in der letzten Sitzung des Rixdorfer Schöffengerichts zu verantworten der Schlächtermeister Friedrich Otto Paul Krüger, dessen Ehefrau Franziska Krüger und der Schlächtergeselle Otto Kossack. Krüger, welcher in Rixdorf, Prinz Handjerystr. 43, eine Schlächterei betreibt, ist beschuldigt, Mettwurst mit Pferdefleisch verfälscht zu haben, Kossack wegen Beihilfe hierzu und die verehelichte Krüger wegen des Verkaufs der verfälschten Wurst unter Anklage gestellt. Sämmtliche Angeklagte bestritten, irgend etwas von Pferdefleisch zu wissen und behaupteten, nur Rind- und Schweinefleisch verarbeitet zu haben, wenn auch allergeringster Qualität. Am 10. März d. J. hielt Frau Krüger auf dem Rixdorfer Wochenmarkt Fleisch- und Wurstwaaren feil, die fast ausschließlich von Arbeiterfrauen gekauft wurden, weil dieselben glauben, dort billiger zu kaufen. Seitens der Polizei wurden nun von Krüger einige Wurstproben entnommen, wobei der Chemiker Dr. Stelzer feststellte, daß die Mettwurst zum großen Theil aus Pferdefleisch bestand, was auch schon das äußere Ansehen ergab. Wie Dr. Stelzer als Zeuge und Sachverständiger vor Gericht bekundete, hat er die Wurst nach verschiedenen Methoden erprobt und stets war das Resultat dasselbe. Der Vertheidiger der Angeklagten bestritt zunächst, daß es überhaupt wissenschaftlich möglich sei, Pferde- und Rindfleisch in der Wurst zu unterscheiden und beantragte, darüber ein Gutachten des Reichs-Gesundheitsamts einzuholen. Der Gerichtshof lehnte dies jedoch als unerheblich ab. Nach dem ausführlichen Gutachten des Sachverständigen könne es gar keinem Zweifel unterliegen, daß die von den Angeklagten entnommene Mettwurst in der That mit Pferdefleisch verfälscht worden sei und daher seien die Angeklagten zu bestrafen. Die Eheleute Krüger wurden zu je 30 M. Geldstrafe eventuell 10 Tage Gefängniß, der Angeklagte Kossack zu 5 M. Geldstrafe, eventuell ein Tag Gefängniß verurtheilt.

Zum Tode verurtheilt wurde in Braunschweig eine Dienstmagd. Unser Bruderorgan, der „Braunschw. Volksfreund", bringt über die Verhandlung folgenden Bericht: „Eine Anklage wegen vorsätzlicher Kindestödtung wurde gegen die Dienstmagd Susanne Sobirei aus Jarowschowo, zuletzt in Langelsheim, verhandelt. Die Angeklagte ist 23 Jahre alt und bisher noch nicht bestraft. Es ist die alte Geschichte, die sich immer wiederholt. Die Angeklagte stand bis zum Herbst vorigen Jahres in Langelsheim in Dienst. Sie gab denselben auf und nahm Dienst in Timmenrode. Von ihrem Dienstherrn Mönnecke war sie wiederholt gefragt worden, ob sie sich Mutter fühle. Es war dieses von ihr stets verneint. Am 8. Januar wurde sie von einem Kinde männlichen Geschlechts entbunden. Bis eine Stunde vor ihrer Niederkunft war es ihr gelungen, Mönnecke ihren Zustand zu verheimlichen. Vierzehn Tage nach ihrer Niederkunft blieb sie noch bei M. Dann fuhr sie nach Goslar zu einer Bekannten, um dort ihr Kind unterzubringen. Gegen Mönnecke hatte die Angeklagte geäußert, sie wolle nach Halberstadt zu ihrem Bruder. Von Goslar ist sie dann nach Langelsheim gefahren, da es ihr in dem ersteren Orte schwer wurde, für das Kind eine Unterkunft zu finden. In Langelsheim begab sie sich zu einer ihr bekannten Frau, um bei derselben ihr Kind in Pflege zu geben. Diese war dazu bereit, erklärte aber, daß ihr 8 Mark für die Verpflegung zu wenig sei, worauf die Beklagte versprach, 6 Mark pro Woche zu zahlen und reiste nun nach Goslar zurück, um ihr Kind zu holen. Am folgenden Tage, den 25. Januar, nahm die Angeklagte ihren Dienst an und begab sich dann am Nachmittage mit dem Kinde nach Langelsheim. Hier angekommen, gab sie demselben auf dem Bahnhof noch einmal die Brust. Hierauf verließ sie den Bahnhof, begab sich nach der in der Nähe des Ortes fließenden Grane und warf das Kind, nachdem sie dasselbe vollständig entblößt, ins Wasser. Noch an demselben Abend gegen 12 Uhr wurde das Kind bei der dortigen Mühle aus dem Graben gezogen. Bereits am folgenden Tage wurde sie verhaftet und gestand auch ihre unselige That ein. Sie zeigte heute über dieselbe tiefe Reue. Die Geschworenen bejahen die Schuldfrage der vorsätzlichen Tödtung und daß die That mit Ueberlegung ausgeführt sei. Danach blieb dem Gerichtshof nur noch übrig, nach dem Antrage des Staatsanwalts das Todesurtheil über die Angeklagte auszusprechen.

Versammlungen.

Der Wahlverein des 2. Reichstags-Wahlkreises hielt am Sonnabend in den „Kurfürstenhallen", Kurfürstenstr. 31, eine Versammlung ab. Einige anwesende Damen mußten sich auf die Aufforderung des überwachenden Beamten hin entfernen. Genosse Antrick besprach in einem längeren Vortrage „die Stellungnahme des Kleinbürgerthums zur Sozialdemokratie". Einleitend erwähnte er das provokatorische Auftreten einiger sich vor dem Versammlungslokal herumdrückenden Individuen und ermahnte die Genossen, derartigem Betragen stets Ruhe und Besonnenheit entgegen zu setzen. Fußend auf dem ersten Abschnitt unseres Programms erläuterte der Referent den Entwickelungsgang der Produktionsweise von dem embryonalen Handwerk der halb barbarischen Völker im Alterthum ausgehend bis auf die jetzige Zeit. Daß das durch den Gang der Entwicklung immer mehr ins Proletariat hinabgedrängte Kleinbürgerthum sich nur zum kleinsten Theil seiner Klassenlage bewußt sei, beweise der bei Aufständen und Lohnkämpfen der Arbeiter seinerseits wiederholt verübte Verrath. Wie bei den Kämpfen der französischen Arbeiter 1848 und 1870, so auch bei den großen Streiks der Maurer und der Buchdrucker und zuletzt bei dem jetzigen Kampf der Berliner Arbeiterschaft gegenüber dem „Brauerring", überall war es das Kleinbürgerthum, die Gevatter Budiker, Käse-, Milch- und Grünkramhändler, Schlächter, Schuster und Schneider, die zumeist nur von der Arbeiterkundschaft leben, sich aber in einer, jedem vernünftigen Menschen schier unbegreiflichen Verbohrtheit dennoch, statt sich neutral zu verhalten, strikte auf die Seite der Großkapitalisten stellen. Der Redner resumirte sich dahin: an den Arbeitern sei es, aus dem schnöden Verhalten dieser Elemente die nothwendige Lehre für die Zukunft zu ziehen und Händlern, welche nach wie vor Boykottbier führen, auch die nöthige Beachtung zu schenken. Jeder überzeugte Genosse habe seine Angehörigen dahin aufzumuntern, daß sie bei Einkäufen solchen Geschäften fern bleiben und strikte am Bierboykott festgehalten wird. (Lebhafter Beifall.) Die Diskussion bewegte sich im Sinne der Ausführungen des Referenten und wurde mitgetheilt, daß leider vielfach von Arbeitern, denen man etwas mehr Verständniß für das Elend der ausgesperrten Brauerei-Arbeiter zumuthen dürfte, gegen die Volksversammlungs-Beschlüsse verstoßen werde. So muß beispielsweise der Lehrling der Bildhauerwerkstatt Steinmetzstr. 23 den dort arbeitenden Gesellen Boykottbier holen; ebenso verkehren die Arbeiter vom Neubau Mansteinstraße in Lokalen, wo Schultheiß- und Schöneberger Bier verzapft wird. Zum Schluß wurde auf die Veröffentlichungen im „Vorwärts" in Sachen der Gewerbegerichts-Wahlen verwiesen.

In einer gut besuchten Mitgliederversammlung der Freien Vereinigung der Kaufleute sprach am 13. d. M. Dr. Ajrons in einem interessanten Vortrage über den Fortschritt in der Naturwissenschaft. Redner erläuterte die Entwickelungsgeschichte des Dampfes und der Elektrizität. Bei dem ungeheueren Fortschritt, den die Elektrizität namentlich im letzten Jahrzehnt gemacht hat, könnte sie eine Wohlthäterin der Menschheit werden. So lange wir aber kapitalistisch wirthschaften, wird sie dies nie, da in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht das Gemeinwohl, sondern nur der Profit die Triebfeder für das Handeln der Menschen ist. Erst in einer sozialistischen Gesellschaft wird die Elektrizität den Platz einnehmen, den sie verdient.

Reicher Beifall bekundete das Einverständniß der Versammlung mit dem Referat. Unter Vereinsangelegenheiten fordert Schreyer die auf unserm Boden stehenden wahlberechtigten Arbeitgeber zur Einzeichnung in die Wählerliste auf.

Die Freie Vereinigung der Bau-Anschläger hielt am 17. Juni eine Versammlung ab. Kollege Jacobi begründet einen Antrag auf statutarische Festsetzung der Unterstützung. Von verschiedenen Rednern wird diesem Antrag widersprochen, schließlich aber festgesetzt, daß nach vierwöchentlicher Krankheit eine Krankenunterstützung von 15 M. eintritt. Das Sterbegeld wird auf 30 M. bemessen.

Der Verband der Möbelpolirer hielt am 18. d. M. seine regelmäßige Versammlung ab. Stadtv. Wilke referirte über das Thema: „Der Bier-Boykott und welche Lehren ziehen wir daraus?" Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und nach kurzer Diskussion beschlossen, bis zur Beilegung des Streites kein Bairischbier zu trinken. Zum 2. Punkt der Tagesordnung „Statutenänderung" wurden die eingelaufenen Anträge der Statuten-Berathungskommission überwiesen. Sodann wurden dem Kollegen Allner als Gemaßregeltem 20 M. Unterstützung gewährt. Es erfolgte hierauf die Abrechnung vom Maskenball und Ausgabe der Billets zur Dampferpartie.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes hielt am 19. Juni in Schöneberg eine sehr gut besuchte Wanderversammlung ab, in der Frl. Wabnitz in einem recht beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die Thätigkeit des Gehirns und die fünf Sinne" sprach. In der Diskussion äußerten sich Frau Schädlich und Frau Klauke zustimmend zu dem Referat und forderten die Frauen zu recht zahlreichem Beitritt in den Verein auf. Desgleichen ersuchte Frau Mesch die Anwesenden, in dem Bierboykott die Sache der Arbeiter tüchtig zu unterstützen.

Die Barbiere und Friseure beriethen in einer in der Nacht zum 22. Juni abgehaltenen Versammlung ihre Stellungnahme zu einer eventuellen Lohnbewegung. Kollege Pobohs hatte das Referat übernommen. Er bedauerte, daß trotz der übermäßig langen Arbeitszeit, welche die Kollegen in Berlin haben, und trotz dem niedrigen Lohne man in eine Lohnbewegung zur Zeit nicht eintreten könne, weil viel zu wenig Kollegen organisirt sind und ein ausreichender Fonds nicht vorhanden ist. Redner ermahnte die Kollegen, sich der Organisation anzuschließen, damit im nächsten Frühjahr für eine Besserung der unwürdigen Lage gekämpft werden könne. In der Diskussion sprachen sich sämmtliche Redner gleichfalls gegen sofortiges Eintreten in eine Lohnbewegung aus. Mehrere andere Kollegen äußerten noch ihr Bedauern, daß die „Freie Vereinigung" die Forderungen der Gehilfen (Minimallohn von 8 Mark bei ganzer, 11 Mark bei halber und 18 M. bei gar keiner Kost, ferner Arbeitszeit von 7—9, Sonntags bis 5 Uhr) nicht bewilligt, sondern beschlossen habe, wenn die Gehilfen nicht andere Forderungen stellten, dann wäre das Tischtuch zwischen ihnen und der Vereinigung zerschnitten. Folgende Resolution fand einmüthige Zustimmung: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und betont, daß es Ehrenpflicht jedes Kollegen ist, Mitglied der am Orte bestehenden Organisation zu werden, um durch vereinte Kraft es dahin zu bringen, daß in eine Lohnbewegung eingetreten werden kann. Im Weiteren erklärt die Versammlung, daß unter den jetzigen Verhältnissen in eine Lohnbewegung nicht eingetreten werden kann, diese vielmehr bis zum nächsten Frühjahr vertagt werden muß. Ferner erklärt sich die Versammlung auch mit dem Verhalten der Agitationskommission voll und ganz solidarisch." Die Kommission wurde hierauf durch die Wahl der Kollegen Gensler, Walter, Schneeweiß und Klostermann ergänzt. Zur Mittheilung gelangte noch, daß über 14 Tage die Organisation im Lokale Rosenthalerstr. 38 ihre Sitzung hat.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Schuh- und Schäftefabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am Sonntag in Joël's Festsaal, Andreasstr. 21. Niederauer berichtete über den Streik bei Fürstenheim u. Komp., Andreasstraße, wo derartige Arbeitseinstellungen, hervorgerufen durch die eigenartigen Praktiken des Herrn Fürstenheim und seines Werkführers Engel, der wohl alles andere, nur nicht das sei, was sein Name besage, jährlich zwei, drei und vier Mal vorkommen. Der jetzige Streik sei infolge von Lohnabzügen, die Herr Fürstenheim mit Aufstellung neuer Maschinen zu begründen suchte, hervorgerufen worden. Außer Bezahlung der früheren Lohnsätze fordern die zirka 50 Ausständigen die Entlassung des Werkführers, die der Fabrikant zugesagt, worüber er aber etwas Schriftliches zu geben sich weigert. Da hinter diesem Herrn der ganze Fabrikanten-Ring steht und in Zukunft kein Streik von Erfolg begleitet sein würde, wenn es nicht gelänge, zunächst diesen siegreich durchzuführen, so ermahnte der Referent die Ausständigen, unter keinen Umständen die Arbeit eher aufzunehmen, bis die gestellten Bedingungen erfüllt seien; die Sympathien der Berliner Arbeiterschaft hätten sie auf ihrer Seite. — Alle Diskussionsredner waren der Ansicht, daß der Streik sehr bald zu gunsten der Ausständigen entschieden sein würde, wenn es vor allen Dingen gelinge, die Maschinennäher von der Wiederaufnahme der Arbeit abzuhalten; mit den paar Streikbrechern, die dem Fabrikanten jetzt zur Verfügung ständen, könne er seinen Betrieb unmöglich aufrecht erhalten. — In einer Resolution erklärte sich die Versammlung einstimmig mit dem Vorgehen der streikenden Arbeiter von Fürstenheim einverstanden, versprach sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Das auf den Streik bezügliche Inserat in der Sonnabendnummer der „Volks-Zeitung" hielt die Versammlung für Mystifikation, da ein Schuhmacher A. Schulz in ihren Kreisen nicht bekannt ist. Der Maschinennäher Cerwin erklärte sich unter dem Bravo der Versammlung mit den Streikenden solidarisch, während der ebenfalls bei Fürstenheim beschäftigte Näher Berber die Abgabe einer Erklärung ablehnte und sich es erst noch überlegen will, ob er seine angenehme Existenz auf's Spiel setzen kann. Wagner gab bekannt, daß der durch sein bekanntes Verhalten bei Mauff, Oranienstraße, sich seiner Zeit so auszeichnende Werkführer Lang jetzt in Görlitz wegen etlicher Gaunereien eine langjährige Gefängnißstrafe absitze. Rott machte Mittheilung von der am Vormittag erfolgten Verhaftung vieler Flugblattverbreiter und der ihm auf der Wache am Stralauer Platz widerfahrenen Behandlung.

Zwei öffentliche Maurerversammlungen beschäftigte am 24. d. M. die Frage der Stellungnahme der Berliner Maurer zur Lohndrückerei im Baugewerbe. Die eine Versammlung fand im Norden (Swinemünder Gesellschaftshaus) statt. Hierselbst referirte Blaurock. Derselbe konstatirte, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre eine noch größere sei, als im vergangenen Jahre. Ebenso nehme die Lohndrückerei immer mehr überhand. Der Normallohn sei bereits auf 50 Pf. pro Stunde und darunter herabgedrückt. Bei alledem wurde dem in Arbeit tretenden Maurer noch der erste Tagesverdienst einbehalten. Noch drückender sei die Behandlung und Unterdrückung seitens der Unternehmer und Poliere. Dabei werde in übermenschlicher Weise gerackert. Leider seien alle diese Mißstände nicht im Stande, die Berliner Maurer aus ihrem Indifferentismus zu erwecken, sie zu mannhaftem Vorgehen aufzurütteln. Gegenüber der übergroßen Arbeitslosigkeit sei es unverantwortlich, daß auf dem Schloßbau eine zwölfstündige Arbeitsschicht herrsche. Wenn auf Seiten des Unternehmerthums nicht die nöthige Einsicht vorhanden ist, so müßten die Berliner Maurer selber so einsichtsvoll sein, auch in schlechten Zeitverhältnissen nicht länger als zehn Stunden täglich zu arbeiten. Eine Besserung der Verhältnisse sei nur zu erwarten durch eine feste Zusammenschließung der Berliner Maurer. Das Zusammenhalten der Berliner Arbeiterschaft in dem jetzigen Bierkriege müsse die Berliner Maurerschaft zu gleichem Verhalten anspornen. Traurig sei es daher, daß die Kollegen auf einem Bau in der Kaiser Wilhelmstraße, wo der Polier Balke seines Amtes walte, ohne Widerspruch das ihnen von dem Polier verabfolgte boykottirte Bier annehmen und trinken. Die Berliner Maurer müßten sich wieder auf sich selbst besinnen, sich wieder organisiren, um nicht noch mehr zu versumpfen und vermöge der Organisation eine Besserung der Verhältnisse zu ermöglichen. (Bravo!) Die folgende Diskussion zeigte, daß der Referent in seinen Ausführungen nicht zu schwarz gemalt habe. Die Schilderungen, die von den Diskussionsrednern über die Bauverhältnisse gegeben wurden, illustrirten das herrschende Elend in seiner ganzen Glorie. Als verbürgt wurde mitgetheilt, daß eins der größten Baugeschäfte, Held u. Franke, bereits Stundenlöhne von 45 Pf. zahle. Fälle, wo auf Bauten boykottirtes Bier „freiwillig" getrunken werde, wurden mehrfach angeführt. Die Klagen über die Unzulänglichkeit der Baubuden und der Arbeitslöhne, über die schimpfliche Behandlung ꝛc. wurden immer wieder laut. Scharfe Verurtheilung fand die geradezu erbärmliche Arbeitsweise auf den modernen Schwindelbauten. Nicht viel besser seien infolge des Submissionsunwesens die Arbeitsverhältnisse auf den Staats- und Kommunalbauten. Allseitig wurde Organisation empfohlen, gewerkschaftliche Organisation, eine einheitliche Organisation. Für dringend nothwendig wurde auch erachtet, demnächst entschieden Stellung zu nehmen zu dem immer mehr überhand nehmenden Markensystem. Der Postbau an der Prenzlauer Allee werde von zwölf Maurern in Akkord in die Höhe gebracht. In Würdigung seiner Verdienste habe der Inhaber der Baufirma Held u. Franke, Herr Franke den Kronenorden erhalten! Die Versammlung nahm hierauf einmüthig folgende Resolution an:

„Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntniß von den Ueberstunden und Nachtarbeiten am königlichen Schlosse. Sie verurtheilt eine derartige Maßnahme des Herrn Hof-Maurermeisters Clemens und erwartet mit Bestimmtheit, daß in allernächster Zeit eine geregelte, den Berliner Verhältnissen entsprechende Arbeitszeit dort eingeführt wird. Gleichzeitig versprechen die anwesenden Kollegen, auf allen Bauten für die Aufklärung der nichtorganisirten Kollegen zu wirken und alle Uebelstände der Oeffentlichkeit preiszugeben."

Gegen eine Stimme fand ferner folgende Resolution Annahme:

„Die Versammlung beschließt: In anbetracht der miserablen Verhältnisse im Maurergewerbe, sowie um der grenzenlosen Ausbeutung in Zukunft erfolgreicher entgegentreten zu können, versprechen wir alle, den alten Schlendrian ernstlich abzulegen, thatkräftig wieder in die Organisation einzutreten und demzufolge unseren alten Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend hochzuhalten und beizutreten, sowie für Herbeischaffung geeigneten Materials zur Bekämpfung der unwürdigen Zustände auf den Bauten Sorge tragen zu helfen, damit es besser werde trotz alledem!"

Die zweite öffentliche Maurerversammlung vom Sonntag tagte bei Joël. In seinem Referate tadelte der Genosse Wilke besonders, daß man den Vertrauenspersonen, trotzdem man immerfort über schlechte Löhne ꝛc. klage, sowenig Material zur Verfügung stelle. Heute schon seien die Löhne zum Theil bedeutend unter die magistratliche Einschätzung (55 Pf.) herunter gegangen, die Lässigkeit und Gleichgiltigkeit der Kollegen mache es den Unternehmern leicht, immer noch weitere Reduktionen eintreten zu lassen. Der Redner berührt den schädlichen Einfluß den das forzirte Arbeiten auf die Solidität des Baues ausübt und fordert und namentlich die jüngeren Kollegen auf sich ihrer Pflichten gegen die Organisatien und Fachpresse mehr bewußt zu werden. — Durch die weitere Debatte, an welcher unter Andern Legeler, Jänsch, Köhler und Kielmann sich betheiligten, wurde festgestellt, daß durch die Schuld der Poliere zumeist die ungesunden Zustände auf den Bauten begünstigt werden. Ein Redner führt an, daß ihm von der Firma Lugino, Neue Grünstraße, 25 Pf. Stundenlohn gezahlt sei, was begreiflicherweise große Entrüstung erregte. Eine Resolution wurde angenommen, in welcher der Anschluß an die Organisation behufs Bekämpfung der Uebelstände zur Pflicht gemacht wird. — Zum Schluß wurden noch Mittheilungen, den Bierboykott, die Tack'schen Schuhwaaren und die Gewerbegerichts-Wahlen betreffend, gegeben.

Mariendorf. In der am 17. Juni im Teutschbein'schen Lokale in Marienfelde abgehaltenen Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins für Mariendorf und Umgegend hielt Genosse Paul Jahn-Berlin einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Geistige Waffen des Proletariats". In der darauf folgenden Diskussion sprach u. a. Genosse Barletzki-Charlottenburg, die Ausführungen des Referenten in einigem ergänzend. — Laut Bericht der Vergnügungs-Kommission findet am Sonntag, 22. Juli, ein gemüthliches Beisammensein für die Mitglieder und Gäste nebst Familien bei Teutschbein statt.

Steglitz. Am 18. Juni tagte hier eine öffentliche Frauenversammlung, in der Fräulein Wabnitz über den Bierboykott referirte. Nach einer längeren Diskussion, die sich im Sinne des Referats bewegte, wurde eine Resolution angenommen, die ihr Einverständniß mit dem Referat bekundet und zur Unterstützung der Brauerei-Arbeiter auffordert.

Adlershof. In einer gutbesuchten Volksversammlung, die am 21. Juni in Wöllstein's Lokal tagte, referirte Reichstags-Abgeordneter Fritz Zubeil über den jetzigen Stand des Bierboykotts, dessen bisherigen Verlauf, seine Ursachen und Wirkungen. Der Redner ging sodann auf die Saalfrage über, wodurch eine eingehende Debatte hervorgerufen wurde, in deren weiteren Verlauf von dem Mitglied der Boykottkommission konstatirt wurde, daß zur Stunde wohl niemand mehr boykottirtes Flaschenbier führe, da an demselben Abend sich der letzte Lokalinhaber verpflichtet habe, kein derartiges Bier mehr zu entnehmen. Ackermann sei der Einzige, der kein Ringbier verschänke, während die anderen Lokalinhaber sich darauf beschränken, nur das Bier der sieben boykottirten Brauereien zu meiden. Auf eine Anfrage an Herrn Wöllstein und Herrn Leopold, der in der Versammlung anwesend war, erklärten beide Herren auf alle Fälle ihr Lokal herzugeben. Hiernach erklärte Genosse Feller, Mitglied der Boykottkommission von Köpenick, daß angesichts der günstigen Lokalverhältnisse in Adlershof die Köpenicker Genossen wohl von dem Asylrecht in Adlershof Gebrauch machen werden. Nach dem Schlußwort des Referenten nahm man einstimmig den Antrag an, die Tellersammlung am Schluß der Versammlung fortzusetzen und den Ueberschuß den ausständigen Kuhnheim'schen Arbeitern zu überweisen.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW. Beuthstraße 2.